

Elke Renner, Hans Hautmann, Peter Malina

# **Bildungsanlass Erster Weltkrieg**

Schulheft 159/2015

---

**StudienVerlag**

**IMPRESSUM**

schulheft, 40. Jahrgang 2015

© 2015 by StudienVerlag Innsbruck

ISBN 978-3-7065-5455-8

**Layout:** Sachartschenko & Spreitzer OG, Wien

**Umschlaggestaltung:** Josef Seiter

**Herausgeber:** Verein der Förderer der Schulhefte, Rosensteingasse 69/6,  
A-1170 Wien

Grete Anzengruber, Eveline Christof, Ingolf Erler, Barbara Falkinger, Peter Malina, Editha Reiterer, Elke Renner, Erich Ribolits, Michael Rittberger, Josef Seiter, Michael Sertl, Karl-Heinz Walter, Reinhard Zeilinger

Redaktionsadresse: schulheft, Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien; Tel.:  
+43/0664 14 13 148, E-Mail: seiter.anzengruber@utanet.at;  
Internet: www.schulheft.at

**Redaktion dieser Ausgabe:** Elke Renner, Hans Hautmann, Peter Malina

**Verlag:** Studienverlag, Erlenstraße 10, A-6020 Innsbruck; Tel.:  
0043/512/395045, Fax: 0043/512/395045-15; E-Mail: order@studienverlag.at;  
Internet: www.studienverlag.at

Bezugsbedingungen: schulheft erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: € 35,00/45,90 sfr

Einzelheft: € 15,50/21,90 sfr

(Preise inkl. MwSt., zuzügl. Versand)

Die Bezugspreise unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

**Aboservice:**

Tel.: +43 (0)512 395045, Fax: +43 (0)512 395045-15

E-Mail: aboservice@studienverlag.at

Geschäftliche Zuschriften – Abonnement-Bestellungen, Anzeigenaufträge usw. – senden Sie bitte an den Verlag. Redaktionelle Zuschriften – Artikel, Presseaussendungen, Bücherbesprechungen – senden Sie bitte an die Redaktionsadresse.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

**Offenlegung:** laut § 25 Mediengesetz:

Unternehmensgegenstand ist die Herausgabe des schulheft. Der Verein der Förderer der Schulhefte ist zu 100 % Eigentümer des schulheft.

Vorstandsmitglieder des Vereins der Förderer der Schulhefte:

Elke Renner, Barbara Falkinger, Michael Rittberger, Josef Seiter, Grete Anzengruber, Michael Sertl, Erich Ribolits.

Grundlegende Richtung: Kritische Auseinandersetzung mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Themenstellungen.

## INHALT

|   |     |
|---|-----|
| <b>Vorwort</b> .....  | 5   |
| Christine Punz, Florian Haderer<br><b>Jedem ti Gavrilo!?</b> .....  | 7   |
| <i>Arena des Gedenkens. Sarajevo 2014.</i>  |     |
| Hans Hautmann<br><b>Clarks Bestseller – eine Stellungnahme</b> .....  | 20  |
| Winfried Wolf<br><b>Rüstung, Krieg &amp; Kapital.</b> .....   | 24  |
| <i>Erster Weltkrieg und Ukraine-Krise</i>   |     |
| <b>Hermes &amp; Ares</b> .....  | 38  |
| <b>Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie</b> .....  | 40  |
| Hans Schäppi<br><b>Klassengesellschaft im Krieg.</b> .....  | 42  |
| <i>Zwischen Neutralität und Wirtschaftsgewinnen. Zur Rolle der Schweiz im Ersten Weltkrieg</i>                        |     |
| Hans Hautmann<br><b>Die österreichischen Kriegs- und Humanitätsverbrechen im Ersten Weltkrieg – eine Bilanz</b> ..... | 57  |
| <b>Die Alfred Klahr Gesellschaft.</b> .....   | 74  |
| Wolfgang Neugebauer<br><b>Franz Conrad von Hötzendorf, ein österreichischer Kriegstreiber und Imperialist</b> .....   | 76  |
| <b>Leseprobe aus dem Roman von Elena Messner: „Das lange Echo“</b> .....  | 88  |
| Martina Pürkl<br><b>Bertha statt Conrad.</b> .....  | 90  |
| Anita Ziegerhofer<br><b>Der Erste Weltkrieg und die „Kriegsdienstleistungen“ von Frauen</b> ..                        | 93  |
| <i>Spurensuche in der Steiermark</i>  |     |
| Nicole-Melanie Goll<br><b>Krieg nach innen</b> .....  | 105 |
| <i>Zivilinternierung in der Habsburgermonarchie<br/>Das Beispiel Thalerhof</i>  |     |
| Christian Promitzer<br><b>Ein verdrängtes Kapitel des Ersten Weltkriegs.</b> .....                                    | 118 |
| <i>Die österreichisch-ungarische Okkupation Montenegros (1916–1918) und ihre Vorgeschichte</i>                        |     |

|   |     |
|---|-----|
| Anton Holzer  |     |
| „ <b>Photographische Zitate der Wirklichkeit</b> “ .....                | 119 |
| <i>Karl Kraus, der Erste Weltkrieg und die Fotografie</i>               |     |
| Peter Malina  |     |
| <b>Der Erste Weltkrieg als Schulbuchtext</b> .....                      | 127 |
| <i>Sachkenntnis, Betroffenheit und Alltagswissen</i>                    |     |
| Rezension   |     |
| „ <b>Das lange Echo</b> “ weckt die Vernunft und stärkt die Moral ..... | 149 |
| <b>AutorInnen</b> .....   | 154 |

## Vorwort

Dieses schulheft entstand in Zusammenarbeit mit der Alfred Klahr-Gesellschaft und deren Symposium „Die andere Geschichte des Habsburgerreiches im Ersten Weltkrieg“ im November 2014 in Graz. Die Referate und Diskussionen zu Kriegsdiktatur und deren Auswirkungen hat den Wunsch nach einem schulheft zum Thema „Bildungsanlass Erster Weltkrieg“ grundlegend gestärkt. Hans Hautmann konnte für die Redaktion für diese Nummer gewonnen werden.

Der Beitrag „schulheft für den Frieden – was sonst?“ im schulheft 185/2015 vermittelt die lange Tradition der Friedensthematik in unserer Reihe. Da heißt es: „Eine kritische, emanzipatorische, demokratische Pädagogik muss an sich eine friedlichere Welt wollen, aber nicht nur der Moral wegen, sondern sie ist einem Bekenntnis zum aufgeklärten Denken und Handeln verpflichtet“ (S. 28). Diesem Auftrag entsprechend nutzen wir, ein Jahr nach dem großen Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs, die Möglichkeit zur Kritik am Umgang mit Gedenkjahren und Kriegsgeschichte, verweisen auf Alternativen und füllen einige Lücken. Das Jahr 2014 hat eine Flut von Publikationen und Ausstellungen hervorgebracht, vor allem sozialgeschichtliche Aspekte berücksichtigt und die verheerenden Auswirkungen des Krieges aufgezeigt. Die Fragen nach Verantwortung und Schuld bleiben weitgehend unbeantwortet, ihre Beantwortung hätte natürlich zur Folge, auch heutige Zusammenhänge von kapitalistischer Konkurrenzwirtschaft, Politik und Krieg zu erkennen.

An den Anfang dieser Nummer stellen wir den Beitrag von *Christine Punz* und *Florian Haderer*, die sich, von der Inszenierung der Gedenkfeiern in Sarajevo ausgehend, mit der Bedeutung solchen Gedenkens für heutige Machtinteressen auseinandersetzen. *Hans Hautmann* begründet in seinem Beitrag sehr pointiert den ungeheuren Erfolg Christopher Clarks „Schlafwandler“ eben mit dieser Anpassung an herrschende Interessen.

*Winfried Wolf* erklärt den Zusammenhang von Ökonomie und Krieg und spannt einen Bogen vom Ersten Weltkrieg zum „Konflikt“ in der Ukraine. *Hans Schättli* zeigt, dass die Verschärfung

des Klassenkampfes im Krieg auch die Neutralität der Schweiz und deren Interesse an Wirtschaftsgewinnen betrifft. Da denkt man an die Neutralität Österreichs unter EU-Bedingungen und an die Beteiligung an Kriegseinsätzen. Noch immer pflegen Medien, Schulbücher und Mainstream die Verharmlosung der Habsburger und deren Rolle im Ersten Weltkrieg. *Hans Hautmann* zieht daher eine Bilanz über die Kriegs- und Humanitätsverbrechen im Ersten Weltkrieg, die in dieser Schärfe kaum wo zu finden ist. Über den maßgebenden Strategen für diese Kriegswut, Conrad von Hötzendorf, schreibt *Wolfgang Neugebauer* und räumt mit dessen Verharmlosung und Verherrlichung auf. Im Anhang zu diesem Thema lieferte *Martina Pürkl* ein konkretes Beispiel von Conrad-Verehrung bis heute und eine Leseprobe aus dem Roman „Das lange Echo“, von *Elena Messner* behandelt die Wirkung Conrad von Hötzendorfs entlarvend. *Anita Ziegerhofer* geht der Frage nach der Rollen von Frauen im Krieg anhand von Quellenmaterial aus der Steiermark nach. Die Steiermark liefert auch das Beispiel für die verheerenden Internierungslager, *Nicole-Melanie Goll* befasst sich mit dem Lager in Graz Thalerhof für die Ruthenen der Habsburgermonarchie. Im Zusammenhang mit der Besatzungspolitik der Habsburger, den Lagern und der Zwangsarbeit schreibt *Christian Promitzer* über Montenegro. Fotografien als vielseitige Quellen für Elend, Verbrechen und Propaganda im Krieg sind die Grundlagen für die Forschungen von *Anton Holzer* und seines Beitrags über „Photographische Zitate der Wirklichkeit“ (Karl Kraus, der Erste Weltkrieg und die Fotografie). Die Rolle der Schulbücher zum Thema Erster Weltkrieg analysiert *Peter Malina*. Zum Schluss empfiehlt das schulheft den Roman von *Elena Messner* „Das lange Echo“, der auf literarische Art vieles vermitteln kann, was der Geschichtswissenschaft verwehrt ist.

Dem schulheft bleibt für die nächsten Jahren noch die Aufgabe, sich mit Widerstand, Utopien und Revolutionärem im Ersten Weltkrieg und darüber hinaus zu beschäftigen. Ein Vorhaben, das wir wagen sollten.

Elke Renner

Christine Punz, Florian Haderer

## Jedem ti Gavriło!?

### Arena des Gedenkens. Sarajevo 2014.

*„Die großen politischen, historischen oder ideologischen Ereignisse sind im Rückgang, sie sind dabei, sich im Gedächtnis zu vergraben und in anderer Gestalt wieder aufzuleben, nämlich als Gedenkfeier.“<sup>1</sup>*

Nach Aleida Assmann gelangt eine Gemeinschaft (Gruppe, Nation etc.) zu einer reflektierten und kritischen Erzählung ihrer selbst, indem das Archiv der Gemeinschaft sorgsam gepflegt und daraus das kollektive Gedächtnis gespeist wird. Ein wichtiges Mittel, dieses Gedächtnis wach und vital zu halten und das Archiv zu sichten, sind nach Assmann offizielle Gedenktage. Hier könne dem Gedächtnis ein gemeinsamer Raum gegeben werden und was darin Platz finde, sei mit einem starken normativen Wert verbunden und werde Teil der kollektiven Identität. Gedenktage stehen so für Werte, die der gedenkenden Gemeinschaft wichtig sind, weil sie Negativ- (z.B.: Niemals wieder!) und Positivbeispiele aus der Gesellschaftsentwicklung wiedererzählen und somit den Kompass zur ethisch-moralischen Orientierung einer Gemeinschaft kalibrieren sollen.<sup>2</sup>

Die europäische Gemeinschaft nach 1989 legitimiert ihre Existenz bis heute mit dem Narrativ der Arbeit am „Friedensprojekt Europa“ und feierte dieses 2014 in Sarajevo. Das war jedoch nur möglich, indem sie ihre Verantwortung für Missstände in ehemaligen Kolonialgebieten zum Beispiel am Balkan (Bosnien und Herzegowina definiert als eine Habsburger Kolonie), in (Klein-)

---

1 Baudrillard, Jean: „Die Revolution und das Ende der Utopie“ in: Die Tageszeitung. April 4, 1989. (German), online unter: <http://www.egs.edu/faculty/jean-baudrillard/articles/die-revolution-und-das-ende-der-utopie/> [Stand 20.08.2014].

2 vgl. Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit – Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006, S. 15ff. und S. 277ff.)

Asien oder in (Nord-)Afrika im Archiv beließ oder gar negierte. Auch wenn die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts als eine einzelne Ereigniskette betrachtet werden, so war 2014 das Gedenken an den Beginn dieser Kriege unter dem Banner „Nie wieder Krieg“ am Balkan durch die postjugoslawischen Kriegssereignisse der 90er Jahre desavouiert. Unter diesen Vorzeichen suchte das kollektive Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Sarajevo, das maßgeblich aus Fördermitteln der EU finanziert wurde, seine Gestalt. Welches Banner, welche Form des Gedenkens wurde 2014 in Sarajevo gefunden?

## Gedenkanlass 1914

Der *Große Krieg*, der gemeinsam mit seinen Folgekatastrophen das letzte Jahrhundert der Geschichte und ihrer Schreibung maßgeblich mitgeprägt, sowie das globale Mächteverhältnis unwiderruflich verändert hat, jährte sich zum hundertsten Mal. Ein guter Anlass nachzudenken. Spätestens seit 2014 weiß nun auch wirklich jeder und jede, welche Rolle Sarajevo, die Hauptstadt Bosnien und Herzegowinas, in der Tragödie des Ersten Weltkriegs gespielt hat, und die Stadt verpflichtete sich auch dem Gedenken. Mit „1914–2014/Sarajevo Heart of Europe“ drückte eine aus EU-Mitteln gespeiste Stiftung der Stadt 2014 ein Motto auf, das sich für ein Jahr in der ganzen Stadt wiederfinden sollte. Unter dem Titel „Stoljeće mira nakon stoljeća ratova“ (Ein Jahrhundert des Friedens nach einem Jahrhundert der Kriege), als weiteres Beispiel, veranstaltete die Stadt eine große Musiktheaterperformance auf der Lateinerbrücke, ein rührseliges Operettenmusical. Plakatiertes Testimonial für beide Veranstaltungen war der Nationalbarde Dino Merlin, der kurz darauf ein neues Album präsentieren sollte. In Banja Luka wurde in der Zwischenzeit an einer Neuauflage von Vladimir Dedijers „Die Zeitbombe. Sarajevo 1914“<sup>3</sup> gearbeitet, ein in den 60ern in englischer Sprache erschienenenes Werk, welches bis heute als eines der umfangreichsten und detailliertesten Untersuchungen der

3 Dedijer, Vladimir: Die Zeitbombe. Sarajevo 1914. Wien, Frankfurt, Zürich 1967



komplexen Umstände des Ersten Weltkriegs betrachtet wird. Unter dem Namen „Odjeci“ (Echos) bereitete man zudem eine Ausstellung internationaler Medientexte der Zeit rund um den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor. Den Ausstellungskatalog schmückte ein Vorwort des Schriftstellers Milenko Jergovićs, worin er zum sorgfältigen Lesen und Zitieren von Medientexte aufruft, zum Lesen, das auch zwischen den Zeilen stattfindet. „Die Zeitungen machen Unterscheide, und sie sind ein Spiegel einer sozialen Gemeinschaft, Schicht und eines Standes sowie – am Ende oder zu Beginn – des Staates (Reichs), sein militärisches Potenzial und seine nationale Ideologie.“ (Novine čine razliku, a novine su uvijek ogledalo društvene zajednice, sloja i staleža, te na kraju ili na početku – države, njezinog vojnog potencijala i nacionalne ideologije.)<sup>4</sup> Er sieht die historischen Medientexte und ihren Vergleich als Beispiel, da bereits in ihnen nach Inhalt und Ton herauszulesen gewesen wäre, wer gegen wen in nächster Zeit Krieg führen würde. Eine Tatsache, die gerade heute im tertiären Medienzeitalter mehr denn je zu denken geben dürfte. Einen kritischen Beitrag zum Gedenken leistete auch die in Belgrad lebende Künstlerin Vahida Ramujkić im Rahmen des vom Land Steiermark finanzierten, in Banja Luka veranstalteten interdisziplinären Kunstsymposiums „Art Guerilla Camp“ das unter dem Titel „Franz Ferdinands Princip – Synthese zweier Feindbilder“<sup>5</sup> das Gedenken mit dem Motto „Conspiracy Praxis“ ad absurdum führte. Die Künstlerin verglich in ihrem Projekt „Sarajevski atentat“ Schulbücher hinsichtlich der Darstellung des Ersten Weltkriegs aus verschiedenen Jahrzehnten aus Österreich, Jugoslawien, sowie den jüngeren Staaten Kroatien, Bosnien, Serbien, und legte offen, dass die Interpretation dieses Krieges heute wieder eine wichtigere Rolle als noch einige Jahrzehnte zuvor spielt. Im Zuge ihres Vergleichs spannte sie einen Bogen zur Rolle des Balkankonflikts und wie sich mit ihm der Ton der Schulbücher entscheidend änderte. Sie sieht darin das langsame,

4 Jergović, Milenko: Vorwort zum Ausstellungskatalog: *Odjeci. Evropska štampa o sarajevskom atentatu i julske krizi. Katalog izložbe*. NUB Republika Srpska, Banja Luka 2015, S. 7

5 vgl. Petković, Igor F.: *Franz Ferdinands Princip – Synthese zweier Feindbilder*, [Stand 10.07.2015]

aber sichere Verlöschen einstiger kapitalistischer und imperialistischer Kritik, während Konflikte, die auf nationalen Interessen aufbauen, in den Vordergrund gedrängt würden. Profitmaximierung, Kapitalismus, ebenso aktuelle geopolitische Tendenzen am Balkan, in Europa und weltweit, würden nach und nach dadurch unantastbarer, so ihr Fazit.<sup>6</sup>

Unterschiedlichen Narrativen rund um das Attentat und den historiographischen wie literarischen Verarbeitungen widmete sich aus interdisziplinärer wie transnationaler Perspektive in Sarajevo eine kulturwissenschaftliche Konferenz unter dem Titel „THE LONG SHOTS OF SARAJEVO: Events – Narratives – Memories of 1914“, die versuchte „die ersten Toten von 1914 gemeinsam aus dem Keller der Geschichte zu holen, ihre Geschichte fair und multiperspektivisch zu diskutieren und dann ihr Grab so zu schließen, dass keine weiteren Gespenster austreten können.“ (Die Konferenzleitung Preljević/Ruthner: *Wem gehört 1914?*, in: „Die Presse“, 06.07.2013) Mit der ursprünglich von Frankreich initiierten Stiftung „Sarajevo – Heart of Europe“ wurde im Vorfeld um die Schirmherrschaft zur Konferenz gestritten, was darin endete, dass die Konferenz zwar finanziert wurde, jedoch ohne aktive französische Beteiligung blieb. Dass nur wenige Vortragende aus Serbien und keine aus der bosnischen Republika Srpska bei der Tagung sprachen, lag auch an einem offiziellen Verbot aus dem PräsidentInnenamt der Republika Srpska, dass sich keineR an Gedenkveranstaltungen zum Ersten Weltkrieg in Sarajevo beteiligen dürfe. Unter ähnlichen Vorzeichen scheiterte die Finanzierung einer HistorikerInnenkonferenz in Sarajevo, die dennoch abgehalten wurde, wiederum ohne Beteiligung von serbischen Intellektuellen. Die Arena des Gedenkens forderte ihren Tribut.

Dabei verstellte für viele Menschen am Westbalkan ohnehin die Auseinandersetzung mit den Folgen des Kriegs der 90er Jahre den Zugang zu diesen Gedenkveranstaltungen oder sistierte zumindest die Bereitschaft, sich dem Thema Krieg in einer anderen Form zu widmen, zu präsent und schmerzhaft waren und sind die eigenen erlebten Kriegserfahrungen noch, was nicht auf

6 vgl. Ramujkić, Vahida: *Sarajevski atentat*, [Stand 10.07.2015]

die Empathie aller im Frieden geborenen (Gedenk)AusländerInnen zu stoßen vermochte. Die unmittelbaren Erfahrungen des Verlusts von sozialen wie materiellen Sicherheiten und Zukunftsperspektiven hielten und halten Bosniens Nachkriegsgesellschaft in Bann und Existenznöten. Sarajevo wurde zwar als Geburtsort des Ersten Weltkriegs in sämtliche Geschichtsbücher eingetragen, wodurch sich aber nichts an der Tatsache änderte, dass dieser Erste Weltkrieg für viele Menschen vor Ort als Reflexionsort sehr weit weg, für andere noch viel zu nahe liegt.

### **Mitmachkultur**

Anders die Lage im anderen Europa, wo sich ganz zeitgemäß in diesem Gedenkjahr auch freiberufliche, eifrige, geschichtsinteressierte, gut gebildete BürgerInnen, Kunst- und Kulturschaffende durch kleinere Geldpakete locken ließen und den zahlreichen Aufrufen folgten, sich am Gedenken zu beteiligen oder das Gedenken mitzugestalten. Dann füllten sich die zahlreichen Projektanträge wie Multiple-Choice-Tests beinahe von selbst aus, wenn man nur die richtigen Gedächtnisprothesen und Geschichtsbücher verwendet hatte, um sich im Zuge eines wahrhaftig beeindruckenden Gedächtnisaktes an einen Zeitraum, der über hundert Jahre zurücklag, zu erinnern; um sich ein Jahr lang oder länger einzulesen, mit modernem Sozialisierungshintergrund versuchte, den Hintergründen dieses vor über 100 Jahren stattgefundenen Komplotts auf die Spur zu kommen, das man damals für nicht vollständig aufklärbar befunden hatte. Und ehe man sich versah, steckte man bereits mitten drin, im Vorfeld feststehende Meinungen zu interpretieren und zu reproduzieren, zu verbreiten und damit zu legitimieren.

Die Fleißigsten kannten die richtige Antwort, die richtige Literatur und das Geheimnis, die richtigen Schlagwörter aus der Ausschreibung selbst zu reproduzieren, und so konnte guter Hoffnung auf ein wenig Budget mit der Projektbeschreibung begonnen werden, im optimalsten Fall mit der romantisch verklärenden Attributierung des Landes *Bosnien und Herzegowina* und der Stadt *Sarajevo* „zwischen Orient und Okzident“; und damit hatte man nicht nur in rhetorischer Hinsicht aufs richtige Pferd

gesetzt, sondern auch gleichzeitig noch exotisierende Assoziationen von tausendundeiner Nacht betrieben und eine der real gewordenen Hyperrealitäten Sarajevos außerhalb Bosniens und Herzegowinas benannt.

## **Die zwei Gesichter Gavrilos**

Der internationale mediale Hype um den Krieg war beeindruckend, ebenso die zahlreichen, beinahe deckungsgleichen Kurzerklärungen, warum es eigentlich zum Krieg gekommen war – und diese begannen, wie so viele Geschichten aus dem Fernsehen mit einem Doppelmord:

*„Plötzlich durchschlug ein Projektil die Fahrzeugwand, traf Sophie in den Unterleib. Ein zweiter Schuss verletzte Franz Ferdinand am Hals, zerriss seine Halsvene. Es waren zwei verhängnisvolle Schüsse – ein folgenschwerer Doppelmord, mit dem Europa unterging. Das Attentat in der bosnischen Schicksalsstadt löste zunächst die Julikrise und vier Wochen später den Ersten Weltkrieg aus.“ (3sat online, Stand 20.08.2014).*

Die beiden Todesschüsse vom 28.06.1914 in Sarajevo wurden zum Auslöser ernannt und somit ein Datum für den Beginn des Ersten Weltkriegs gefunden. Princip's Schüsse von Sarajevo haben einen festen Platz in der Erzählung der Stadtgeschichte, ebenso wie sie ihren Platz in der Erzählung der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, zu der der Erste Weltkrieg geprägt wurde, haben. Das „Ur-“ benennt einen historisch weit vorgelagerten Ausgangspunkt einer Entwicklung, die Katastrophe benennt in der Narratologie der aristotelischen Tragödie den letzten Akt einer für die ProtagonistInnen meist tödlichen Lösung einer Konfliktkonstellation. In dieser Klammer machten die bestehenden Narrative Gavrilo Princip zum personifizierten Handlungsträger der europäischen Konfliktlagen im jungen 20. Jahrhundert und nutzten ihn als Projektionsfläche. Der Täter, ein damals erst 19jähriger Student, wurde zu einer ambivalenten Symbolfigur, zu einem Medienstar mit zwei Gesichtern – für die einen der befreiende Retter, Kämpfer für die Freiheit und Selbstbestimmung

der Völker und antiimperialistische Revolutionär, für die anderen der Inbegriff des Bösen, nationalistischer Attentäter und radikaler Terrorist, der sich ab den 90ern auch immer öfter mit dem Attribut großserbisch schmücken durfte. Für alle war es aber ein Name, der komplexe politische Zusammenhänge des letzten Jahrhunderts pars pro toto ersetzen musste. In dieser Rolle tauchte er und taucht bis heute in vielen der Geschichten auf, die anstelle des Kollektivsingulars der Geschichte treten.

Im Zentrum stand ein Name, der sich selbst zum Oxymoron geworden ist. Der Signifikant für diesen „Namen“, der reale Mann dahinter, konnte diesen Rummel um die Signifikate zu „Gavrilo Princip“ nicht mehr miterleben, da er noch 1918, vor dem offiziellen Ende des Ersten Weltkriegs während seiner Isolationshaft in Theresienstadt verstarb. Länger überlebte das Echo, also die symbolischen Gesichter einer Person, die nach einem baudrillianschen Simulationsbegriff die Frage nach dem Unterschied zwischen „Wahrheitsgetreuem“ und „Erfundenem“, zwischen „Wirklichem“ und „Imaginärem“<sup>7</sup> aufwerfen könnte. Die zeitliche Distanz zum Geschehen sowie die mittelbare Distanz der RezipientInnen zu Gedenkfeiern könnten unter diesem Gesichtspunkt zur Vorsicht vor schnellen Sch(l)üssen mahnen.

Nach jedem Machtwechsel in Sarajevo schwebten die Bilder Gavrilos, in der jeweils entsprechenden Position und Färbung, zur Vergewisserung des Eigenen oder einfach nur, um Definitionsmacht zu demonstrieren, über allen und überall: im Pflichtschulunterricht, im Zuge des Gedenkens mit feierlichen Aufmärschen, in den gefälligen und zugänglichen Medien. Der gute und der böse Gavrilo Princip – beides Signifikate, deren Kohärenz zum Signifikanten längst verloren ist – wetteiferten derart das gesamte letzte Jahrhundert hindurch – wegen konkurrierender Regime und einem nicht enden wollenden Seilziehen zwischen ... ja zwischen wem eigentlich, zwischen den zwei Versionen der zu schreibenden Geschichte? Vielleicht kann ein kurzer Abriss über die Akteure darüber Auskunft geben.

Den noch von der Habsburger Monarchie Verurteilten ernannte das „Königreich Jugoslawien (Königreich der Serben,

7 Bodrijar, Žan: Simulakrumi i simulacija. Novi Sad 1991, S. 7.

Kroaten, Slowenen)“ nach Ende des Ersten Weltkriegs zum Helden, den Tatort zur Gedenkstätte und montierte eine Gedenktafel an genau jener Stelle, wo die Schüsse gefallen waren. Nur wenige Jahrzehnte später, unter verändertem politischem Umfeld (faschistisches Ustaša-Regime des 3. Reiches), schenkte man diese Tafel niemand Geringerem als Adolf Hitler, als Kriegstrophäe und Geburtstagsgeschenk, als Symbol für die Übermacht des deutschen Volkes über die südöstlichen Völker und als Genugtuung für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg. Das nachfolgende System, die „Föderative Sozialistische Republik Jugoslawien“, gedachte dem mittlerweile beinahe ein halbes Jahrhundert lang Toten als Befreiungskämpfer und hauchte dem Ort der Erinnerung neuen Atem ein. Gavrilos Fußstapfen wurden in den Asphalt gegossen und eine neue Gedenktafel montiert. Weniger als 30 Jahre später erinnerte man sich an die andere Geschichte – aus aktuellen politischen Anlässen – an das zweite Gesicht des Helden und riss das Denkmal wütend ab, verwischte seine Spuren im Asphalt. Nach Ende des Bürgerkriegs der 90er entschied man sich dazu, dem Attentäter vor Ort doch wieder zu gedenken, vielleicht auch deswegen, da man begonnen hatte, das Attentat als Unique-Selling-Point der Stadt für den Tourismus miteinzubeziehen? Die Nachfolgestaaten der großen Kriegsparteien haben sich in den letzten hundert Jahren mühsam wieder diesem Ort angenähert, und so rangen nun im Jahr 2014, bewirbt von den gastgebenden BosnierInnen, österreichische und deutsche, englische und französische AkademikerInnenkreise, FriedensarbeiterInnen und MenschenrechtspraktikantInnen mit diplomatischer Unterstützung um die Austragung von Konferenzen und die Deutungshoheit im Gedenkdiskurs. Die Trennlinien des (Ge)Denkens im Vorfeld verliefen, fast gemäß den Koalitionen wie sie vor 100 Jahren vorgefunden worden waren (unter anderem verstärkt durch die in den 90er Jahren tiefer gezogenen Gräben), und so komemorierten in Sarajevo alle, nur bis auf wenige Ausnahmen, keine Intellektuellen russischer, serbischer oder türkischer Provenienz.

Dafür wurde an der Attentatsstelle überlegt, ob man nicht die Fußstapfen wieder in Auftrag geben und einlassen soll. Die Überlegung wurde im Stadtparlament auch gleich wieder ver-

worfen. In Istočno Sarajevo (Ost-Sarajevo), das zur Verwaltungsdomäne der bosnischen Serben (Republika Srpska) gehört, wurde ein Heldendenkmal für Princip aufgestellt, 2015 geschah dergleichen in Belgrad. Pompös und luxuriös manifestierte sich daneben unweit vom damaligen Tatort ein deutlich geschrumpftes Österreich mit der Veranstaltung eines Wiener Philharmoniker Konzerts.

## Wieder im Konzert der Kakanophonie

Gedenkjahre verkommen somit zu einer Leistungsschau in der Arena der Bedeutungsproduktion und nähren Simulationen. Simulationen der zwei Gesichter Gavrilos. Ein Hoch also auf Europas kollektive Gedächtniskultur, welches uns Licht im Dunklen vorgaukelt; nicht zuletzt dank der medial Überfliegenden, sprich denjenigen, die sich im Wissenschafts- und Kulturbetrieb am erfolgreichsten erinnerten, wie es vor fünfzig Jahren Vladimir Dedijer mit „Die Zeitbombe: Sarajevo 1914“ getan hatte oder wie es im Jahr 2014 Christopher Clark mit seinem in der Pose der Enthüllung der wahren Hintergründe vorgebrachten Text „Die Schlafwandler: Wie Europa in den 1. WK zog.“<sup>8</sup> tat. Aber: Eine für alle anerkennbare und somit als real zu erachtende „Geschichte“ ist nicht mehr erzählbar, hat sich diese doch längst verdoppelt, hat sich – wie Baudrillard schreibt – längst im Hyperrealismus aufgelöst:

*„Die Realität geht im Hyperrealismus unter, in der exakten Verdoppelung des Realen, vorzugsweise auf der Grundlage eines anderen reproductiven Mediums – Werbung, Photo etc.- , und von Medium zu Medium verflüchtigt sich das Reale, es wird zur Allegorie des Todes, aber noch in seiner Zerstörung bestätigt und überhöht es sich: es wird zum Realen schlechthin, Fetischismus des verlorenen Objekts – nicht mehr Objekt der Repräsentation, sondern ekstatische Verleugnung und rituelle Austreibung seiner selbst: hyperreal.“<sup>9</sup>*

8 Clark, Christopher: Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2013

9 Baudrillard, Jean: Der symbolische Tausch und der Tod. München 1982, S. 113f.

In einer bestehenden Fülle an zur Verfügung stehenden Medien stellen eben gerade „herausragende, wissenschaftliche Publikationen“ das perfekte reproduktive Medium dar, welches die Simulation braucht, um eben die Legitimierung und den Wirklichkeitsanspruch im Öffentlichen zu gewähren. Die Simulation generiert sich so auf der Folie der als legitim ventilierten Narrative, um sich dann, abgelöst von diesen, ungehemmt verbreiten zu können.

Neben der Wissenschaft erfüllen diesen Auftrag auch Demonstrationen der „kulturellen Macht“. Das kulturelle „Schmankerl“ dieses Gedenkspektakels 2014 bedient all diejenigen, die noch immer den Mut haben, sich Österreich als Kulturturnation großzudenken. In diesem Sinne fand am 28.6.2014, dem St. Veits Tag oder Franz Ferdinands und Sophies Todestag, das imposante Konzert der Wiener Philharmoniker in Sarajevo statt. Die 400 Sitzplätze in der Vijećnica, dem einstigen 1894 von der Habsburger Okkupationsverwaltung errichteten Rathaus, welches während der Belagerung Sarajevos in den 90er Jahren niedergebrannt wurde und dessen Restaurierung mit Mitteln der EU Frankreichs und Österreichs uva. 2014 noch gerade rechtzeitig beendet wurde, waren von Anfang an der diplomatischen und (kultur-)politischen Elite vorbehalten. Für die Stadtbevölkerung und TouristInnen vor der Tür wurde das Konzert auf einer Leinwand in der Nähe des Rathauses übertragen. Das ganze Arrangement wiederholte in seinen Grundzügen einen kakanischen kolonialen Habitus und war gleichzeitig die Simulation einer kollektiven Gedächtnisfeier an die gemeinsam überwundene Katastrophe. Die eine Katastrophe, der gedacht wurde, lag hundert Jahre zurück und war dennoch weiter virulent. Die andere war tagesaktuell und ungedacht, führte man sich vor Augen, dass nur knapp einen Monat vor dem teuren Konzert, im Mai 2014, eine Flut viele Teile Bosniens erfasst und der Staat um Geldmittel gerungen hatte, um den Menschen, die ihr gesamtes Hab und Gut verloren hatten, helfen zu können.

Der Kritik an dieser exklusiven Form der Gedächtniskultur wurde damit begegnet, dass die mediale Aufmerksamkeit, die man mit diesem Spektakel (Fernsehübertragungen beispielswei-



se) den BürgerInnen von Bosnien und Herzegowina beschert habe, als wahres Geschenk hätte erachtet werden müssen, welches doch mehr Wert gehabt habe, als beim Konzert selbst zuzuhören. Außerdem wäre die bosnische Hauptstadt so im Kontext eines positiven Ereignisses in der internationalen Medienberichterstattung präsentiert worden.

Diese Darstellung erwirkte die Simulation eines friedlichen, 100 Jahre nach der Urkatastrophe endlich (mit Wien) ausgesöhnten Sarajevos, wodurch unter Walzerklängen europäische Schaulustige, neue TouristInnen und InvestorInnen angelockt werden sollten. Dabei überlagerte die Simulation weitere Narrative der Stadt, des Landes und Europas – wie beispielsweise die noch vorherrschenden innerstaatlichen weiterhin ethnisch motivierten Konflikt- und Trennlinien, sowie die besser gewussten, nicht implementierfähigen außerstaatlichen (internationalen) Lösungsvorschläge oder die Armut der Menschen innerhalb der herrschenden korrupten Verwaltungen oder die Verantwortung der EU für die von ihr geforderte Privatisierung und Marktöffnung, die die ehemaligen staatlichen Betriebe zu Spekulationsobjekten degradierte – andere Narrative, die ein anderes Bosnien, ein anderes Europa, vermuten ließen; die eine andere Auffassung des Friedens vorschlagen würden.

Zurückgreifend auf den Begriff der Urkatastrophe, der ja nur im Wissen um nachfolgende negative Ereignisse sinnstiftend ist, wirkt es wie ein Treppenwitz der Geschichte, dass die Spaziermeile der Stadt Sarajevo, die Vilsonovo Šetalište, nach dem US-Präsidenten Woodrow Wilson (Amtszeit von 1913 bis 1921) benannt ist, nach dessen Imperativ des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Landkarte Europas nach ethnokulturellen Prinzipien neu geordnet wurde. Wilsons Überzeugungen waren einem romantischen liberalen Idealismus entsprungen, doch wies die Logik des ethnokulturellen Nationalismus, die in einer homogenen Nation das Ideal einer gereinigten, gesunden Gemeinschaft gespeichert hatte, auf kommende Konflikte und Katastrophen voraus. Für Dževad Karahasan, einem Intellektuellen Sarajevos, beginnt in einer Variation von Hobsbawms Diktum das kurze 20. Jahrhundert an der Lateinerbrücke mit den Schüssen Principis und endet keine zwei Kilometer

flussabwärts an der Vrbanjabrücke, auf deren Höhe die Vilsonovo Šetalište beginnt<sup>10</sup>. Die Brücke heißt heute auch „Suada und Olga Brücke“, wurden auf ihr doch am 5. April 1992 die ersten zwei Stadtbürgerinnen, Suada und Olga, durch Scharfschützen getötet, was als Auslöser für die ersten Kriegshandlungen des Bosnienkriegs und für die Belagerung Sarajevos erachtet wird – lesbar auch als die Pervertierung von Wilsons Ordnungswunsch, begleitet vom letzten Stück des Konzerts der Wiener Philharmoniker im Sarajevoer Rathaus: dem Schlusssatz von Beethovens Neunter Symphonie, der heutigen Europahymne.

## Gedenkanlass 2014

Unterliegen die Meilensteine von 2014 nach wie vor eindimensionalen Erinnerungsperspektiven? Einmal mehr liegt der Gedanke nahe, dass das Gedenken – weil in persona erinnern kann sich ohnehin keineR mehr – nur dem einen Zweck dient, nämlich der Argumentation und Legitimation aktueller Politik und der Motivarlegung, warum man sich das Recht einräumt, diesen Weg einzuschlagen, den man politisch schon seit hundert Jahren – wenn auch dazwischen einige Male aufgefrischt – geht. Die zwei Gesichter Gavrilos und die damit verbundenen zwei Perspektiven der „Urkatastrophe“ könnten so gesehen auch ein Indiz dafür sein, dass es noch keinen klaren Sieger gibt, die jeweiligen Kontrahenten in der Arena der Geschichtsschreibung zwar ihre offiziellen Bezeichnungen geändert haben, aber nach wie vor demaskierbar wären.

Anstelle aus dem jetzigen Ist-Zustand und der Erkenntnis über Ambivalenzen eigener Geschichte und aktueller politischer Versäumnisse unsere Schlüsse zu ziehen, wird mit lediglich aktualisierten Versionen dieser Geschichten unter Miteinbeziehung neuester Kulturtechniken um sich geworfen. Für die dafür abhängigen Rezipienten bleibt aus immer weiterer Distanz das Abbild des Abbildes auf dem Screen haften. Fundierte

<sup>10</sup> Vgl. Nachwort von Dževad Karahasan zu: Karahasan, Dževad: Berichte aus der Dunklen Welt. Frankfurt/M., Leipzig 2007, S. 212f.

Geschichtereflexion bleibt dabei ebenso wie zukunftsgerichtetes emanzipatives Lernen auf der Strecke. Trotz beeindruckender internationaler Präsenz in Sarajevo kann man sich die Frage danach stellen, wo die konstruktiven Dialoge im Jahr 2014 geblieben sind, die Referenzen auf das Jetzt, ein Jetzt, welches wir durch das Gestern, durch den Akt des Erzählens von Geschichte an und für sich verstehen wollen könnten, damit der Gedenkakt kein schnell verpuffendes Feuerwerk bleibt.

## Literatur

- Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit – Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. München: Verlag C. H. Beck 2006
- Baudrillard, Jean: *Der symbolische Tausch und der Tod*. Aus dem Französischen von Gerd Bergfleth (Kapitel I), Gabriele Ricke und Ronald Voullié (Kapitel II–VI). Anhang: Baudrillard und die Todesrevolte von Gerd Bergfleth. München: Matthes & Seitz 1982. (= Batterien. 14.)
- Baudrillard, Jean: „Die Revolution und das Ende der Utopie“ in: Die Tageszeitung. April 4, 1989. (German), online unter: <http://www.egs.edu/faculty/jean-baudrillard/articles/die-revolution-und-das-ende-der-utopie/> [Stand 20.08.2014].
- Bodrijar, Žan: *Simulakrumi i simulacija*. Prevod sa francuskog Frida Fili-pović. Novi Sad: Svetovi 1991.
- Clark, Christopher: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. München: dva 2013
- Dedijer, Vladimir: *Die Zeitbombe*. Sarajevo 1914. Wien, Frankfurt, Zürich: Europa Verlag 1967
- Jergović, Milenko: Vorwort zum Ausstellungskatalog: *Odjeci Evropska štampa o sarajevskom atentatu i julske krizi*. Katalog izložbe. NUB Republika Srpska, Banja Luka 2015
- Petković, Igor F.: *Franz Ferdinands Princip – Synthese zweier Feindbilder*, online: <http://web59.webbox333.server-home.org/portfolio/art-guerilla-camp-und-blart-festival-banja-luka-2014/>, [Stand 10.07.2015]
- Preljević, Vahidin/Ruthner, Clemens: *Wem gehört 1914?* in: „Die Presse“ (06.07.2013), online unter: <http://diepresse.com/home/spektrum/zeichenderzeit/1427160/Wem-gehört-1914>
- Ramujkić, Vahida: *Sarajevski atentat*, online: [http://disputedhistories.irational.org/sarajevski\\_atentat/](http://disputedhistories.irational.org/sarajevski_atentat/), [Stand 10.07.2015]
- 3Sat: *1914–2014*, online: <http://www.3sat.de/page/?source=/musik/177309/index.html> [Stand 04.08.2014].

## Clarks Bestseller – eine Stellungnahme<sup>1</sup>

Unter den zahlreichen Publikationen, die zum 100. Jahrestag der Entfesselung des Ersten Weltkriegs auf den Büchermarkt geworfen wurden, ragt das Werk von Christopher Clark in mehrfacher Hinsicht heraus. 2012 in London erschienen, gelangte die deutsche Ausgabe bis Anfang Mai 2014 200.000 Mal zum Verkauf; im August 2014 hielt man bei der 16. Auflage; das Buch erntet bei den Rezensenten durchwegs hohes, fast schon hymnisches Lob; und der Autor bekam die Einladung, anlässlich der Eröffnung der heurigen Salzburger Festspiele, einer Versammlung, bei der der Geldadel samt seinen politischen Sachwaltern unter sich ist, den Festvortrag zu halten.

Dieser Erfolgslauf kann für ein Geschichtswerk als außergewöhnlich gelten. Verantwortlich dafür ist der gewaltige mediale Werberummel, aber nicht ausschließlich. Das Buch hat auch seine Qualitäten, die in der Art liegen, wie Clark das Thema behandelt. Die Julikrise 1914 war und bleibt ein dramatisches Ereignis, das historisch Interessierte zu fesseln vermag. Clark, ein Australier und seit 2008 Professor für Neuere Europäische Geschichte an der Universität Cambridge, beschreibt es in einem Stil, der angelsächsische Historiker generell vor anderen auszeichnet: ohne hochstapelndes, pseudogelehrtes Wortgeklingel, in solider, verständlicher und lebendiger Erzählweise. Die Liste der eingesehenen Archivquellen und der verwendeten Sekundärliteratur ist imposant. Irgendwelche gröberen sachlichen Fehler sind auch nicht zu entdecken. Die Weitschweifigkeit der Ausführungen stellt zwar den Kenner der Materie auf eine harte Geduldsprobe, nicht aber den Laien, der Geschichte gerne als große Romanerzählung geboten bekommen will. Für ihn mag Clarks Buch eine Offenbarung sein. Wirklich neue Fakten sind darin, verglichen

---

1 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2014, 895 S., 39,99 Euro

mit früheren Darstellungen der Julikrise 1914, jedoch nicht ausgebreitet. Es ist vielmehr die Interpretation der Abläufe, die an dem Werk als „innovativ“ gerühmt wird.

Clarks Buch zeichnet sich dadurch aus, dass es die These vom „Hineinschlittern“ aller europäischen Mächte in den Krieg wieder belebt, eine Auslegung, die gleich nach 1918 vor allem von der deutschen und österreichischen Geschichtsschreibung kultiviert wurde, und an der sie über Jahrzehnte hartnäckig festhielt. Es war der Hamburger Historiker Fritz Fischer, der 1961 diese These zerschlug, indem er in seinem Werk „Griff nach der Weltmacht“ die kriegstreiberische Rolle des deutschen Imperialismus mit seinen aggressiven Aspirationen auf 900 Seiten quellen-gesättigt und unwiderleglich aufdeckte. Dafür wurde er von den konservativen Fachkollegen als „Nestbeschmutzer“, „Kryptomaxist“ und „Übernehmer von DDR-Geschichtsklischees“ wütend attackiert.

Clark hingegen kehrt zum alten Schema vom „Betriebsunfall“ zurück, ja setzt noch eins drauf, indem er bei der „gerechten“ Verteilung der Schuld am Kriegsausbruch einerseits Deutschland und Österreich-Ungarn milder, andererseits Serbien, Russland und Frankreich schärfer als üblich beurteilt. Speziell Serbien kommt schlecht weg und wird beinahe schon als „Schurkenstaat“ gezeichnet. Dieses Zurückfallen hinter den Stand der Erkenntnisse Fritz Fischers, seines Schülers Imanuel Geiss, Eric Hobsbawms und anderer findet in Deutschland und Österreich verständlicherweise Beifall.

Clarks Buch wird aber von britischer, amerikanischer und französischer Seite nicht minder gepriesen. Der Grund dafür liegt in der Gesamttenenz des Werks, in der dem bürgerlichen Verständnis von Geschichtsabläufen voll entsprechenden, rein personalistischen Betrachtungsweise. Clark zieht am Ende seines dickleibigen Bandes das Resümee, dass die Protagonisten von 1914 „Schlafwandler“ waren, „wachsam, aber blind, von Alpträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Gräueltaten zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten.“ (S. 718) Diese sehr unverbindliche, ja banale Deutung ist Labsal für jene, die die tieferen Ursachen historischer Entwicklungen gerne hinter der Nebelwand persönlicher Entscheidungen von gekrönten

Häuptern, Diplomaten und Militärs verschwinden lassen wollen.

Clark kommt bei der Schilderung ihres Handelns, ihrer individuellen Eigenschaften, Affekte, Schwächen und Irrtümer nicht umhin, da und dort auch den Begriff „Imperialismus“ in den Mund zu nehmen. Er engt ihn aber auf die politische, vorwiegend außenpolitische Sphäre ein, auf Staatenkonkurrenz, Macht rivalität und nationalistisches Prestigedenken, auf Kategorien also, die immer schon kriegerische Machtpolitik bestimmten, 1914 ebenso wie in vorimperialistischen Epochen, etwa zu Zeiten Napoleons. Überdies werden bei ihm die nicht zu leugnenden ökonomischen Interessen als nur eine von mehreren quantitativen Komponenten im Sinne der „Faktoretheorie“ in dieses Motivationsbündel eingefügt. Ganz außer Betracht hingegen bleibt die neue *Qualität* des Imperialismus als monopolkapitalistisches Produktionsverhältnis, das alle gesellschaftlichen Bereiche von der Basis bis zum Überbau durchdrang.

Nationalistische Ideologien, Prestigedenken, sozialimperialistische Motive, militärische Präventivkriegspläne und andere Überbauerscheinungen bestimmten Formen, Ausmaß und Charakter imperialistischer Außenpolitik gewiss maßgeblich mit. Von den herrschenden Klassen aufgegriffen und entsprechend ihren Interessen modifiziert, wurden sie aber von der materiellen Basis hervorgebracht und bildeten deshalb *nicht* die wirklichen Ursachen imperialistischer Expansions- und Kriegspolitik. Diese lagen vielmehr in den Bedingungen der weitgehenden Monopolisierung der Wirtschaft, wodurch die erweiterte Reproduktion des Kapitals in ungleich höherem Grade als zuvor von der ständigen außenwirtschaftlichen Erweiterung der Absatzmärkte und Rohstoffreservoirs und der Steigerung des dazu erforderlichen Kapitalexports abhängig wurde. Der verstärkte ökonomische Expansionsdrang des Monopolkapitals nahm angesichts der abgeschlossenen Aufteilung der Erde und der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Staaten zunehmend aggressivere Züge an und forderte die politische „Einmischung“ des Staates heraus. Infolge der objektiven ökonomischen Entwicklungstendenzen waren die staatlichen außenpolitischen Maßnahmen zusehends enger, direkter und in-

tensiver als zuvor mit unmittelbaren ökonomischen Expansionsinteressen einflussreicher Teile der Monopolbourgeoisie verknüpft. Politische Macht war viel weitgehender als bisher mit ökonomischer Machterweiterung (und das hieß nun eben vor allem monopolistischer Machterweiterung) identisch, und ökonomische Machterweiterung in den nun erforderlichen Dimensionen verlangte ein viel unmittelbareres und umfassenderes außenpolitisches Engagement des Staates.

Die Entschlüsse der politischen Machtträger in den Julitagen 1914 entsprangen daher stets – und zwar höchst rational und nicht „schlafwandlerisch“ – einem übergeordneten Ganzen, einem System, nämlich den jeweiligen imperialistischen Interessen und Zielen. Und weil das heute nicht anders ist als einst, besteht das elementare Bedürfnis, die Verwurzelung imperialistischer Expansions- und Kriegspolitik in der monopolkapitalistischen Ökonomik in Abrede zu stellen, mit der Absicht, die Unschuld der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an der Entstehung des Ersten Weltkriegs insgesamt zu behaupten.

Clarks Sichtweise, ein Verharren an der Oberfläche der Erscheinungen, muss daher Sympathie bei jenen erwecken, denen bohrende Fragen nach Schuld und Verantwortung des imperialistischen Herrschaftssystems für die größte Katastrophe, die die Menschheit bis dahin erlebte, ein ständiges Ärgernis sind.

Zum Thema ist kürzlich erschienen:

Klaus Gietinger  
Der Seelentröster  
Eine Antwort auf Christopher Clark  
Einleitung Winfried Wolf  
260 Seiten, Verlag Schmetterling, Stuttgart 2015

## **Rüstung, Krieg & Kapital**

### **Erster Weltkrieg und Ukraine-Krise<sup>1</sup>**

Den Ausgangspunkt für den Ersten Weltkrieg bildete eine jahrzehntelang betriebene Hochrüstung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich-Ungarn und Russland. Diese Aufrüstung und die Wirkung der Rüstungsproduktion auf Ökonomie und Politik spielen in den aktuellen Debatten um den Ersten Weltkrieg so gut wie keine Rolle. Im Folgenden ein Versuch, die unterschiedlichen Wirkungsweisen und Ebenen von Kapital, Rüstung und Krieg vor dem Hintergrund der Debatten über den Ersten Weltkrieg und der aktuellen Krise um die Ukraine zu skizzieren.

In vorkapitalistischen Gesellschaften diente die Herstellung von Waffen und Kriegsgerät in erster Linie dem Zweck, Kriege zu führen, sich zu verteidigen oder abzuschrecken. Der Gebrauchswert des Kriegsgeräts stand im Zentrum. Die Kosten für Rüstung und Krieg wurden primär als Abzug vom gesellschaftlichen Produkt wahrgenommen. Anders im Kapitalismus. In diesem ist Rüstung eine normale Kapitalanlage; vor allem in den großen, imperialistischen Staaten entwickelte sich mit dem Rüstungssektor ein relevanter – in den USA ein außerordentlich machtvoller – Wirtschaftszweig. Grundsätzlich ist der Gebrauchswert einer Ware im Kapitalismus sekundär; es geht ausschließlich darum, dass der Wert der Ware realisiert, dass für die Ware eine Nachfrage gefunden (oder erfunden) wird und dass dabei ein Profit erzielt wird. Der Gebrauchswert von Waffen und Rüstung mag das Töten und Zerstören sein. Solange damit Gewinne erzielt werden, ist dies ein interessanter Markt. Auch an terroristischen Akten kann man verdienen. Der Boss des US-Konzerns General Electric, Jeffrey Immelt, führte 2002 auf einer Aktionärsversammlung unter Bezug auf die Terroranschläge vom 11.

---

1 Erschienen in: lunapark 21, Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, Heft 26, 2014, S. 42–48. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors und der HerausgeberInnen



September 2001 aus: „Nachdem ich erst zwei Tage im Amt war, wurde ein Flugzeug, das mit ‚unseren‘ Triebwerken ausgestattet ist, in ein Gebäude gesteuert, das *von uns* versichert ist. Dies hat zu einer Katastrophe geführt, über die ‚unsere‘ Sender berichteten. Ich gehe von einem Gewinnwachstum unseres Unternehmens im laufenden Geschäftsjahr von 11 Prozent aus.“<sup>2</sup>

Die Gleichgültigkeit gegenüber der *konkreten* Form kapitalistischer Produktion wurde von einer Nazi-Größe auf den Punkt gebracht. 1938 hielt Hermann Göring eine Rede vor BMW- und Daimler-Managern. Er kündigte in dieser den baldigen Krieg an und forderte eine bedingungslose Ausrichtung jeglicher Fertigung auf Kriegsproduktion. Göring: „Was, meine Herren, bedeutet das alles, wenn Sie eines Tages statt Flugzeugen Nachttöpfe machen. Das ist ja einerlei.“<sup>3</sup> In den folgenden sieben Jahren produzierten diese Konzerne zu 99 Prozent für die NS-Kriegsmaschinerie. Ab Herbst 1945 waren es dann wieder zivile Produkte, wenn auch nicht gerade Nachttöpfe.

## **Profitabler Markt**

Seit dem deutsch-französischen Krieg 1871/72 gab es im Deutschen Reich einen vier Jahrzehnte währenden Aufrüstungsprozess. Der Anteil der Militär- und Rüstungsausgaben lag immer höher als drei Prozent des Nettosozialprodukts, wobei das letztere sich massiv erhöhte und damit auch die Rüstungsausgaben parallel enorm anstiegen. 1890 wurden beispielsweise 860 Millionen Reichsmark ausgegeben – 1909 waren es bereits 1,46 Milliarden RM, wobei inzwischen der Anteil dieser Militärausgaben am Sozialprodukt von 4,2 auf 3,7 Prozent leicht gefallen war. Ab 1912 wurden die Rüstungsausgaben sprunghaft gesteigert – man konnte gewissermaßen die Orientierung auf den Krieg in diesen Zahlen ablesen.<sup>4</sup>

2 Financial Times Deutschland vom 24. September 2001.

3 Zitiert in: O.M.G.U.S. – Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, Nördlingen 1985, S. 150.

4 Nach: Heinz-J. Bontrup/Norbert Zdrrowomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie – Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, 1988, S. 22f.

Heute – offiziell in Friedenszeiten – wird mit rund 1,6 Billionen US-Dollar weltweit so viel für Rüstung ausgegeben wie noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Ausgaben haben sich in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Der US-Rüstungsindex ‚Spade Defense‘ warb im April 2014 mit den folgenden Sätzen für „Investitionen“ im Rüstungssektor: „Die Rüstungs- und Weltraumausgaben entsprechen 5 Prozent des US-BIP. [...] Die Entwicklung des Rüstungssektors war über die vergangenen zwei Jahrzehnte hinweg durch einen weltweiten Anstieg der staatlichen Rüstungsausgaben charakterisiert. [...] Obgleich der US [Rüstungs-]Markt leicht rückläufig ist, steigen die weltweiten Rüstungsausgaben weiterhin. Historisch gesehen erwies sich der Rüstungssektor über die vergangenen vierzig Jahre hinweg als profitabel. [...] Analysten gehen davon aus, dass dieser Markt gerade auch in Zukunft große Gewinnchancen birgt.“<sup>5</sup>

Mit der Ukraine-Krise sehen die Rüstungsprofiteure ihre kühnen Erwartungen bestätigt. Anfang Mai 2014 wurde Merrilyn Hewson, die Chefin des US-Rüstungskonzerns Lockheed Martin, gefragt, welche Auswirkungen die Ereignisse um die Krim hätten. Ihre Antwort: „Hinsichtlich unseres Geschäfts sehe ich den Anstieg der Nachfrage nach Verteidigungskapazitäten in der gesamten Welt. [...] Neben Flugabwehrsystemen wird dies den F-35-Joint-Strike-Fighter oder das Transportflugzeug C-130J, Satellitentechnik, Aufklärungssysteme, Cybersecurity, IT-Infrastruktur, Technik für Kampfschiffe und so weiter betreffen.“<sup>6</sup>

## **Nachfrage staatlich – mit Wachstum begabt**

Die Nachfrage nach Rüstung ist eine besondere. Sie wird nicht von den klassischen Nachfragesubjekten, Lohnabhängigen und Unternehmern, und schon gar nicht durch einen anony-

5 Zitat nach website Spade Defence, Juni 2014.

6 Interview in: Welt am Sonntag vom 4. Mai 2014. Frau Hewson betonte, dass beim Rüstungsriesen Lockheed Martin 22 Prozent der Führungskräfte von Frauen besetzt werden und insbesondere die Top-Positionen der einzelnen Segmente, so das JSF-Projekt, „von Frauen geführt“ werden.

men „Markt“ genährt. Die Nachfrage nach Rüstungsgütern ist zu fast 100 Prozent ‚eine staatliche‘. Sie kommt durch konkrete politische Beschlüsse zustande und wird finanziert durch aktuelle und zukünftige Steuergelder. Sei es staatliche Nachfrage im Inland: Die inländische und ausländische Rüstungsindustrie produziert für den Inlandsmarkt. Sei es staatliche Nachfrage aus dem Ausland: Die „heimische“ Rüstungsindustrie exportiert ins Ausland, wobei die Rüstungsgüter in aller Regel von der Regierung oder regierungsnahen Institutionen des betreffenden Landes geordert und damit erneut direkt oder indirekt mit Steuergeldern finanziert werden.

Damit zahlt immer die durchschnittliche Bevölkerung für Rüstung und Krieg. Sei es direkt durch Steuern. Wenn die Rüstung zunächst auf Kreditbasis, also durch öffentliche Verschuldung, finanziert wird, so wird ein großer Teil zu einem späteren Zeitpunkt bezahlt, manchmal auch im Rahmen eines Staatsbankrotts, einer extremen Inflation wie nach dem Ersten Weltkrieg oder einer „Währungsreform“ wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Den Auftakt zum Ersten Weltkrieg im Reichstag bildete nicht ein Ja zur Kriegserklärung, sondern die Abstimmung über Kriegskredite.

Grundsätzlich wird heute ein großer Teil der Rüstungsausgaben über Schulden finanziert; das gilt in besonderem Maß für die USA. Hohe Rüstungsausgaben auf Pump sind auch bei Staaten, die in einer tiefen Finanzkrise stecken, nicht ungewöhnlich. Die Troika, die Griechenland faktisch seit dem Jahr 2010 regiert, klammerte bei den höchst konkreten Maßnahmen zur Reduktion der öffentlichen Ausgaben den überproportional großen Rüstungssektor Griechenlands weitgehend aus. Der Grund: Die griechischen Rüstungsausgaben kommen der internationalen Rüstungsindustrie zugute.

Der Charakter kapitalistischer Rüstungsproduktion ist ein besonderer – und ein für das Kapital besonders vorteilhafter: Die Abnahme ist garantiert, aufwendige Marktstudien erübrigen sich; selbst Werbemaßnahmen wie die deutsche Luftfahrtschau ILA werden überwiegend vom Steuerzahler finanziert. Es existieren langfristige Verträge für Entwicklung, Fertigung, Abnahme und Wartung über den gesamten Lebenszyklus – oder Todes-

kreislauf – des Produkts. Die Konkurrenz ist eingeschränkt und kommt nur im Prozess der Bewerbung um einen Auftrag (Ausschreibung) zur Geltung. Was mit gewissen Korruptions-Investitionen verbunden ist. Kommt es zur Auftragsvergabe, so gibt es eine fast absolute Profitgarantie. Es gibt auch keine relevanten Konjunkturschwankungen; in der Regel herrscht Hochkonjunktur. Ein – seltener – Rückgang von Rüstungsausgaben zeichnet sich meist langfristig ab und ist damit eher planbar. Rosa Luxemburg machte in einem Vergleich zwischen „normaler“ kapitalistischer Produktion und Rüstungsproduktion deutlich, wie vorteilhaft die Kriegswirtschaft aus Sicht der Rüstungskapitaleigner ist: Bei der Rüstungsproduktion „tritt an die Stelle einer großen Anzahl kleiner, zersplitterter und zeitlich auseinanderfallender Warennachfrage (...) eine zur großen, einheitlichen, kompakten Potenz zusammengefasste Nachfrage des Staates.“ Diese werde „außerdem der Willkür, den subjektiven Schwankungen der Konsumtion entrückt und mit einer fast automatischen Regelmäßigkeit, mit einem rhythmischen Wachstum begabt.“<sup>7</sup>

Apropos große, kompakte Potenz: Die Rüstungsaufträge haben oft eine Dimension, wie es sie in keinem anderen Bereich kapitalistischer Wirtschaft gibt. Das aktuell größte Rüstungsprojekt, zugleich bislang das größte Rüstungsprojekt aller Zeiten, ist das (bereits erwähnte) US-amerikanische Kampfflugzeug F-35. Wesentlicher Hersteller ist der US-Konzern Lockheed Martin. Die Gesamtkosten des Projekts, die für den gesamten Zyklus von Entwicklung über Auslieferungen und Einsatz mit Wartung auf 50 Jahre hochgerechnet werden, liegen bei 1.500 Milliarden (oder 1,5 Billionen) US-Dollar. Das entspricht den gesamten weltweiten Rüstungsausgaben eines Jahres.

## **Konversion – in Richtung Rüstung**

Es gibt in der Friedensbewegung und in den Gewerkschaften oft lange Debatten über Konversion, also über die Umwandlung von Rüstungsfertigung in zivile Produktion. Dabei wird

7 Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, Berlin 1913 (Reprint 1969), S. 442.

gewöhnlich davon ausgegangen, dass es sich hier um einen langwierigen Prozess handelt. Dabei demonstrieren die Rüstungskonzerne immer wieder, dass sie binnen kurzer Zeit, oft innerhalb weniger Monate, von ziviler auf Rüstungsfertigung (und umgekehrt) umstellen können. Bereits im Ersten Weltkrieg waren Autohersteller als Rüstungsproduzenten aktiv – oder es entstanden neue Rüstungshersteller, die später Autofabrikanten wurden. Im Zweiten Weltkrieg arbeiteten alle Autohersteller in den USA, in Japan und in Europa zu 90 und mehr Prozent für die Kriegswirtschaft. General Motors war damit betraut, die US-amerikanische Atombombe zu entwickeln. Der GM-Boss Charles Edward Wilson war während des Zweiten Weltkriegs in Personalunion Leiter der US-Heeresverwaltung. Die GM-Tochter Opel arbeitete ohne äußeren Zwang für die NS-Rüstung und war an der Entwicklung des ersten Düsenkampffjets der Welt, des Me262, maßgeblich beteiligt. BMW und Daimler begannen wenige Monate nach der Machtübernahme der NSDAP ihre zivile Fertigung auf Rüstungsproduktion umzustellen. VW in Fallersleben, heute Wolfsburg, nahm 1938 als 100prozentiger Rüstungsbetrieb seine Produktion auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg produzierten diese Rüstungsbetriebe alle wieder Autos für zivile Zwecke.

Oftmals erweisen sich Unternehmen als ideal, die ein ziviles Segment und einen Rüstungsbereich haben. Damit können diese je nach Großwetterlage ihre Geschäftsaktivitäten gewichten. Das war der Fall beim Stahl- und Rüstungskonzern Krupp vor und im Ersten und vor und im Zweiten Weltkrieg. Das ist heute der Fall bei EADS (wo rund zwei Drittel des gesamten Umsatzes auf die zivile Airbus-Fertigung und rund ein Drittel auf Rüstungsproduktion entfallen) und bei Boeing (wo der Rüstungsumsatz größer ist als derjenige im zivilen Flugzeugbau). In beide Unternehmen flossen in den letzten zwei Jahrzehnten neben den großen Rüstungsaufträgen auch Hunderte Milliarden Dollar und Euro an Steuersubventionen für die zivilen Fertigungen. Es gibt einen endlosen, auch juristisch ausgetragenen Streit darüber, inwieweit staatliche Ausgaben für den militärischen Bereich dazu dienen, Entwicklungen im Bereich des zivilen Flugzeugbaus („quer“) zu subventionieren.

## Big Mac und big stick

Rüstung und Kriege stellen eine Fortsetzung und Verstärkung des unerbittlichen Konkurrenzprinzips, das im Kapitalismus herrscht und das insbesondere auch den Welthandel dominiert. Typisch dafür war die „Zweite Marokko-Krise“ im Sommer 1911, als das deutsche Kaiserreich als Drohgebärde das Kanonenboot Panther nach Agadir in Marokko entsandte, nachdem zuvor dort französische Truppen Rabat und Fès besetzt hatten. Damit wollte das Kaiserreich seinen Anspruch auf größere deutsche Kolonialgebiete in Afrika anmelden. Es war ein Spiel mit dem Feuer. Damals mobilisierte die SPD, nach einigem Zögern, noch gegen den Krieg – am 3. September 1911 demonstrierten im Berliner Treptower Park 200.000 Menschen gegen die Kriegsgefahr.

Seit Anfang der 1990er Jahre ist es das erklärte Ziel der Bundeswehr, weltweit die Freiheit der Handelswege und den Zugang zu Rohstoffen zu „verteidigen“. Als die Europäische Union Anfang der 1990er Jahre den Maastricht-Vertrag verabschiedete und damit den Startschuss für vereinte Staaten von Europa gab, entsprach es kapitalistischer Logik, nunmehr die Debatte über eine europäische Armee und über einen EU-weiten vereinheitlichten Rüstungssektor zu intensivieren und den Rüstungskonzern EADS als Zusammenschluss der deutschen, französischen und spanischen Rüstungsindustrie zu gründen.

Der enge Zusammenhang zwischen Welthandel und Militärmacht gilt natürlich im besonderen Maß für eine Hegemonialmacht. Die drei letzten Hegemonialmächte Niederlande (im 18. Jahrhundert), Großbritannien (im 19. Jahrhundert und bis zum Ende des Ersten Weltkriegs) und die USA (seit dem Zweiten Weltkrieg) waren immer zugleich die jeweils führende Militärmacht. Thomas Friedman, ein einflussreicher Journalist mit engen Verbindungen zum US-Außenministerium, schrieb Ende der 1990er Jahre und mit Blick auf den Kosovo-Krieg: „Die unsichtbare Hand des Marktes kann ohne die verborgene Faust nicht funktionieren. McDonalds kann ohne McDonnell-Douglas [den damaligen US-Waffenproduzenten; heute Teil von Boeing; W.W.] nicht florieren. Die unsichtbare Faust, die Sicherheit in der

Welt schafft, damit die Technologie des Silicon Valley floriert, nennt man US-Army, Luftwaffe und Marine-Corps.“ Der Big Mac von McDonalds erobert die Welt vor dem Hintergrund der ständigen Drohung mit dem großen Knüppel, dem „big stick“.

## **Möglichkeiten und Grenzen kapitalistischer Rüstung**

Grundsätzlich stellen Rüstungsausgaben einen ‚Abzug aus dem Fonds für produktive Ausgaben‘ dar. Was in die Rüstung fließt, kann nicht für Straßen, Schienen, übrige Infrastruktur, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser usw. ausgegeben werden. Während staatliche Ausgaben für Infrastruktur dazu führen, dass mit denselben die Bedingungen für die produktive Fertigung verbessert werden, dass in Folge dieser staatlichen Investitionen Unternehmen auf Basis dieser neuen Infrastruktur produzieren (oder mit Hilfe eines höheren Ausbildungsstandards Lohnabhängige beschäftigen) und dann vielfach auch mehr Steuern zahlen, trifft das alles auf Rüstung nicht zu. Panzer, MGs, Kriegsschiffe, Drohnen, Kampffjets und Raketen stehen in erster Linie nutzlos herum; mit ihre Hilfe entstehen keine neuen Fertigungen; es verbessern sich auch nicht die Grundlagen für die kapitalistische Produktion.

Dennoch trifft es zu, dass sich Rüstung gelegentlich auch volkswirtschaftlich rechnet. Das ist dann der Fall, wenn durch Abschreckung und „militärische Interventionen“ der Zugang zu strategischen Rohstoffen offen gehalten und deren Preis niedrig gehalten wird. Es trifft auch dann zu, wenn in einem Krieg ein Sieg erzielt wird und die Beute größer ist als die Rüstungsausgaben waren. Möglich ist auch eine Orientierung auf Reparationsleistungen, die der unterlegene Gegner der Siegermacht zu zahlen hat. Dies war nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 der Fall, als Frankreich Elsass und Lothringen an das Deutsche Reich abtreten und fünf Milliarden Franc an Reparationen an das neu gegründete Deutsche Reich zahlen musste. Die Reparationsleistungen förderten den deutschen Gründerboom und finanzierten einen Ausbau der Infrastruktur im Deutschen Reich und nicht zuletzt auch die beschriebene systematische Aufrüstung Deutschlands, die dann in den Ersten Weltkrieg mündete.

„Beute“ brachte auch die Implosion der Sowjetunion, zu der es in den Jahren 1989 bis 1991 kam. Der Zusammenbruch resultierte aus der langen Phase der vom Westen aufgezwungenen Hochrüstung und der sowjetischen Niederlage im Afghanistan-Krieg (1979–1989), in dem der Westen erstmals fundamentalistische Gotteskrieger finanzierte. Mit der Implosion der bislang nichtkapitalistischen Staaten wurden für das Kapital gewaltige neue Märkte erschlossen und den westlichen Konzernen Millionen preiswerte Lohnabhängige zugeführt. So wurde die westeuropäische Autoindustrie nach 1989/90 völlig umstrukturiert: Die Autoindustrie-Arbeitsplätze in Frankreich, Italien, Großbritannien und Spanien wurden halbiert und ein größerer Teil dieser Fabrikationen in Osteuropa mit halb so hohen Löhnen neu aufgebaut. (Fiat und GM produzieren in Polen; Renault übernahm Dacia in Rumänien; VW Skoda in Tschechien). Es gibt selbst bei diesen neuen zivilen Fertigungen gelegentlich Rückbezüge zum Militärischen: Als die polnische Regierung Mitte der 1990er Jahre beschloss, der Nato beizutreten, verkündete das GM-Management in Detroit, man werde nunmehr „im polnischen Gliwice das modernste GM-Werk errichten“. Das trug wesentlich zur späteren Opel-Krise im Opel-Stammland Deutschland bei. Für die Rüstungsindustrie machte das Dreiecksgeschäft Sinn: Die polnische Regierung entschied sich für das bereits erwähnte F-35-Kampfflugzeug – und damit gegen den Eurofighter. Als der tschechische Autohersteller Skoda an VW fiel, wurde dies in der Konzernzentrale in den passenden historischen Kontext gestellt: Am 15. März 1999 erschien in den großen tschechischen Tageszeitungen ein ganzseitiges Inserat unter der Überschrift: „Die große Frühjahrsoffensive“, mit der für VW und die neue VW-Tochter Skoda geworben wurde. Damit wurde daran erinnert, dass auf den Tag genau 50 Jahre zuvor, am 15. März 1939, deutsche Truppen in der Tschechischen Republik einmarschierten und das „Protektorat Böhmen und Mähren“ gründeten. Damit niemand sagen kann, die VW-Werbestrategen hätten hier einfach mal danebengegriffen, war der Anzeige eine alte Militärkarte unterlegt.<sup>8</sup>

8 Siehe Hannes Hofbauer, Osterweiterung, Wien 2003, S. 142.



## Nationalstaat, EU und Rüstung

Die verschiedenen großen Unternehmen und Banken sind in aller Regel in einem Nationalstaat zusammengefasst und – u.a. über Unternehmerverbände und informelle Kreise mit engen Verbindungen zur jeweiligen Regierung – in diesem Rahmen organisiert. Dies hat geschichtliche, kulturelle und strukturelle Gründe. Mittels des Nationalstaats lassen sich gemeinsame Interessen des Kapitals besser durchsetzen und die Kosten dieser Operationen leichter auf die Schultern der Allgemeinheit abwälzen. Das trifft u.a. zu auf Infrastrukturpolitik, auf die Bereiche Erziehung und Bildung, „Innere Sicherheit“, die Außenpolitik, den Welthandel und insbesondere eben auch auf die militärische Absicherung der „Außenbeziehungen“.

Die nationalstaatliche Zusammenfassung der Konzerne und Banken ist vor allem ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Im 20. Jahrhundert unternahm Deutschland zwei mal den Versuch, mittels eines Kriegs ein deutlich vergrößertes Deutsches Reich oder gar vereinte Staaten von Europa unter deutscher Flagge zu schaffen – was bedeutet hätte, das Staatsprinzip auf geographisch größerer Stufenleiter neu zu etablieren. Seit den 1960er Jahren wird mit der EWG/EG/EU versucht, auf „friedlichem Weg“ eine solche neue staatliche Struktur auf geographisch größerer Basis zu schaffen. Die Europäische Union muss als Block verschiedener Nationalstaaten verstanden werden, in dem insbesondere die mächtigsten Player, an deren Spitze Deutschland, danach streben, eine neue EU-weite, Bundesstaats-ähnliche Struktur zu schaffen. Der Grundgedanke: Allein auf sich gestellt, haben Nationalstaaten wie Deutschland oder Frankreich keine Chance, im neuen Hegemonie-Powerplay, zu dem es zwischen den USA und der VR China kommt, ernstgenommen zu werden.<sup>9</sup>

---

9 Einen vergleichbaren Prozess gab es auf deutschem Boden 1870/71, als – vor dem Hintergrund des deutsch-französischen Kriegs – die Aufspaltung Deutschlands in viele eher kleine Nationalstaaten aufgehoben und ein Reich gegründet wurde, in dem in erster Linie die stärkste deutsche Regionalmacht, Preußen, ihre Interessen durchsetzte.

Allerdings ist heute weiterhin völlig offen, ob es zur Bildung eines solchen neuen EU-Staats kommt. Offen ist auch, inwieweit die EU im Rahmen der Krise des weltweiten Kapitalismus und der Zuspitzung des Hegemonie-Machtkampfes USA-China überhaupt eine eigenständige Rolle spielen kann. Eine Option, die weiterhin besteht – und die von EU-Mitgliedsstaaten wie Polen und Großbritannien, aber durchaus auch von relevanten Teilen des deutschen Kapitals vertreten wird, besteht in einer Neubelebung des „transatlantischen Bündnisses“, also in einer Allianz USA-EU.

Eine treibende Kraft im Nationalstaat und der Blockbildung ist die Rüstungsindustrie und der sogenannte militärisch-industrielle Komplex, zu dessen Herausbildung es erstmals in den USA in den 1940er Jahren kam. Der Rüstungssektor geht dabei eine Verbindung mit dem Finanzsektor, mit Militärs und mit der „politischen Klasse“ ein. Vergleichbare, wenn auch nicht ganz so stark ausgeprägte militärisch-industrielle Komplexe gibt es auch in den großen Nationalstaaten der EU, insbesondere in Deutschland und Frankreich, und auf Ebene der EU selbst – letzteres befördert durch die Gründung des Rüstungskonzerns EADS vor 15 Jahren und durch die jüngeren Rüstungsanstrengungen der EU..

## **Globales Kapital und nationale bzw. Blockpolitik**

Es existiert ein interessanter Widerspruch zwischen der Durchdringung der nationalen Kapitale durch international agierende Finanzkapitale und den nationalen oder Block-gebundenen Strukturen von Politik, Kapital und Rüstung. In jüngerer Zeit gab es viele interessante Untersuchungen, in denen festgestellt wurde, die ehemals „nationalen“ Konzerne und Banken würden überwiegend von internationalen Kapitalgruppen kontrolliert. Damit seien der Nationalstaat und eine nationalstaatliche (oder auch EU-weite) Politik weitgehend obsolet geworden. Diese Diskussion kann hier nicht in der gebotenen Ernsthaftigkeit geführt werden; Lunapark21 sollte dafür zukünftig eine Debatten-Plattform sein. Vor dem Hintergrund der Diskussionen am Beginn des Ersten Weltkriegs und der Positionen in der aktuellen Ukraine-Krise sind jedoch zwei Dinge von Bedeutung:

Erstens. Vor hundert Jahren gab es eine vergleichbare Kontroverse. Vor allem der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautzky vertrat die Position, wonach der Kapitalismus in das Stadium eines „Ultraimperialismus“ eingetreten sei, in welchem das internationale Finanzkapital und das nationale Kapital derart eng verflochten seien, dass es keine nationalstaatliche Politik mehr geben könne. Der Beginn des Ersten Weltkriegs widerlegte diese Theorie brutal. Internationale Kapitalverflechtungen und Exportinteressen spielten keine größere Rolle mehr. Im übrigen erwies sich, dass Konzerne in Kriegen auch auf beiden Seiten verdienen können.

Zweitens. In der aktuellen Ukraine-Krise gibt es offensichtlich widersprüchliche Interessen. Die USA, die mit Russland nur ein geringes Handelsvolumen haben, die keine Energieimporte aus Russland beziehen und in denen es eine übermächtige Rüstungsindustrie mit Interesse an einem Kriegsboom gibt, orientierte von Anfang an auf Konfrontation. In der EU hingegen haben ein gutes Dutzend Staaten intensive Handelsbeziehungen mit Russland. Auch sind die EU als Ganzes in erheblichem Umfang und einzelne EU-Mitgliedstaaten überwiegend von Energieimporten aus Russland abhängig. Im Frühjahr 2014 traten dann mehrere schwergewichtige Kapitalvertreter mit Interventionen und Statements an die Öffentlichkeit, in denen sie aus wohl verstandenen materiellen Interessen von einer Verschärfung des antirussischen Kurses und von Sanktionen abrieten.<sup>10</sup> Allerdings konnten sich diese Personen in den Medien kaum Gehör verschaffen, obgleich sie ja von einer Grundstimmung in der deutschen Bevölkerung unterstützt werden. Mehr noch: Prominente Kapitalvertreter wie der Siemens-Boss Joe Kaeser (Siemens ist in Russland mit erheblichen Investitionen engagiert) und der BP-Boss Bob Dudley (der Öriese tätigte Ende Mai einen Groß-Deal mit dem russischen Energiekonzern Rosneft) wurden wegen solcher Statements in der Öffentlichkeit als geldgierige Russen-

<sup>10</sup> Siehe z.B. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Artikel „Was in Russland auf dem Spiel steht: 6.200 deutsche Unternehmen haben 22 Milliarden Dollar investiert“ (23.5.2014) oder im Handelsblatt der Beitrag „Sanktionen helfen nicht – ein Embargo würde vor allem die deutsche Wirtschaft treffen“ (7.3.2014).

freunde an den Pranger gestellt. Inzwischen gibt es auch in Deutschland zumindest nach außen einen weitreichenden Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft. Der Präsident des deutschen Industriellenverbands BDI, Ulrich Grillo, selbst als Unternehmer stark exportorientiert, unterstrich: „Die Wirtschaft erkennt das Primat der Politik an.“ Zugleich drückte er die Hoffnung aus, „dass die USA ihr Exportregime für Gas lockern werden und künftig mehr Flüssiggas nach Europa exportiert wird.“ Deutschland und die EU könnten „mit amerikanischem Gas ihre Energiequellen diversifizieren“.<sup>11</sup>

Nun ist es einigermassen absurd anzunehmen, dass die erhebliche energiepolitische Abhängigkeit von Russland, die es in den Ländern Deutschland und Österreichs, ganz zu schweigen von den östlichen und nördlichen EU-Mitgliedstaaten Tschechien, Polen, Slowakei, Ungarn, den drei baltischen Staaten oder Schweden und Finnland gibt, in kurzer Frist nachhaltig reduziert werden könnte.<sup>12</sup> Um eine entsprechende Infrastruktur für Gasimporte aus den USA aufzubauen, benötigt man mindestens drei, eher fünf Jahre. Vor allem aber heißt eine solche Orientierung, dass sich die Energiekosten enorm erhöhen würden. Die auch durch das westliche Säbelrasseln ausgelöste Krise würde von der Bevölkerung durch eine massiv erhöhte „zweite Miete“ bezahlt.

## 1914 – weit zurückliegend?

Trotz Ukraine-Krise und neuer kriegerischer Auseinandersetzungen im Irak hört man immer wieder, die heutige Situation sei in keiner Weise mit derjenigen von 1914 zu vergleichen. In Westeuropa, zumindest in Deutschland und Österreich, gäbe es eine stabile Wirtschaft und eine funktionierende Demokratie. Jeder Vergleich mit der Situation vor einem Jahrhundert sei an den Haaren herbeigezogen. Natürlich gibt es enorme Unterschiede zwischen

11 Focus.de vom 3. April 2014.

12 Die EU als Ganzes bezieht rund 30 Prozent ihres Erdgases aus Russland. In Deutschland liegt der Anteil bei 40 %, in Österreich und Ungarn bei rund 50 %, in Polen und der Slowakei bei 60 %, in Tschechien bei 75 % und in den drei baltischen Staaten, in Schweden und Finnland bei 100 %. Quelle: Eurostat; Berliner Zeitung vom 26.5.2014.

heute und damals. Doch grundlegende Elemente, die zum Ersten Weltkrieg führten, sind auch heute existent: verschärfte internationale Konkurrenz, Krisentendenzen, Finanz- und Eurokrise, Beinahe-Staatsbankrotte, verstärkte Aufrüstung und nicht zuletzt die Renaissance von nationaler und Block-Politik, durchaus auch in Widerspruch zu maßgeblichen Einzelkapitalinteressen. Die Erklärung, die W.I. Lenin im September 1914 für den Ersten Weltkrieg gab, ist auch heute bedenkenswert: „Der europäische Krieg, den die Regierungen und bürgerlichen Parteien aller Länder jahrzehntelang vorbereitet haben, ist ausgebrochen. Das Anwachsen der Rüstungen, die äußerste Zuspitzung des Kampfes um die Märkte [...], die dynastischen Interessen der rückständigsten, der osteuropäischen Monarchien mussten unvermeidlich zu diesem Krieg führen [...] Territoriale Eroberungen und Unterjochung fremder Nationen, Ruinierung der konkurrierenden Nation, Plünderung ihrer Reichtümer, Ablenkung der Aufmerksamkeit der werktätigen Massen von den inneren politischen Krisen in Russland, Deutschland, England und anderen Ländern, Entzweiung und nationalistische Verdummung der Arbeiter [...] – das ist der einzige wirkliche Inhalt und Sinn, die wahre Bedeutung des gegenwärtigen Krieges.“<sup>13</sup>

Apropos Ukraine: Im Ersten Weltkrieg wurde in Berlin der „Verband deutscher Förderer ukrainischer Freiheitsbestrebungen“ gegründet – mit Unterstützung des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg. Der deutsche Stahlindustrielle August Thyssen forderte damals: „Russland muss uns [...] das Don-Gebiet mit Odessa [und] die Krim [...] abtreten.“ Bereits zu Kriegsbeginn, im August 1914, propagierte Gottlieb von Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen in Berlin: Notwendig sei das Anzetteln von Aufständen in der Ukraine „als Kampfmittel gegen Russland“ und „weil im Fall glücklichen Kriegsausgangs die Bildung mehrerer Pufferstaaten zweckmäßig [seien], um Russland möglichst weit nach Osten zurückzudrängen.“<sup>14</sup>

13 W.I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 13.

14 Zitate aus: Claus Remer, Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen bis 1917/18, Frankfurt/M. 1997; hier zitiert von: Götz Aly, „Deutsche Politik in der Ukraine 1914/18“, in: Berliner Zeitung vom 6.5.2014.

## Hermes & Ares

Wochenlang gab es ein hörbares Wehklagen der deutschen Industrie angesichts der einigermaßen harten Politik des Westens gegen Russland in der Ukraine-Krise. Immerhin gingen 2013 deutsche Exporte im Wert von 36 Milliarden Euro nach Russland, womit das Land auf Rang 11 unter den wichtigen Exportmärkten deutscher Unternehmen steht. Nach einigem Hin und Her scheint sich am Ende allerdings die „nationale“ gegen die „primär ökonomisch bedingte Politik“ durchgesetzt zu haben: Die Berliner Regierung vollzog weitgehend einen Schulterschluss mit den USA und der Nato und hielt damit auch die EU auf dieser einigermaßen harten Linie. Wie erklärt sich dieser „Primat des Politischen“, wie das BDI-Chef Grillo nannte? Die zwei Elemente erstens Hermes und zweitens Mars können dabei als Erklärung dienen.

**Hermes:** Ein großer Teil der deutschen Exporte nach Russland sind mit Hermes-Krediten abgesichert. Bei diesen nach dem griechischen Gott Hermes, der auch für Handel steht, benannten Krediten handelt es sich um *staatliche Bürgschaften* für Lieferungen ins Ausland, hier nach Russland. Wenn der Empfänger nicht bezahlt, springt der Staat ein. Die *Süddeutsche Zeitung* bilanzierte: „Die Sorgen vieler deutscher Exporteure werden so durch die Rückendeckung der Steuerzahler gelindert.“ (13.5.2014).

**Ares:** Wenn deutsche Unternehmen „in Frieden“ ihre Ostgeschäfte machen wollen, können die transatlantischen Freunde Deutschlands auch mit dem Kriegsgott Ares drohen. Als Siemens-Chef Anfang Mai in Moskau demonstrativ Putin besuchte, erschien in der britischen *Financial Times* vom 9. Mai ein Leitartikel mit der Überschrift „German angst is leading Europe back to Yalta“ (Gemeint etwa: „Die typisch-deutsche Angst führt Europa zurück zur Geopolitik à la Jalta 1945, als die westlichen Siegermächte gemeinsam mit Stalin an einer Nachkriegsordnung bastel-

ten“). In diesem Artikel wurde offen gedroht: „Natürlich hat Deutschlands Industrie große Interessen in Russland. Aber sie ist auch auf US-Geschäfte angewiesen. Mein Tipp lautet: Herrn Kaesers Bewunderung für Putin würde dann schnell verblassen, wenn westliche Sanktionen die weit größeren Siemens-Geschäfte in den USA bedrohen würden.“ Wie durch eine Zauberhand geführt tauchte nun Jeffrey Immelt, der Boss des wichtigsten US-Industriekonzerns GE, in Paris auf, um für ein Bündnis zwischen GE und Alstom, dem angeschlagenen französischen Elektrokonzern und TGV-Hersteller zu werben. Von vornherein war klar: Das GE-Gebot richtete sich direkt gegen Siemens. GE will damit auf dem europäischen Stammmarkt von Siemens den deutschen Elektrokonzern und ICE-Hersteller herausfordern. Es folgte eine sechswöchige Bieterschlacht, in die sich die Regierungen in Berlin und Paris mehrmals direkt einschalteten. Am Ende Juni obsiegte GE auf der ganzen Linie. (Siehe S. 18).

Einen Höhepunkt transatlantischer Machtdemonstration gab es am 16. Juni 2014 im Nobelhotel Hyatt in New York. Die Chefin des deutschen Anlagebauers Trumpf, Nicola Leibinger-Kammüller, erhielt dort die John-Mc-Cloy-Auszeichnung des American Council on Germany für „außerordentliche Beiträge zur Stärkung der deutsch-amerikanischen Beziehungen“. An der Preisverleihung nahmen auch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Stephan Schwarzman, Chef des Private Equity-Riesen Blackstone, teil. Frau Leibinger-Kammüller sagte laut *Handelsblatt* (2.6.2014) mit deutlicher Anspielung auf Kaeser, es bereite ihr „Sorgen, dass viele deutsche Manager auf Russlands derzeitige Außenpolitik bestenfalls mit Gleichgültigkeit reagieren“. Bravo und brav! Blackstone-Chef Schwarzman äußerte danach: „Das war die beste Rede, die ich jemals gehört habe.“

## Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie

*Lunapark21* trägt bereits zur genaueren Orientierung die klärende Unterzeile: *Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie*. *Lunapark21/LP21* ist eine vier Mal im Jahr erscheinende Publikation mit jeweils 72 Seiten. LP21 erscheint bereits im achten Jahr. Die Zeitschrift untersucht die gesellschaftliche Realität insbesondere in Form ihrer ökonomischen Basis. Im Fall der Berichterstattung zu Kriegen geht es zum Beispiel meist um die Ökonomie des Krieges – also in direktem Sinn um die Rüstungsindustrie, aber auch durchaus abgeleitet um das Kapitalverhältnis, das Konkurrenz, Expansion und letzten Endes Rüstung und Kriege gebiert.

In den aktuellen Heften bilden die Eurokrise und die Krise in Griechenland ein zentrales Thema. Wbei wir neben der Analyse dieser Krisen gleichzeitig über Beispiele der solidarischen Gegenwehr berichten und für diese werben. Im Heft 30, das am 14. Juli ausgeliefert wurde, finden sich Beiträge zu den folgenden Griechenland-Themen:

Referendum und Troika-Erpressung // Quartalslüge „griechische Mehrwertsteuer-Vereinfachung“. Oder: Wie die von der Troika geforderte Mehrwertsteuererhöhung den Binnenmarkt abwürgen muss // Reportagen aus Athen im Juni und Juli 2015 // Wie die griechische Renten-„Reform“ neue Armut produziert // Der *Handelsblatt*-Korrespondent in Athen schreibt in der „Griechenland-Zeitung“ die Wahrheit, wohingegen das *Handelsblatt* selbst die bekannte Desinformation betreibt // Debatte in Syriza pro & contra Euro //

Andere Beiträge zu: Baltimore (USA) – Reportage // Freihandel und Krieg // Aufstand der Landarbeiter in Baja California, Mexiko // Zerschlagung des Alstom-Konzerns // Debatte zur Einheitsgewerkschaft // Mörderisches Shoppen & Bangladesch // Frauen und der Wiederaufbau nach WK II // Neue Religionskriege // Kriegstreiber Energiekonzerne // Ausstellung Joachim Römer „Fla-



schenpost“ // Die City of London // Regionalwahlen in Spanien //

*Autorinnen und Autoren:* Gisela Burkhardt (Berlin) // Georg Fülberth (Marburg/L.) // Thomas Fruth (Berlin) // Sebastian Gerhardt (Berlin) // Hannes Hofbauer (Wien) // Andrea Komlosy (Wien) // Thomas Kuczynski (Berlin) // Gerd Michalek (Köln) // Heinrich Neuhaus (Frankfurt/M.) // Gisela Notz (Berlin) // Henrik Paulitz (Heidelberg) // Werner Rügemer (Köln) // Gerold Schmidt (Mexico D.F.) // Therese Wüthrich (Bern) // Winfried Wolf (Michendorf). *Gestaltung:* Joachim Römer (Köln) und Bernd Köhler (Mannheim).

Chefredakteur: Winfried Wolf

Heft 31, das Ende September 2015 in die Auslieferung geht, hat einen Schwerpunkt zum „Kapital und Wachstum“.

Einzelheft: 5,90 Euro // Probeheft gratis // Jahresabo „normal“ = vier Hefte BRD & Österreich: 24 Euro // AboPLUS = vier Hefte plus zwei Schwerpunktheft, also 6 Hefte gesamt BRD und Österreich: 32 Euro // Sozialabo: 16 Euro // SozialAboPLUS: 22 Euro.

Infos und Bestellformular über: [www.lunapark21.net](http://www.lunapark21.net)  
Formlos bestellen: [abo@lunapark21.net](mailto:abo@lunapark21.net)

Hans Schächli

## **Klassengesellschaft im Krieg**

### **Zwischen Neutralität und Wirtschaftsgewinnen. Zur Rolle der Schweiz im Ersten Weltkrieg**

Die Kriegszeit 1914–1918 war eine Zeit beschleunigter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen. Wie kein Ereignis seit der Französischen Revolution erschütterte der Erste Weltkrieg die Gesellschaft in Europa bis in die Grundfesten und löste neue Entwicklungen aus, vorab in Russland, Deutschland, Italien und dem Balkan. Reiche sind zerfallen, neue Nationalstaaten entstanden, alte imperiale Ansprüche überlebten und neue wurden geboren. Vorab aber war dieser „Grosse Krieg“ der Auftakt zum Jahrhundert der Kriege (Kolko 1999). Er setzte ein vorher undenkbares zerstörerisches Potenzial frei, verursachte Millionen von Toten, Verwundeten und Vertriebenen. Andererseits bewirkte der Krieg trotz anfänglicher Schwäche der Antikriegsbewegung der Zweiten Internationale einen wachsenden Widerstand mit Fraternalisierungen der gegnerischen Truppen in den Schützengräben an der Westfront bereits an Weihnachten 1914. Es kam zu Desertationen, Protesten, Meutereien, Streiks bis zu den Revolutionen in Russland und den Rätebewegungen in Deutschland, Italien und Ungarn. Und drittens wurde der Krieg nach ursprünglich eher improvisierten Kriegsökonomien zum Motor einer industrialisierten Rüstungswirtschaft und einer Kriegsführung mit neuen Waffensystemen mit grossen Folgen für die Staatsfinanzen. Mit dem Ersten Weltkrieg wurde der militärisch-industrielle Komplex zu einer der wichtigsten Triebkräfte der kapitalistischen Entwicklung.

Die Schweiz blieb vom Krieg verschont. Auch sie erlebte wichtige Veränderungen, vorab eine massive Verschärfung der Klassengegensätze, aber keine grundsätzliche Erschütterung der Gesellschaftsordnung. Breite Bevölkerungsschichten litten seit dem Sommer 1916 bitterste Not, während den Unternehmern dank der Lieferung von Kriegsmaterial und vielen Bauern, auf

Grund von Preistreiberei, hohe Kriegsgewinne winkten. Auch in der Schweiz kam es zu einer Radikalisierung und Stärkung der Arbeiterbewegung. *Höhepunkt* war der Landesstreik von 1918, in dem die Armee gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wurde. Die bürgerliche Klassenherrschaft überlebte den Krieg und hat sich nach der Wirtschaftskrise 1920/21 eher noch verfestigt.

Dieser Aufsatz richtet sein Hauptaugenmerk auf die Stellung der Schweiz im europäischen Staatensystem, auf den sehr prekären Status ihrer Neutralität, auf die mit dieser verbundenen wirtschaftlichen Profitabilität sowie auf die Rolle der Schweiz als Trittbrettfahrerin im imperialistischen System, als sicherer Hafen für Fluchtkapital und als steuerliche „Schatzinsel“ (Nicholas Sahxson 2011).

Während es damals selbst bürgerlichen Zeitgenossen klar war, dass dem Ersten Weltkrieg imperialistische Ambitionen und Rivalitäten zu Grunde lagen und das Deutsche Kaiserreich dabei eine besonders aggressive Rolle spielte, wird heute die Geschichtsschreibung gemäss den neuen Machtkonstellationen – „westliches“ Lager gegen Russland und China – eifrig revidiert. Man ist in den Krieg hineingeschlittert wie „Schlafwandler“, keiner wollte ihn so richtig, und wenn schon haben Serbien und Russland eine problematische Rolle gespielt (Clark 2014). Und andere greifen die nach 1918 eifrig diskutierte Frage wieder auf, wieviele Truppen Deutschland fehlten, dass es den Krieg doch noch hätte gewinnen können (Münkler 2013). Auffallend ist, dass die Frage nach den sozialökonomischen Ursachen des Kriegs gemieden wird (Wette 2014, Pätzold 2014).

Was die Schweiz betrifft, die vom Krieg verschont blieb, stand bis vor kurzem ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg im Vordergrund von Forschung und politischen Debatten. Nun hat sich die Geschichtsschreibung auch verstärkt der Schweiz im Ersten Weltkrieg zugewandt. Erwähnt seien hier insbesondere die Arbeiten von Roman Rossfeld, Tobias Straumann, Rudolf Jaun, Konrad J. Kuhn, Béatrice Ziegler und Adrian Zimmermann. Dennoch gibt es in der Aufarbeitung des Ersten Weltkriegs noch Lücken. Diese zu schliessen, ist wohl das Ziel des Sinergia-Projekts an der Sozial- und Wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsstelle der Universität Zürich unter der Leitung von Jakob Tanner. Als Gesamtdar-

stellung ist im „Jubiläumsjahr“ das reich dokumentierte und bebilderte Buch „Insel der unsicheren Geborgenheit,“ erschienen (Kreis 2014). Darin werden auch heute noch aktuelle Themen wie etwa die in dieser Zeit entstehende Fremdenfeindlichkeit und AusländerInnenkontrolle herausgearbeitet. Das wachsende Elend der Arbeiterschichten wird eindrücklich am Beispiel Basels im kürzlich erschienenen Buch „Krieg und Krise. Basel 1914–1918“ geschildert (Labhardt 2014).

## **Die Lage vor dem Krieg**

Die Herausbildung des „klassischen“ Imperialismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts war eng verknüpft mit der „Grossen Depression“ von 1873–1896 und deren Lösungsstrategien. Angesichts einer strukturellen Überakkumulationskrise in den Leitsektoren der Industrialisierung – der Textilindustrie und dem Eisenbahn- und Maschinenbau – mussten die Produktionsverhältnisse den neuen Bedingungen angepasst werden. Um das Kapital und die von einer massiven Agrarkrise betroffenen Bauern zu schützen, intervenierten die Staaten zunehmend, beispielsweise mit Schutzzöllen. Aufgrund der Überakkumulation von Kapital begann ausserdem ein Run auf die Kolonien zur Sicherung von Rohstoffen und Warenexporten, vor allem aber zur Erweiterung der Kapitalreproduktion.

Politisch war die Zeit gekennzeichnet durch eine Krise des bis 1890 in den meisten europäischen Staaten führenden Liberalismus. In vielen Ländern spalteten sich die Liberalen. Ein Teil schloss sich nationalistischen und imperialistischen Ideen an und wandte sich mit den Konservativen gegen die sich formierende und radikalisierte Arbeiterbewegung. Ein kleinerer Teil blieb den fortschrittlichen liberalen und radikalen Ideen treu. Dies trifft auch auf die Schweiz zu.

Viele Liberale und Radikale begannen sich auf Grund der militärischen Erfolge Bismarcks im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und der wirtschaftlichen Dynamik des Deutschen Kaiserreichs an Deutschland zu orientieren, während die Arbeiter- und kleinbürgerlichen Schichten weiterhin mit dem demokratischen und republikanischen Frankreich sympathisierten. Auch

der berühmte „Graben“ zwischen der deutschen und welschen Schweiz, der sich im Ersten Weltkrieg verschärfte, hatte durchaus einen Klassencharakter. Dennoch gab es sowohl in der deutschen als auch in der welschen Schweiz entschiedene Anhänger des Deutschen Kaiserreichs als auch des republikanischen Frankreichs.

Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war in der Schweiz eine Periode heftiger politischer Auseinandersetzungen und Streiks mit wenig Vermittlungs- und Konsensstrukturen. Ziel des Bürgertums war nicht die Integration aller gesellschaftlichen Gruppierung in den bürgerlichen Staat, sondern der Schulterschluss gegen die Arbeiterbewegung. 1891 gestand der Freisinn – die Partei der Liberalen und Radikalen – der bis dahin alle Mitglieder des Bundesrats (nationale Regierung) stellte, den Katholisch-Konservativen einen Bundesratssitz zu. Im selben Jahr wurde ein erstes Mal der 1. August als Nationalfeiertag begangen, eine Konkurrenzveranstaltung zur 1889 erstmals durchgeführten 1.-Maifeier, dem Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung für den 8-Stundentag. Die Sozialdemokraten galten als „vaterlandslose Gesellen“, eben Nicht-Bürger, wobei die Konnotation „bürgerlich“ nicht nur damals, sondern bis heute nach rechts und reaktionär hin völlig offen ist, wenn wir an die Schweizerische Volkspartei (SVP) denken, die sich für besonders bürgerlich hält.

## **Prekäre Neutralität**

Im Laufe des Ersten Weltkriegs entwickelte sich die spezifische Rolle der Schweiz im europäischen Staatensystem, wobei die Neutralität anfänglich noch nicht den späteren ideologisch verkärten Stellenwert hatte. (Für die folgende Ausführungen, vgl. Luciri 1976 und Schäppi 1981). Schon 1912, anlässlich des Balkankriegs, waren Generalstabschef von Sprecher und der Bundesrat entgegen offiziellen Verlautbarungen der Meinung, dass die Schweizer Armee das Land gegen eine Grossmacht nicht verteidigen könne und es bei einem Angriff zu einem Einverständnis mit dem Gegner des Angreifers über eine militärische Zusammenarbeit kommen müsse. Der gleichzeitige Besuch von

Kaiser Wilhelm II bei den Herbstmanövern des 3. Schweizerischen Armeekorps war ein deutliches Zeichen, an welche Zusammenarbeit hier gedacht war. Mit Österreich und wohl auch mit Deutschland wurden geheime Absprachen über eine militärische Kooperation getroffen, falls die Schweiz von Italien oder Frankreich angegriffen würde (Mittler 2002, S. 25). Für den Fall eines gemeinsamen Kriegs gegen Italien waren für die Schweiz Gebietserweiterungen auf Kosten Italiens vorgesehen. Dass solche Verabredungen allein gegen Italien und Frankreich abgeschlossen wurden, zeigt, wie die Neutralität von Bundesrat und Armeeführung verstanden wurde.

Dieselbe Logik galt auch für die Kriegsvorsorge. Im Fall eines allgemeinen europäischen Kriegs, mit dem man durchaus rechnete, hätten die Getreidevorräte der Schweiz nach Schätzungen des Generalstabs für etwa 3 Monate ausgereicht. Falls dieser länger dauern sollte, sahen Bundesrat und Generalstab vor, auf Seiten des Siegers in den Krieg einzutreten. Klar war, dass es sich dabei nur um das wirtschaftlich dynamische, von keinen demokratischen Fesseln behinderte Deutsche Kaiserreich handeln konnte.

Eindeutig neutralitätswidrig war auch die Politik während des Kriegs. Während das Kriegskommissariat unter der Leitung von Bundesrat Obrecht seine Stellung dazu missbrauchte, die Zentralmächte mit kriegswichtigen Gütern zu versorgen, lieferten, wie in der „Oberstenaffäre“ von Ende 1915/1916 bekannt wurde, zwei hohe Generalstabsoffiziere den Deutschen und *Österreichern* alle gewünschten militärischen Informationen, wofür sie von der Armeeführung nur widerwillig und milde bestraft wurden.

Bis 1917 wurde die schweizerische Aussenpolitik beinahe ausschliesslich von zwei Bundesräten bestimmt; von Arthur Hoffmann, einem Vertreter der Textilindustrie und der Banken, er war vorher Direktor der Kreditanstalt, und von Edmund Schulthess, dem Vertreter der Maschinenindustrie im Bundesrat, er war vorher Rechtsanwalt von Brown Boveri. Eine noch nicht so wichtige Rolle spielte damals Bundesrat Giuseppe Motta, Verwaltungsrat der Bodio Gotthardwerke von Brown Boveri, die Krupp mit kriegswichtigen Gütern belieferte. Motta konnte sich erst später mit seiner Vorliebe für Mussolini so richtig in Szene setzen.

Ein besonders opportunistisches Verhältnis zur Neutralität hatte die Führung der Armee. Ob General Wille auf einen Eintritt der Schweiz in den Krieg gedrängt hat, wie das Niklaus Meienberg schrieb, ist schwer nachzuweisen (Meienberg 1987). Bis heute verweigert die Familie Wille Historikern den Zugang zu ihrem Familienarchiv und das wohl nicht ohne Grund. Immerhin ging Willes Bereitschaft, sich mit dem vermuteten Sieger Deutschland zu verbinden in seinem Exposé an den Bundesrat vom Sommer 1915 sehr weit, wenn er in Betracht zog, das Tessin zu opfern, um ohne Schwächung „Schulter an Schulter mit unserem grossen Alliierten für die Erreichung von deren Kriegszweck“ kämpfen zu können (Kreis, 2014, S. 129). Und am 20. Juli 1915 schrieb er im berühmten „Säbelrasselbrief“ an den ihm nahestehenden Bundesrat Hoffmann: ...“dass etwas mit dem Säbel rasseln im gegenwärtigen Moment nur vorteilhaft sein könnte“ und er, wenn es sein müsse, „den gegenwärtigen Moment für das Eintreten in den Krieg als vorteilhaft erachte“ (zit. bei Kreis, 2014, S. 129). Eine etwas andere Linie als die Armeeführung verfolgte der Bundesrat im Einklang mit der Wirtschaftsoligarchie. Dieser war zwar auch pro-deutsch, hielt aber an der Neutralitätspolitik fest, solange diese Profit einbrachte.

Dass im Weltkrieg die Neutralität eine prekäre Sache war, hat nicht erst die Archivarbeit der Historiker zu Tage gefördert. Sie wurde schon im Januar 1915 von Robert Grimm in seinem Aufsatz „Neutralität und Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema gemacht. Er zitiert verschiedene Artikel, etwa in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), in denen „offen und geheim davon gesprochen wird, dass der Zeitpunkt kommen könne, da die Schweiz aus ihrer Neutralität heraustreten müsse. (...) Jedenfalls darf sich die Arbeiterklasse vom Schlagwort der nationalen Unabhängigkeit nicht blenden lassen. Sie darf es insbesondere in dieser ernsten Zeit nicht und muss sich stets bewusst bleiben, dass unter diesem Schlagwort häufig genug das Interesse der herrschenden Klasse verstanden ist.“ Dieses sei aber nicht Demokratie und Freiheit wie zur Zeit der bürgerlichen Revolutionen, sondern Mehrung des Profits. Dabei seien diese Interessen nicht einheitlich. Ein grosser Teil der Unternehmen, wie die Grossbanken, die Schweizerische Kreditanstalt und der Schweizerische Bankver-

ein, aber auch ein grosser Teil der Maschinen-, Waggon- und Elektroindustrie wie die Gebrüder Sulzer, Escher Wyss, Saurer Arbon, die Maggiwerke und viele Textununternehmen seien eng mit dem deutschen Kapital verflochten, wie es auch Firmen geben, die mit dem französischen Kapital verbunden seien (Grimm 1/1915, S. 44ff.)

## **Der Weg nach Zimmerwald und die Radikalisierung der Arbeiterbewegung**

Robert Grimm sah in seinen Aufsätzen die Neutralität von aussen und von innen bedroht. Insbesondere die Armeeführung war für ihn eine Gefahr, in den Krieg hineingerissen zu werden. Als Fazit ergab sich für Grimm die Notwendigkeit, die Armeeführung politisch zu kontrollieren und die Neutralität hartnäckig zu verteidigen: Das Klasseninteresse der Arbeiterschaft müsse „massgebend sein, und das liegt nicht auf Seite der Kapitalisten und des nationalen Grössenwahns, der sich jetzt schon mit den Gedanken einer Intervention vertraut macht. Hier müsste sie den Kampf für die absolute Aufrechterhaltung der Neutralität bis zum äussersten aufnehmen. Sie müsste es tun selbst auf die Gefahr hin, dass dadurch die Schwierigkeiten in der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung des Landes noch grösser werde als jetzt“. Dies bedeute gegenüber einem Krieg „noch immer das kleinere Übel.“ (Grimm 1/1915, S. 54/55).

Sicher wurde die fragwürdige Politik des Bundesrates durch das Vollmachtenregime begünstigt, mit welchem das Parlament zu Beginn des Kriegs am 3. August 1914 beinahe alle seine Rechte dem Bundesrat übertragen und damit eine wirksame politische Kontrolle ausser Kraft gesetzt hatte. Nur die welschen sozialdemokratischen Nationalräte Charles Naine und Ernest Graber hatten sich als Pazifisten der Stimme enthalten. Grimm erkannte sehr rasch, dass seine Zustimmung ein Fehler war. Gefördert wurde diese Einsicht wohl dadurch, dass die erste Massnahme des Bundesrates nach dem 3. August 1914 das Ausserkraftsetzen des Fabrikgesetzes war, was zu wesentlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führte, insbesondere für Frauen, welche in den Fabriken die mobilisierten Männer er-



setzten. So schreibt Grimm im Januar 1915 im Aufsatz „Klassenkampf und Nation“, die internationale Solidarität sei über die nationale Solidarität mit der herrschenden Klasse zu stellen und die Arbeiterklasse müsse „sich von ihrer bisherigen nationalen Ideologie freimachen“ (Grimm 1/1915, S. 11). Und in seinem Beitrag „Wir müssen wagen!“ vom März 1915 hält er fest: Die Sozialdemokraten müssten „die Teile der Arbeiterschaft unterstützen, die für den Frieden kämpfen, auf den Burgfrieden pfeifen und den Klassenkampf aufnehmen“, und es sei zu wählen zwischen „offizielle(r) Parteipolitik, d.h. die Fortsetzung des Mordens“ und „Opposition für die Beendigung des Krieges“. Die zweite Position sei richtig: „Wir müssen wagen! Dieses Wort enthält die ganze Politik der Stunde“ (Grimm 2/1915, S. 70).

Damit war der Weg zur Konferenz von Zimmerwald vom 5.–8. September 1915 vorgezeichnet, wo Grimm linke sozialdemokratische GegnerInnen des Burgfriedens aus verschiedenen europäischen Ländern versammelte. Am sozialdemokratischen Parteitag in Aarau im November 1915 brachte er dann die Partei nach heftigen Diskussionen mit Hilfe der Parteibasis dazu, den Zimmerwalder Beschlüssen zuzustimmen. Und am Parteitag in Bern vom 9./10. Juni 1917 lehnte die SPS dann folgerichtig die militärische Landesverteidigung ab.

## **Zuspitzung der politischen Gegensätze**

Am Anfang des Kriegs in den meisten Ländern in den Burgfrieden eingebunden, radikalisierten sich die Arbeiterschichten, während des Kriegs auf Grund meist katastrophaler Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen. Das Elend der Arbeiter- und kleinbürgerlichen Schichten kontrastierte mit den hohen Gewinnen der für den Krieg produzierenden Industrien sowie dem weiterhin recht behaglichen Leben gut gestellter bürgerlicher Kreise. Besser gestellt dank „patriotischer“ Preistreiberen waren auch die Bauern, das bürgerliche Bollwerk gegen den Sozialismus. Was immer wieder erstaunt, sind bei aller karitativen Tätigkeit von Mittelstandsfrauen die Stumpfheit und Unberührtheit der Oberschicht gegenüber den Leiden und Problemen der Bevölkerung. Wesentlich zur Radikalisierung haben

ausserdem die Militarisierung der Gesellschaft und die Truppeneinsätze bei Streiks und Demonstrationen sowie die antidemokratischen Tendenzen in der Armeeführung beigetragen.

Im Bürgertum machten sich unbestreitbar autoritäre und antidemokratische Tendenzen breit. Nach 1890 geriet die absolute Vorherrschaft des Freisinns ins Wanken. Einerseits war die Hegemonie des „Bürgerblocks“ noch nicht hergestellt, andererseits war die Sozialdemokratie noch nicht in den bürgerlichen Staat integriert. Für viele Bürgerliche war es unter diesen Umständen nicht sicher, dass die kapitalistischen Interessen in der Demokratie bruchlos durchgesetzt werden können, und suchten nach Möglichkeiten, die Demokratie zu umgehen. Das am 3. August 1914 beschlossene Vollmachtenregime wurde 1918 nicht beendet, sondern bis 1938 weitergeführt.

*Die Radikalisierung der Arbeiterbewegung kulminierte 1918 im Landesstreik. Dieser war hauptsächlich eine Antwort auf die Provokationen durch Truppenaufgebote und die äusserst prekären Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Nach dem Ultimatum des Bundesrates und der Drohung von weiteren Militäreinsätzen, musste er abgebrochen werden (Zimmermann, 2013, S. 463ff. Hier auch Zahlen zum Erstarren der Gewerkschaften und der SPS während dem Krieg).*

1914–1918 erlebte auch die Schweiz eine bisher nicht gekannte Radikalisierung. Von einer revolutionären Situation kann aber nicht gesprochen werden, da die bürgerlichen Herrschaftsinstrumente insbesondere die Armee anders als in Russland, Deutschland und Italien keineswegs in Auflösung begriffen, sondern fest in bürgerlicher Hand waren. Schon während des Landesstreiks setzte mit der Bildung von Bürgerwehren auch in der Schweiz die europäisch gut vernetzte Reaktion ein. Nicht zufällig war Eugen Bircher, einer der *Väter der Bürgerwehren*, ein Bekannter von Waldemar Pabst, dem Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (Zimmermann 2013, S. 475).

## **Die Schweiz als Drehscheibe: Profitable Neutralität**

In der von Grimm und Lorenz herausgegebenen Zeitschrift „*Neues Leben*“ wurde 1916 eine Diskussion darüber geführt, ob die Schweiz ein imperialistischer Staat sei. Mieczyslaw Bronski

(Bronski 1916), ein treuer Anhänger Lenins, bejahte das und versuchte es damit zu beweisen, dass die Schweiz ein Meister im Kapitalexport sei und überall im Ausland wirtschaftliche Interessen habe. Meer Noachimson hingegen stellte diese Argumentation mit Recht in Frage, denn Imperialismus könne nicht einfach mit Kapitalismus gleichgesetzt werden, sondern setze einen einflussreichen Staat und einen Militärapparat voraus, mit dem ökonomische Interessen gegebenenfalls mit Gewalt und militärischen Mitteln durchgesetzt werden können (Noachimson 1916). In einer redaktionellen Nachbemerkung zu den zwei Aufsätzen, geschrieben wohl von Grimm, wird angemerkt, dass die Schweiz sehr wohl imperialistische Interessen habe, diese aber nicht selber, sondern nur mit Hilfe anderer Staaten durchsetzen könne (Neues Leben 1916, S. 93). Die Schweiz hält sich nach Möglichkeit aus militärischen und politischen Konflikten heraus und macht als Trittbrettfahrerin des Imperialismus Geschäfte nach allen Seiten.

Die Schweiz als Fluchtort von Geld und als Steueroase hat eine lange historische Tradition. Die grossen Vermögen entstanden seit dem 16. Jahrhundert nicht nur im Kolonialhandel, sondern vorab im Söldnerhandel. Hier hat auch die Neutralität ihre Wurzeln. Einerseits musste die Eidgenossenschaft als loses und konfessionell zerstrittenes Gebilde auf eine territoriale Expansion verzichten, andererseits waren alle umliegenden Staaten an Söldnerlieferungen durch das eidgenössische Patriziat interessiert. Die Vermögen wurden bei uns zudem nicht von einem absolutistischen Staat mit seinen finanziellen Bedürfnissen abgeschöpft oder konfisziert, im Gegenteil flüchteten seit dem 16. Jahrhundert immer wieder vermögende Familien aus religiösen Gründen in die Schweiz. Auch führte die föderalistische Struktur der Eidgenossenschaft zu tiefen Steuern und schon früh zum Steuerwettbewerb. Schon während des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71 vervielfachten sich die Gewinne der Schweizer Banken indem aus der Neutralität Kapital geschlagen wurde (Shaxson 2011, S. 77).

Dies bewährte sich dann auch im Ersten Weltkrieg. So schreiben Rossfeld und Straumann: „Im Bankensektor beschleunigte der Kreditbedarf der kriegsführenden Länder, der Zustrom aus-

ländischer Vermögen in die Schweiz und der Absturz ausländischer Währungen den Aufstieg der Schweiz zu einem internationalen Finanzplatz stark“ (Rossfeld/Straumann 2008, S. 55). Gemäss dem österreichischen Privatbankier Felix Somary war die Schweiz 1929 der grösste Vermögensverwalter des Kontinents (Rossfeld/Straumann 2008, S. 56). Das Bankgeheimnis, welches 1934 vom reaktionären Bundesrat Musy offiziell bestätigt wurde, geht auf die Kapitalflucht vorab aus Deutschland nach dessen Zusammenbruch 1918 zurück. Sein Zweck war nicht der immerwieder angeführte Schutz von Juden vor Verfolgung durch die Nazis (Parma/Vontobel 2009, S. 29).

## **Das Gift des Nationalismus**

Nichts hat das 20. Jahrhundert mehr bestimmt als der Ungeist und das Gift des Nationalismus. Als sich abzeichnete, dass der Krieg länger dauern würde, beschloss die schweizerische Armeeleitung einen Spezialdienst ins Leben zu rufen. Eine Art Vorläufer von „Heer und Haus“, der ideologische Schulungsabteilung der Armee im Zweiten Weltkrieg, um die wegen des geringen Solds der Wehrmänner und der völlig ungenügenden Notunterstützung ihrer Frauen und Kinder dahinschwindende Dienstmoral der Truppe zu stärken. Es galt Verständnis für das Vaterland zu wecken und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz auf der Armee beruht.

„Unsere Welschen“ erschienen General Wille als besonders erziehungsbedürftig; sie wollte er „in Ordnung“ bringen. Dazu seien in der Schweizergeschichte zwei Perioden hervorzuheben, die glorreiche Zeit der eidgenössischen Kriege von Morgarten bis Marignano und die Zeit des Untergangs der Alten Eidgenossenschaft als Beispiel eines „schlecht regierten, politisch, moralisch und militärisch nicht auf den Krieg vorbereiteten Landes“ (zit. bei Kreis 2014, S. 149). In diesem ideologischen Kontext steht auch die erste Feier der Schlacht bei Morgarten 1915, die Gründung der antisozialistischen Neuen Helvetischen Gesellschaft sowie die Förderung von Bauern, Dialekt und ländlichem Brauchtum als Bollwerke gegen „fremde Hochflut“. In dieser

Hinsicht hervorgetan hat sich schon der Grossvater von Milliardär und Altbundesrat Christoph Blocher, Pfarrer Eduard Blocher, der fand, die von den Deutschen überfallenen Belgier seien kein Volk und das Glück der Schweiz darin sah, dass keine Mischkultur entstanden sei, und es keine Mauer zwischen der deutschen Schweiz und Deutschland gebe (Kreis 2014, S. 200). Und noch mehr an unseren zeitgenössischen Christoph Blocher erinnert die Meinung in einem Journal, das vom Sohn von General Ulrich Wille mitherausgegeben wurde, die Welschen „seien im besten Fall historische Gäste auf dem Territorium der Schweiz und falls sie zu unverschämt würden, müsse man ihnen Vernunft beibringen“ (zit. bei Kreis 2014, S. 200).

Begleitet wurde der Ungeist des Nationalismus durch entsprechende politische Massnahmen: Die Einführung von Grenzkontrollen und dann 1917, als das Bürgertum auf Grund der sich verschärfenden sozialen Krise und der Radikalisierung der Arbeiterbewegung paranoid wurde, die Einrichtung der Fremdenpolizei, die Notverordnung zur Ausländerkontrolle, der Visumszwang, das Obligatorium für Gesundheitsatteste und Ausländerausweise. 1920 forderte die vom reaktionären und später nazifreundlichen Arzt Eugen Bircher lancierte Ausländerinitiative den Inländervorrang und einer Begrenzung der Zahl der Immigranten. Die Initiative wurde allerdings vom Volk in der Phase des Tauwetters von 1919–1921 abgelehnt. Die Massnahmen dienten nicht der Abschreckung von zahlungskräftigen Hotelgästen aus England, sondern der Abwehr von „Kriegskrüppeln“ und der Verhinderung einer Überschwemmung der Schweiz mit Deserteuren, Juden, und Bolschewiken.

## **Die Schweiz als Drehscheibe im imperialistischen System und als Schatzinsel**

Wenn wir abschliessend die Zeit 1914–1918 beurteilen, so ist die Bilanz mehr als ambivalent. Zwar konnte das Proporzwahlrecht 1918 noch während des Kriegs durchgesetzt werden und als politische Konzession an den Landesstreik der 8-Stunden-Tag. Trotz des grossen Einsatzes der Mittelstands- und Arbeiterfrauen während des Kriegs wurde ihnen das Frauenstimm- und

Wahlrecht in der „Musterdemokratie“ jedoch verweigert. Und die Kriegs- und Nachkriegszeit ist durch eine wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen gekennzeichnet.

Als äusserst profitabel erwies sich die Neutralität. Zwei Drittel der Exporte waren Kriegsmaterial – die Wirtschaft und die Bourgeoise waren eindeutig die Gewinnerinnen des Kriegs. Die Unternehmen gewannen an wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Unabhängigkeit vom deutschen und französischen Kapital. Der Weg war frei für den Aufstieg der Banken und Versicherungen, der Maschinen- und Elektroindustrie sowie der Chemie.

Gesellschaftlich ist die Bilanz vorwiegend negativ. Zugewonnen hatten nicht nur ein giftiger Nationalismus, sondern auch die Fremdenfeindlichkeit, die Abschottung gegen aussen, also „Bedrohung und Enge“ wie das der Historiker Hans Ulrich Jost in seinem Beitrag die Zeit zwischen 1914 und 1945 in der „Geschichte der Schweiz und der Schweizer“ beschrieben hat (Jost 1983).

Ist die Schweiz eine Insel, wie Georg Kreis sein Buch betitelt hat? Damit wird nicht erfasst, dass die schweizerische Aussenpolitik wirtschaftliche Offenheit mit politischer Abschliessung kombiniert hat. Der Begriff der Insel für die Schweiz ist ein Mythos, auch wenn im Vergleich mit den unsäglichen Leiden und katastrophalen Zuständen in den kriegsführenden Staaten hier deutlich bessere Verhältnisse herrschten. Doch auch hierzulande nahm die Verarmung und Verelendung zu, soziale Unterschiede verschärften sich, autoritäre Tendenzen hatten Aufschwung. Die Schweiz also weder Insel noch Sonderfall und wenn schon eine Insel, dann eine „Schatzinsel“ wie Nicholas Shaxson die Steueroasen nennt, welche die Demokratie untergraben.

## Literatur

- Bronski, Mieczyslaw, 1916: Das imperialistische Problem der Schweiz. In: Neues Leben, Heft 2, Bern, 1–9
- Clark, Christopher, 2013: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München
- Eberle, Willi/Schäppi, Hans, 2007: Eine Skizze zur polit-ökonomischen Analyse der Schweiz. In: Denknetz-Jahrbuch. Zürich

- Grimm, Robert, 1/1915: Klassenkampf und Nation. In: Neues Leben, Heft 1, Bern, 1–11
- Grimm, Robert, 2/1915: Neutralität und Wirtschaftsbeziehungen. In: Neues Leben, Heft 2, Bern, 44–55
- Grimm, Robert, 3/1915: Wir müssen wagen! In: Neues Leben, Heft 3, Bern, 65–70
- Grimm, Robert, 1916: Der Hintergrund der Affären. In: Neues Leben, Heft 1, Bern, 1–9
- Jaun, Rudolf, 1999: Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de siècle. Zürich
- Jost, Hans Ulrich, 1983: Bedrohung und Enge (1914–1945). In: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd.3, Basel, 101–190
- Kolko, Gabriel, 1999: Das Jahrhundert der Kriege. Frankfurt a.M. Kreis, Georg, 2014: Insel der unsicheren Geborgenheit. Zürich
- Kuhn, J. Konrad/Ziegler, Béatrice, 2014: Der vergessene Krieg. Spuren und Traditionen im Ersten Weltkrieg. Baden
- Labhardt, Robert, 2014: Krieg und Krise. Basel 1914–1918. Basel
- Luciri, Pierre, 1976: Le prix de la neutralité. La diplomatie secrète de la Suisse en 1914–1915. Genf Meienberg, Niklaus, 1987: Die Welt als Wille und Wahn. Zürich
- Mittler, Max, 2003: Der Weg zum Ersten Weltkrieg: Wie neutral war die Schweiz? Kleinstaat und europäischer Imperialismus. Zürich
- Münkler, Herfried, 2013: Der Grosse Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. Berlin
- Noachimson, M., 1916: Ist die Schweiz ein imperialistischer Staat? In: Neues Leben, Heft 3, Bern, 90–93.
- Parma, Victor/Vontobel Werner, 2009: Schurkenstaat Schweiz? Steuerflucht: Wie sich der grösste Bankenstaat der Welt korrumpiert und andere Länder destabilisiert. München
- Pätzold, Kurt, 2014: Im Sumpf. Zur Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld vor dem 100. Jahrestag des Weltkrieg-I-Beginns. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 98, Frankfurt a.M., 81–93.
- Rosfeld, Roman/Straumann, Tobias 2008: Zwischen den Fronten oder an allen Fronten. In: dies. (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmer im Ersten Weltkrieg. Zürich
- Sahxon, Nicholas, 2011: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben. Zürich
- Schäppi, Hans, 1981: Neutralität und Landesverteidigung. Wie es im 1. Weltkrieg zu und her ging. In: Profil/Rote Revue, 2, Bern, 14–17.
- Segesser, Daniel Marc, 2013: Nicht kriegsführend, aber doch Teil eines globalen Krieges. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, vol. 63 Nr.3, Bern, 364–381.
- Sprecher, Daniel, 2000: Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg. Zürich
- Sprecher, Daniel, 2002: Die Generalswahl vom 3. August 1914. In: Schwei-

- zerische Zeitschrift für Geschichte, vol.52 Nr.2, Bern, 163–193.
- Stone, Norman, 2007: *World War One. A Short History*. London
- Wette, Wolfram, 2014: 1914. Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1, Berlin, 41–53
- Zimmermann, Adrian, 2013: Die Niederlande und die Schweiz im November 1918. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, vol. 63 Nr.3, Bern, 453–478.



Hans Hautmann

## **Die österreichischen Kriegs- und Humanitätsverbrechen im Ersten Weltkrieg – eine Bilanz**

Zum zehnten Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs, am 27. Juli 1924, erschien in der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ ein Artikel unter dem Titel „Der Weltrekord an Kriegsbarbarei“. Der ungenannt gebliebene Verfasser (möglicherweise Chefredakteur Friedrich Austerlitz selbst) prangerte darin in schneidendem Ton Österreich-Ungarn an, „weitaus die meisten Gräueltaten“ verübt zu haben; es ist von „Ausmordungsexzessen“, „Massakern“ und „bestialischer Willkür“ des „k. u. k. Kriegsmolochs“ die Rede sowie vom „Zynismus“, der sich mit Fotos der „Galgenalleen“ und von gehängten Frauen „zu diesen Gräueltaten offen bekannte“. Zum Schluss hieß es, dass die „Zahl derer, die bloß die k. u. k. Feldjustiz zum Galgen geschleppt hat, in die Zehntausende“ gehe, und dass „die Hängereien ohne vorheriges Gerichtsverfahren, auf bloßen Befehl eines Offiziers, überhaupt gar nicht abzuschätzen und mit ganz geringen Ausnahmen Hinrichtungen völlig Unschuldiger“ gewesen seien.<sup>1</sup> Die Frage, warum die sozialdemokratische Partei-führung einem solchen Regime ihre Unterstützung lieh, indem sie im Kriege den „Burgfrieden“ mit den Herrschenden proklamierte und praktizierte, blieb allerdings ausgespart.

### **Die Fakten**

Die Verbrechen, die auf dem Territorium Österreich-Ungarns und in den im Zuge der Kampfhandlungen von der kaiserlichen Armee besetzten feindstaatlichen Gebieten begangen wurden, fallen in die Kategorie der Staatsverbrechen, d.h. Verbrechen, die von staatlichen Machtorganen zur Anordnung und Durch-

<sup>1</sup> Arbeiter-Zeitung, 27. Juli 1924, S. 8.

führung kommen. Ihr Hauptträger im Ersten Weltkrieg war das Militär: das Armeeeoberkommando, das Kriegs- und Landesverteidigungsministerium, der Generalstab, das Offizierskorps und die Militärtribunale bei den Feld- und Landwehrdivisionsgerichten.

### **Legen wir die wichtigsten Tatsachen offen:**

- 1) Im Sommer und Herbst 1914 wurden in Galizien an die 30.000 Ruthenen, darunter auch viele Frauen, exekutiert, wobei die große Mehrzahl der Erhängungen und Erschießungen, wie die „Arbeiter-Zeitung“ 1924 richtig feststellte, nicht aufgrund eines Urteils in einem formellen feldgerichtlichen bzw. standgerichtlichen Verfahren erfolgte, sondern willkürlich, auf den bloßen Verdacht hin, für die Russen spioniert zu haben, an Ort und Stelle, unter Berufung auf die so genannte „Kriegsnotwehr“, die den Offizieren der kaiserlichen Armee das Recht gab, solche Tötungen anzuordnen.<sup>2</sup> Diese Art der Hinrichtungen fand keinen schriftlichen Niederschlag in Gerichtsakten, und man wird Informationen dazu, etwa über die Namen der Opfer und Täter, in Archiven vergeblich suchen.
- 2) Dasselbe mit einer geschätzten Opferzahl von ebenfalls 30.000 geschah gegenüber der serbischen Bevölkerung auf dem Balkankriegsschauplatz 1914, und zwar hauptsächlich auf dem Gebiet der 1908 annektierten Provinz Bosnien-Herzegowina.<sup>3</sup>

---

2 Zur Ruthenenverfolgung: Hans Hautmann, Habsburg-Totenrummel und vergessene Vergangenheit, in: Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen, 18. Jg., Nr. 3, September 2011, S. 1ff.; Hans Hautmann, Ruthenen im Ersten Weltkrieg, in: Detlef Brandes/Holm Sundhausen/Stefan Troebst (Hg.), Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien-Köln-Weimar 2010, S. 565ff.; zum Themenkomplex insgesamt: Manfred Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918, Kapitel „Im Schatten des Galgens“ (S. 271ff.), Wien-Köln-Weimar 2013; jüngst erschienen: Hannes Leidinger/Verena Moritz/Karin Moser/Wolfram Dornik, Habsburgs schmutziger Krieg. Ermittlungen zur österreichisch-ungarischen Kriegsführung 1914–1918, St. Pölten-Salzburg-Wien 2014.

3 Zur Serbenverfolgung: R.A. Reiss, Wie die Österreicher und Ungarn in Serbien Krieg führten. Persönliche Beobachtungen eines Neutralen, Lausanne 1915; Hans Hautmann, 28. Juli 1914: Der Sonderkrieg

Von den Massenerschießungen zeugen die zahlreich überlieferten „Galgenfotos“.<sup>4</sup> Die Ziffer von insgesamt 60.000 Hinrichtungen wurde von slowakischen Abgeordneten im Parlament nach dessen Wiedereröffnung im Mai 1917 genannt.<sup>5</sup> Die kaiserliche Regierung, das Armeekommando und das Kriegsministerium haben es stets vermieden, sie zu entkräften und eigene „offizielle“ Angaben vorzulegen, was ein erdrückendes Indiz dafür ist, dass die Zahl von 60.000 ziemlich genau der Wahrheit entspricht.

- 3) Nach dem Landesinneren wurden in Internierungslager zehntausende „politisch Verdächtige“ deportiert. Ruthenen nach Thalerhof, Italiener in die Katzenau bei Linz, Serben nach Doboj in Bosnien und in Lager nach Ungarn (Arad, Peterwardein, Szeged). Im Ruthenenlager Thalerhof bei Graz starb im Winter 1914/15 von den rund 7000 Insassen ein Drittel an Fleck-

---

Österreich-Ungarns gegen Serbien, in: *Junge Welt*, Berlin, 28. Juli 2014, S. 10f.; Hans Hautmann, Die österreichisch-ungarische Armee auf dem Balkan, in: Franz W. Seidler/Alfred M. de Zayas (Hrsg.), *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert*, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 36ff.; Hans Hautmann, Serben im Ersten Weltkrieg, in: Detlef Brandes, a.a.O., S. 577ff.; Oswald Überegger, „Man mache diese Leute, wenn sie halbwegs verdächtig scheinen, nieder“. Militärische Normübertretungen, Guerillakrieg und ziviler Widerstand an der Balkanfront, in: Bernhard Chiari/Gerhard Groß (Hg.), *Am Rande Europas? Der Balkan – Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt*, München 2009, S. 121ff.; Daniel Marc Segesser, *Kriegsverbrechen? Die österreichisch-ungarischen Operationen des August 1914 in Serbien in Wahrnehmung und Vergleich*, in: Wolfram Dornik/Julia Walleczek-Fritz/Stefan Wedrac (Hg.), *Frontwechsel. Österreich-Ungarns „Großer Krieg“ im Vergleich*, Wien-Köln-Weimar 2014, S. 213ff.

- 4 Anton Holzer, *Die andere Front. Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg*, 2. Aufl., Darmstadt 2007; Anton Holzer, *Das Lächeln der Henker. Der unbekannteste Krieg gegen die Zivilbevölkerung 1914–1918*, Darmstadt 2008.
- 5 Hannes Leidinger, „Der Einzug des Galgens und des Mordes“. Die parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und ruthenischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenerschießungen in Galizien 1914/15, in: *Zeitgeschichte*, 33. Jg., 2006, Nr. 5, S. 235ff.

typhus.<sup>6</sup> In Dobož starben im Frühjahr 1916 8000 serbische Insassen an Seuchen, überwiegend Kinder, Frauen und alte Männer.<sup>7</sup>

- 4) Aus Welschtirol, dem Trentino, das bei Beginn des Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Italien im Mai 1915 386.000 Einwohner zählte, wurden 114.000 Italiener zwangsweise ausgesiedelt und in Lager nach dem Landesinneren, in die Steiermark, nach Niederösterreich und Böhmen verbracht.<sup>8</sup> Als Endziel der Vertreibung gab das k. u. k. Armeekommando offen die „Germanisierung“ Welschtirols an.
- 5) Neun Abgeordnete des österreichischen Parlaments (fünf Tschechen, zwei Ruthenen, ein Slowene und ein Italiener), deren Immunität seit Kriegsbeginn aufgehoben war, standen wegen Hochverrats vor Militärgerichten und wurden zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde aber nur in einem Falle voll-

---

6 Georg Hoffmann/Nicole-Melanie Goll/Philipp Lesiak, Thalerhof 1914–1936. Die Geschichte eines vergessenen Lagers und seiner Opfer, Herne 2010.

7 H. Hautmann, Serben im Ersten Weltkrieg, a.a.O., S. 579; allgemein zur Internierungspraxis: Matthew Stibbe, Krieg und Brutalisierung. Die Internierung von Zivilisten bzw. „politisch Unzuverlässigen“ in Österreich-Ungarn während des Ersten Weltkriegs, in: Alfred Eisfeld/Guido Hausmann/Dietmar Neutatz (Hg.), Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa, Essen 2013, S. 87ff.; Matthew Stibbe, „Ohne jede Ausnahme eine Schar von Feinden Österreichs“. Die Internierungspolitik des Habsburgerreiches im europäischen und globalen Kontext, in: Jubel und Elend. Leben mit dem Großen Krieg 1914–1918. Katalog zur Ausstellung, Schallaburg 2014, S. 338ff.

8 Hermann J.W. Kuprian, Flüchtlinge und Vertriebene aus den österreichisch-italienischen Grenzgebieten während des Ersten Weltkrieges, in: Brigitte Mazohl-Wallnig/Marco Meriggi (Hg.), Österreichisches Italien – Italienisches Österreich? Interkulturelle Gemeinsamkeiten und nationale Differenzen vom 18. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien 1999, S. 737ff.; H. Hautmann, Italiener im Ersten Weltkrieg, in: Detlef Brandes, a.a.O., S. 305ff.; Hermann J.W. Kuprian, Zwangsmigration, in: Hermann J.W. Kuprian/Oswald Überegger (Hg.), Katastrophenjahre. Der Erste Weltkrieg in Tirol, Innsbruck 2014, S. 217ff.

streckt, an dem italienischen Abgeordneten Cesare Battisti. Die anderen wurden zu Kerkerstrafen begnadigt und 1917 amnestiert. Jeder dieser Prozesse stellte aber wegen der dünnen und zweifelhaften Beweislage eine justizpolitische Ungeheuerlichkeit dar.<sup>9</sup>

- 6) Mehrere tausend Tschechen, Ruthenen, Serben, Slowenen und Italiener wurden von Militärtribunalen als Staatsfeinde zum Tode verurteilt und hingerichtet, wobei auch hier die Mehrzahl der Verfahren höchst fragwürdig war.<sup>10</sup>
- 7) Daneben gab es tausende Verurteilungen zu hohen Kerkerstrafen; hunderte dieser Delinquenten fanden in den Gefängnissen und in den beiden Militärstrafanstalten Theresienstadt und Möllersdorf, in denen entsetzliche Zustände herrschten, den Tod. Drei davon waren die Sarajevo-Attentäter Princip, Cabrinovic und Grabez, die trotz ihres jugendlichen Alters die Haftbedingungen in Theresienstadt nicht überlebten.<sup>11</sup> In Möllersdorf in der Nähe von Baden bei Wien starben vom 1. Jänner bis zum 1. Juli 1917 von den 470 Gefangenen 120 Personen, ein Viertel der Gesamtbelegschaft.<sup>12</sup>
- 8) In den von der österreichisch-ungarischen Armee zwischen 1915 und 1918 besetzten Gebieten Serbiens, Montenegros, Albanien und der Ukraine standen Vergeltungsaktionen an

9 Hans Hautmann, Militärprozesse gegen Abgeordnete des österreichischen Parlaments im Ersten Weltkrieg, in: Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen, 21. Jg., Nr. 2, Juni 2014, S. 1ff.

10 Zu den Tschechen siehe: Martin Zückert, Antimilitarismus und soldatische Resistenz. Politischer Protest und armeefeindliches Verhalten in der tschechischen Gesellschaft bis 1918, in: Laurence Cole/Christa Hämmerle/Martin Scheutz, Glanz-Gewalt-Gehorsam. Militär und Gesellschaft in der Habsburgermonarchie 1800–1918, Essen 2011.

11 Hans Hautmann, Princip in Theresienstadt, in: Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen, 20. Jg., Nr. 3, September 2013, S. 1ff.; Gregor Mayer, Verschwörung in Sarajevo. Triumph und Tod des Attentäters Gavrilo Princip, St. Pölten-Salzburg-Wien 2014.

12 Hans Hautmann, Die Militärstrafanstalt Möllersdorf im Ersten Weltkrieg, in: Hans Mikosch/Anja Oberkofler (Hg.), Gegen üble Tradition, für revolutionär Neues. Festschrift für Gerhard Oberkofler, Innsbruck-Wien-Bozen 2012, S. 51.

der Zivilbevölkerung wegen Freischärlerwiderstandes, Geiselnahmen und Geiseltötungen auf der Tagesordnung.<sup>13</sup>

Was den geschätzten Gesamtumfang der Todesopfer betrifft, nannte der gut informierte spätere Staatspräsident der Tschechoslowakei, Tomas Masaryk, der im Dezember 1914 aus Österreich emigrierte, Ende 1916 eine Zahl von 80.000 Hingerichteten.<sup>14</sup> Diese Zahl dürfte mit geringen Abweichungen nach unten und oben zutreffen.

### Weitere Zahlenangaben

Eine gigantische Höhe erreichten die feldgerichtlichen Verfahren gegen Soldaten der kaiserlichen Armee wegen Selbstbeschädigung, Feigheit vor dem Feind, Gehorsamsverweigerung und Meuterei. Einer, der es wissen musste, Dr. Georg Lelewer, Rat des Obersten Gerichtshofes in Wien und im Ersten Weltkrieg als Oberst-Auditor (Militärrichter) tätig, schätzte 1927 die Zahl der feldgerichtlich beschuldigten Personen „auf etwa 3.000.000, wobei allerdings auch Zivilpersonen inbegriffen sind“.<sup>15</sup>

Diese Horrorziffer findet seitens des Österreichischen Staatsarchivs Bestätigung. Es schätzt die Zahl der aus dem Ersten Weltkrieg überlieferten Akten des Feldgerichtsarchivs „auf etwa 4.000.000“.<sup>16</sup>

Sicherlich sind darunter auch viele Bagatellfälle, Verfahren, die mit Freisprüchen oder niedrigem Strafausmaß endeten.

13 Zur Besatzungspraxis in der Ukraine: Wolfram Dornik/Stefan Karner (Hg.), Die Besatzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext-Forschungsstand-Wirtschaftliche und soziale Folgen, Graz-Wien-Klagenfurt 2008.

14 Imre Gonda, Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. Der Zweibund in den letzten Kriegsjahren (1916–1918), Budapest 1977, S. 193. Der Artikel Masaryks erschien unter dem Titel „Austria under Francisco Joseph“ am 30. November 1916 in der Zeitschrift „The New Europe“, Vol. I, No. 7, S. 193ff.

15 Georg Lelewer, Die Militärpersonen, in: Franz Exner, Krieg und Kriminalität in Österreich, Wien 1927 = Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie, S. 120.

16 [www.archivinformationssystem.at/detail.aspx?ID=4808](http://www.archivinformationssystem.at/detail.aspx?ID=4808) (download 10. November 2014).

Trotzdem zeigt die Angabe zum einen, dass es in der k. u. k. Armee massenhaft zu Fällen der Insubordination gekommen ist, und zum zweiten, dass die Anklagen gegen ruthenische, serbische, italienische, tschechische, slowenische und polnische Zivilisten vor Feldgerichten riesige Dimensionen angenommen haben müssen. In diese Zahl von mehreren Millionen dürften auch die sicherlich nicht wenigen Verfahren eingeschlossen sein, die österreichisch-ungarische Feldgerichte auf besetztem Feindgebiet (Serbien, Montenegro, Albanien, Ukraine, Rumänien, Oberitalien) gegen ausländische Staatsbürger einleiteten.

Zur Zahl der Todesurteile und Hinrichtungen von Soldaten der kaiserlichen Armee machte Lelewer ebenfalls eine Angabe – übrigens die bis heute einzig vorhandene. Ihr zufolge wurden von 1914 bis 1918 754 Militärpersonen zum Tod verurteilt und die Strafe an 737 vollstreckt.<sup>17</sup> Es handelte sich dabei ausschließlich um Standrechtsurteile von Feldgerichten, soweit sie den Dienststellen angezeigt wurden und in den Verzeichnissen des Militärgerichtsarchivs 1927 aufschienen. Die von Feldgerichten und Landwehrdivisionsgerichten im gewöhnlichen Verfahren verhängten Todesurteile und deren Vollstreckungen sind darin nicht enthalten. Erwägt man das, dann gingen die Hinrichtungen über die von Lelewer genannte Ziffer zweifellos hinaus.

Zum Vergleich sei festgehalten, dass sich die Zahl der Hinrichtungen wegen militärischer Delikte in der Armee und Flotte des deutschen Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg auf 48 belief.

Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang eine der beschämendsten Erscheinungen in der k. u. k. Armee bleiben. Denn was im Ersten Weltkrieg bei sonst keiner Streitmacht mehr erlaubt war, wurde vom Militär Österreich-Ungarns nach wie vor angewandt: die Leibesstrafe an Soldaten auch bei leichten Disziplinarvergehen, etwa wenn man sein „Essgeschirr nicht in Ordnung gehalten“ hatte. Sie reichte von fünf bis fünfundzwanzig Stockhieben auf das Gesäß bis zum „Anbinden“ und „Schließen in Spangen.“

Das „Anbinden“ sah so aus: Der Delinquent wurde mit einem langen Strick, den man mehrmals straff um seinen Körper

---

17 G. Lelewer, Die Militärpersonen, a.a.O., S. 124.

schlang, für zwei Stunden an einen Baum gebunden, in verschärfter Form so, dass er in der Luft hing und das ganze Gewicht auf der Fesselung lastete. Beim „Schließen in Spangen“ als einer Verschärfung der Arreststrafe wurde um den linken Fußknöchel und um das rechte Handgelenk ein enger Eisengürtel gelegt, dergestalt, dass beide Gürtel bloß durch eine wenige Zentimeter lange Stange miteinander verbunden waren. Der so gefesselte Soldat musste also die rechte Hand sechs Stunden beim linken Fuß halten und hocken, ohne sich bewegen zu können.

### **Zeit- und Raumzonen der Verfolgung**

Bei der Handhabung des Instrumentariums der Kriegsdiktatur gab es auf dem Gebiet der österreichischen Reichshälfte (Cisleithaniens) eine zeitliche und räumliche Abstufung. Das war von großer Tragweite. Die Bevölkerung in den einzelnen Teilen des Reiches und unter ihr wiederum einzelne soziale Schichten haben die Kriegsjustiz in verschiedenen Härtegraden erlebt, was auf die Herausbildung des historischen Massenbewusstseins, auf das spätere Geschichtsbild von der Monarchie und auf die Art, wie man nach dem Zusammenbruch 1918 diesen Teil der Vergangenheit aufarbeitete, tiefgreifende Auswirkungen hatte.

Die zeitliche Zäsur vollzog sich um die Jahreswende 1916/17. Der Großteil der Verfahren wegen politischer Delikte, der Standrechtsurteile, massenhaften Deportationen und Hinrichtungen fiel in die Jahre vorher (in exzessiver Weise in den Zeitraum Sommer/Herbst 1914 bis Sommer 1915), während ab dem Frühjahr 1917 eine spürbare Milderung in ganz Cisleithanien eintrat. Auf die Gründe dieser Veränderung ist der Verfasser schon einmal eingegangen.<sup>18</sup> Hier sei diese Tatsache lediglich festgehalten und dazu ergänzt, dass auch nach der Wende von penibel eingehaltenen rechtsstaatlichen Normen in Österreich weiterhin keine Rede sein konnte, sondern eben nur eine Abschwächung der krassesten Auswüchse der Kriegsjustiz erfolgte.

---

18 Hans Hautmann, Die Herrschenden: Auf der Suche nach Auswegen aus der Systemkrise (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 2), Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen, 14. Jg., Nr. 2, Juni 2007, S. 1ff.



In räumlicher Hinsicht zerfiel Cisleithanien in vier Zonen. Sie waren keineswegs identisch mit den Grenzziehungen zwischen dem „Hinterland“ und dem „Bereich der Armee im Felde“. Der auf der Hand liegende Analogieschluss „Hinterland = justizielle Normalität“, „Bereich der Armee im Felde = justizielle Härte und Willkür“ ist zwar im Großen und Ganzen richtig, aber doch zu simpel. Die Dinge lagen komplizierter, weil ein ganzes Bündel an Faktoren hier hineinspielte: Die Haltung der Bevölkerung, der einzelnen Nationen und der verschiedenen Sozialschichten von opferwilliger Kriegsbejahung und Loyalität über dulddendes Hinnehmen und Passivität bis hin zu offenem Widerstand und Regimefeindschaft; die Bemessung der durch die Kriegsdiktatur Niederrzuhaltenden nach dem Grad ihrer Gefährlichkeit und nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung; und das Wissen der Herrschenden, was man sich gegenüber wirklichen oder vermeintlichen Gegnern wo und in welcher Form erlauben durfte und was man aus bestimmten Gründen besser unterließ.

Die *erste* Zone bildeten die österreichischen Kernländer (also etwa das Gebiet unserer heutigen Republik) sowie die geschlossenen von Deutschen besiedelten Gebiete (Sudetenland, Südtirol). Sie blieben die gesamte Kriegsdauer von den Überspitzungen der Militärjustiz im wesentlichen verschont, obwohl seit dem Mai 1915 Länder wie Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Kärnten und die Steiermark zum „Bereich der Armee im Felde“ gehörten, in dem die Armeekommandanten entscheidend vermehrte, später noch zu beschreibende justizielle Befugnisse besaßen. Sie wurden hier aber im Unterschied zu anderen Geltungsgebieten des „Bereichs der Armee im Felde“ nicht oder nur selten angewandt, weil hier ja alle politischen Parteien einen „Burgfrieden“ geschlossen hatten, die Bevölkerung sich loyal verhielt und die Deutschen als eigentliche „Staatsnation“ die wichtigste Stütze des Regimes im Kriege waren.

Dennoch ist man gut beraten, wenn man sich vor den in den bisherigen Geschichtsdarstellungen üblichen Bagatellisierungen hütet. Verglichen mit der Vorkriegszeit kam es auch in den österreichischen Kernländern zu einer sprunghaften Steigerung der Strafverfahren und zu haarsträubend tendenziösen Urteilen der

Militärgerichte. Sie richteten sich vorwiegend gegen die „kleinen Leute“, gegen streikende Arbeiter, Kriegsgegner, „Majestätsbeleidiger“, Defätisten und „Aufsässige“ aller Art.

Die *zweite* Zone bildeten Böhmen und der südliche Teil Mährens, die gemeinsam mit Nieder- und Oberösterreich als einzige Gebiete Cisleithaniens im Krieg durchgehend den Status des „Hinterlandes“ genossen. Das mag auf den ersten Blick verblüffen, war doch die Kriegsunlust der Masse der tschechischen Bevölkerung, die sich ab dem Herbst 1914 in mehreren national gefärbten Demonstrationen und 1915 im Überlaufen ganzer tschechischer Regimenter der k. u. k. Armee zu den Russen äußerte, für das Armeekommando kein Geheimnis. Und dennoch ist es nie zu einer Änderung des Zustandes in den tschechischen Gebieten gekommen, obwohl die militärische Führung 1914/15 hartnäckig und massiv die Aufhebung der Zivilverwaltung in Böhmen und Mähren und die Einsetzung eines Militärbefehlshabers forderte, um auch hier ähnlich dem „Bereich der Armee im Felde“ das Standrecht und das feldgerichtliche Verfahren zum Zweck des „Durchgreifens“ gegen „hochverräterische Umtriebe“ einführen zu können.<sup>19</sup> Dieses Verlangen wurde von Kaiser Franz Joseph und vom Ministerpräsidenten Stürgkh stets abgelehnt, die ansonsten den Wünschen des Militärs nach innenpolitisch-justiziellem Machtzuwachs bereitwillig entgegenkamen.

Beide hatten aber in dieser Frage einen mächtigen Partner zu Seite, die deutschösterreichische Großbourgeoisie, das Wiener Bank- und Finanzkapital, konkret jene Fraktion, die mit der Industrie in Böhmen aufs engste verflochten war, die dort essentielle Interessen hatte, und die sehr genau wusste, dass ein Überspannen des Bogens nachteilige, ja katastrophale Folgen heraufbeschwören konnte. Die hoch industrialisierten tschechischen Gebiete waren für die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns von entscheidender Bedeutung, die tschechischen Arbeiter erzeugten einen wesentlichen Teil der unentbehrlichen

---

19 Ausführlich beschrieben bei: Christoph Führ, *Das k. u. k. Armeekommando und die Innenpolitik in Österreich 1914–1917*, Wien-Graz-Köln 1968.

Kriegsprodukte. (Nebenbei gesagt: Genau dieselbe Erwägung bestimmte im Zweiten Weltkrieg das Verhalten der NS-Machthaber gegenüber den tschechischen Industriearbeitern im „Reichsprotektorat“).

Man erkennt daraus, dass bei der Abstufung der Repressionsskala der Grad der Gefährlichkeit einer beherrschten Völkerschaft für den Systembestand durchaus nicht an erster Stelle rangieren musste. Die nationalen Aspirationen der Tschechen waren für das Regime gewiss nicht weniger bedrohlich als die der Serben und Ruthenen. Dennoch hat man die ersteren vorsichtiger behandelt, weil sie, sofern man ihre Geduld nicht überstrapazierte, einen entscheidenden, lebenswichtigen Teil der Kriegsin-  
dustrie in Gang hielten, was bei letzteren nicht der Fall war.

Bei all dem Gesagten darf aber nicht übersehen werden, dass die Kriegsjustiz in Böhmen und Mähren quantitativ wie qualitativ, in der Härte der Urteile, die gesamte Kriegszeit über schon weit schlimmer wütete als in den deutschösterreichischen Kernländern, die skizzierte „bessere Lage“ der Tschechen also ein mehr als relativer Begriff war. Die bei den Verfolgungen am schärfsten ins Fadenkreuz genommene soziale Gruppierung war die nationale Intelligenz.

Die *dritte* Zone bildeten jene „Bereiche der Armee im Felde“, die von Italienern, Slowenen, Tschechen und Polen besiedelt waren, also das Trentino, das Küstenland und Triest, Krain und die Südsteiermark, der Nordteil Mährens, Westgalizien und Österreichisch-Schlesien. Nur die Deutschen in Schlesien firmierten hier als „privilegierte“ Schicht. In diesen Gebieten war der Willkürcharakter der Kriegsjustiz durch das feldgerichtliche Verfahren und die Möglichkeit der Standrechtsverhängung seitens der Armeekommandanten bereits gegeben, aber noch nicht in voller Schärfe ausgeprägt. Dafür maßgebend waren verschiedene Faktoren, im Kern aber die Tatsache, dass diese Nationalitäten sich geographisch, in religiöser Hinsicht wie im Kulturniveau noch im „mitteleuropäischen Raum“ befanden. In der Zahl der Verfahren, Strenge der Urteile und im Streben, gerade die nationale Intelligenz zu treffen und unschädlich zu machen, ähnelte die dritte Zone den Verhältnissen in Böhmen und Mähren.

Die *vierte* Zone bildeten die unmittelbaren Front- und Etap-  
pengebiete gegenüber Russland und Serbien, also Mittel- und  
Ostgalizien, die Bukowina, Dalmatien und Bosnien-Herzegowi-  
na, das wir in dem Zusammenhang als einen seit 25. Juli 1914 be-  
stehenden „Bereich der Armee im Felde“ der Einfachheit halber  
zur österreichischen Reichshälfte rechnen. Hier kamen die  
Kriegsjustiz und das „Kriegsnotwehrrecht“ der Offiziere in vol-  
ler Schärfe, Willkür und Grausamkeit zum Durchbruch. Die hier  
lebenden Serben und Ruthenen waren in den Augen der Herr-  
schenden nichts anderes als eine fünfte Kolonne der beiden ver-  
hasstesten Feindstaaten, eine hochverräterische Rotte von Spi-  
onen und Saboteuren. Im kriegerischen Kalkül galten sie als Her-  
de der Unruhe und Bedrohung für die kämpfende Truppe. Nach  
wirtschaftlichen Gesichtspunkten waren sie als rückständige  
Bauernvölker für die Kriegsproduktion zu vernachlässigen, und  
auf der sozialdarwinistisch-rassistischen Wertskala rangierten  
sie als die beiden „primitivsten“ Slawenvölker der Monarchie an  
unterster Stelle.

Die bezeichneten Umstände führten dazu, dass zum Unter-  
schied von anderen Gebieten und Völkern des Reiches die Ver-  
folgungen bei den Ruthenen und Serben alle Schichten trafen,  
die Bauern, die Intellektuellen, das städtische Kleinbürgertum,  
Angehörige der Oberschicht, die Geistlichen, Frauen, Greise und  
Kinder, dass sie bei ihnen massenhaften Charakter annahmen.

## **Staatsverbrechen und diktatorische Herrschaftsordnung**

Angesichts dieser Fakten erhebt sich die Frage, wie so etwas  
möglich war, wie es in einem Staat dazu kommen konnte, der  
vor 1914 zwar schon an schweren inneren Gebrechen durch die  
Nationalitätenkonflikte litt, in dem aber doch im Großen und  
Ganzen geordnete, friedliche, rechtsstaatliche Zustände herrsch-  
ten. Um das erklären zu können, muss man sich vergegenwärtigen,  
dass mit dem Kriegsausbruch 1914 eine neue Qualität der  
Herrschaftsausübung in Österreich eintrat: der Beginn der Ära  
einer Diktatur, die bis zum Frühjahr 1917 anhielt und danach  
in abgeschwächten Formen bis zum letzten Tag der Monarchie  
fortexistierte.

Grundsätzlich wurde im Juli/August 1914 in allen kriegführenden Ländern der „Belagerungszustand“ verhängt, in dessen Gefolge es zu Einschränkungen verfassungsgesetzlich garantierter Rechte und Freiheiten der Staatsbürger kam. Österreich ragte hier aber durch eine Reihe von Besonderheiten heraus: Nirgendwo stand den Herrschenden eine reichere Palette an Not- und Ausnahmezustandsregelungen zur Verfügung als hier. Nirgendwo kam dieses Instrumentarium schon in Friedenszeiten so oft zur Anwendung wie hier. Und nirgendwo bestanden größere Möglichkeiten, bei Wahrung eines äußerlichen legalen Scheins die Ausnahmebestimmungen so miteinander zu kombinieren und zurechtzubiegen, dass von ihren im Gesetzestext ausdrücklich gezogenen Schranken kaum mehr etwas übrig blieb, der Ermessensspielraum also eine Dimension erhielt, die der Willkür der Machthaber Tür und Tor öffnete.

### **Was waren die Merkmale der österreichischen Kriegsdiktatur?**

Das *erste* und hauptsächliche Merkmal bestand in der Beseitigung des Parlaments. Am 25. Juli 1914 wurde die Session der österreichischen Volksvertretung, des Reichsrats, aufgrund kaiserlicher Anordnung für geschlossen erklärt. Österreich war damit im Ersten Weltkrieg das *einzig*e Land, in dem man das Parlament ausschaltete. Selbst im zaristischen Russland amtierte die Duma weiter, und sogar im Schwesterstaat, in Ungarn, der dortige Reichstag.

Eine Diktatur kann viele Gesichter haben. Ihr Hauptmerkmal ist aber immer und überall, dass ohne Volksvertretung regiert wird. Mit der Schließung des Reichsrats am 25. Juli 1914 bekam die exekutive Staatsgewalt in Österreich vollkommen freie Hand, den Ausnahmezustand auf der Basis des § 14 genau nach den schon vorher geschaffenen Plänen umzusetzen. Dieser berichtigte § 14, der „Diktaturparagraph“ der Dezemberverfassung von 1867, gab der Regierung die Möglichkeit, ohne Beteiligung des Parlaments und über dessen Kopf hinweg Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Die früheste und nach wie vor maßgebliche Darstellung des k.k. Kriegsregimes stammt von Josef Redlich, Österreichische Regierung

Der *zweite* Bestandteil der Kriegsdiktatur war die Suspendierung der wichtigsten staatsbürgerlichen Grundrechte und Freiheiten. Es galt nun, dass Zeitungen und Druckschriften jeder Art der Zensur unterlagen oder ihr Erscheinen überhaupt verboten werden konnte, die Presse- und Redefreiheit damit aufgehoben war; dass missliebige Vereine aufgelöst werden konnten; dass es kein freies Versammlungsrecht mehr gab; dass Briefe geöffnet und beschlagnahmt werden konnten; dass Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl vorgenommen werden konnten; und dass Personen ohne richterlichen Befehl verhaftet werden konnten, z.B. durch die Militärbehörden.

Das *dritte* Merkmal mit den wohl verhängnisvollsten Konsequenzen war die Unterstellung aller Zivilpersonen in der gesamten österreichischen Reichshälfte unter Militärgerichtsbarkeit bei politischen Delikten wie Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufstand, Aufruhr und anderen Fällen öffentlicher Gewalttätigkeit.

Politische Delikte waren in Österreich normalerweise vor Geschworenengerichten zu verhandeln. Diese Normalität gab es aber mit Kriegsbeginn nicht mehr, denn die Geschworenengerichte wurden beseitigt, und zwar ebenfalls in der gesamten österreichischen Reichshälfte.

Der *vierte* Bestandteil war die Unterstellung aller Zivilpersonen in ganz Cisleithanien unter Militärgerichtsbarkeit bei Handlung

---

und Verwaltung im Weltkrieg, Wien 1925 = Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie; neuerdings: Hans Hautmann, Wesen und Folgen der österreichischen Kriegsdiktatur 1914–1917, in: Der Erste Weltkrieg an der „Heimatfront“. Tagungsband der 33. Schlaininger Gespräche 22. bis 26. September 2013, hrsg. von Rudolf Kropf, Eisenstadt 2014, S. 67ff.; und: Christoph Tepperberg, Totalisierung des Krieges und Militarisierung der Zivilgesellschaft. Militärbürokratie und Militärjustiz im Hinterland am Beispiel Wien, in: Alfred Pfoser / Andreas Weigl (Hg.), Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg, Wien 2013, S. 264ff.

gen wie Verleitung oder Hilfeleistung zur Verletzung der eidlichen Militärdienstverpflichtung, der Ausspähung oder anderer Einverständnisse mit dem Feind. (Die so genannten „Verbrechen wider die Kriegsmacht des Staates“.) Sie wandte man besonders gegenüber Angehörigen der „politisch unzuverlässigen“ Völkerschaften des Reiches an wie den Ruthenen, Serben, Tschechen, Italienern, Slowenen und anderen.

Das *fünfte* Merkmal der Kriegsdiktatur waren die vermehrten Befugnisse der militärischen Kommandanten in den „Bereichen der Armee im Felde“. Die Zivilbehörden, die Statthalter, Bezirkshauptmänner, Polizeibehörden und Gemeindevorstände, waren hier verpflichtet, „Verordnungen und Befehle des Höchstkommmandierenden genau zu befolgen und zu vollziehen“. Unter anderem hatte das zur Konsequenz, dass in den genannten Gebieten Feldgerichte amtierten und die Befugnis zur Verhängung des Standrechts an die Armeekommandanten überging.

### **Schlaglicht: Ein erschossener Redakteur**

Hier sei nur ein einziges Beispiel aus dem reichen Fundus an Fällen angeführt, die der Autor eruiert hat, ein Beispiel dafür, wie ein Tscheche den nichts weniger als zwischen Leben und Tod entscheidenden Unterschied von Urteilsprüchen im „Hinterland“ und denen im „Bereich der Armee im Felde“ im Dezember 1914 zu spüren bekam.

Josef Kotek, Redakteur des zu Kriegsbeginn wegen regierungsfeindlicher Tendenz eingestellten Provinzblattes „Pokrok“, hielt am 8. Dezember 1914 in einem Ort in der Nähe von Proßnitz in Nordmähren vor den versammelten Mitgliedern eines Konsumvereins eine Rede. Darin sagte er, dass in Österreich „die Abgeordneten nicht zu ihrem Recht gelangen“, der Krieg den „Bankrott verschuldet“ habe, alle Tschechen „einer Gesinnung“ seien und wüssten, „dass Österreich geschlagen wird.“ „Sie rufen den Herrgott an, dass dies noch schärfer (sic) geschieht.“ Denn falls „Österreich siegen sollte“, würden die Tschechen so „germanisiert werden wie die Deutschpolen“. Er, Kotek, glaube aber, dass Böhmen, Mähren und Schlesien der-

einst „als Keil zwischen Österreich und Deutschland eingeschoben werde.“<sup>21</sup>

Kotek gab nach seiner Verhaftung zu, diese Äußerungen gemacht zu haben, und wurde wegen Störung der öffentlichen Ruhe (§ 65 StG) angeklagt. Nach dem Strafgesetz hätte er sich in Friedenszeiten für dieses Delikt vor einem Geschworenengericht verantworten müssen. Da die § 14-Verordnung vom 25. Juli 1914 aber alle strafbaren Handlungen politischer Natur an die Militärtribunale überwiesen hatte, kam er vor ein Landwehrdivisionsgericht. Dieses wiederum war dazu verpflichtet, das „allgemeine Strafgesetz anzuwenden“, das heißt, nicht über das für den § 65 angedrohte Strafausmaß von ein bis fünf Jahre schweren Kerkers hinauszugehen. Die Gegend um Proßnitz, in der die inkriminierten Äußerungen fielen, gehörte jedoch seit dem 31. Juli 1914 zum „Bereich der Armee im Felde“, in dem das Standrecht – und damit einzig mehr die Alternative Todesstrafe oder Freispruch – für alle schweren Verbrechen galt.

So geschah es auch. Das k. u. k. Militärkommandogericht Krakau, als erkennendes Landwehr-Feldkriegsgericht nach dem Standrecht in Mährisch-Ostrau tagend, verurteilte am 23. Dezember 1914 Kotek zum Tod durch den Strang. Der zuständige Gerichtsherr, der General der Infanterie Ludwig Matuschka, bestätigte den Schuldspruch umgehend. Um 16.30 Uhr wurde das Urteil kundgemacht und um 18.30 Uhr an Kotek vollstreckt.

Die seinerzeitige amtliche Verlautbarung vermeldete, dass „seine Exzellenz, der Herr Militärkommandant, die Todesstrafe durch den Strang *im Gnadenwege* in eine solche durch Erschießen umgewandelt“ habe.<sup>22</sup> Später, als der genaue Wortlaut des Urteils auftauchte, stellte sich heraus, dass Matuschka die Exekution durch Erschießen nur „mit Rücksicht auf *die Schwierigkeit der Herbeischaffung eines Scharfrichters*“ verfügt hatte.<sup>23</sup>

Sich mit „Gnade“ zu brüsten, weil der Henker fehlte, gehörte genau zu jenem von der „Arbeiter-Zeitung“ 1924 angeprangernten „Zynismus“ des „k. u. k. Kriegsmolochs“ und war ein kei-

21 Arbeiter-Zeitung, 18. Mai 1918, S. 5.

22 Arbeiter-Zeitung, 8. Jänner 1915, S. 5. Hervorhebung H.H.

23 Arbeiter-Zeitung, 18. Mai 1918, S. 5. Hervorhebung H.H.



neswegs untypischer Aspekt der Politjustiz, wie sie von den habsburgischen Militärgerichten praktiziert wurde.

## Eine Einschätzung

Kehren wir zum Schluss zur Bestimmung des Wesens der österreichischen Kriegsdiktatur und zur Frage zurück, warum das Ganze in einen derart mörderischen Exzess ausmünden konnte.

Der Exekutor dieser Schwertstreiche war das k. u. k. Militär. Es war indoktriniert im übernationalen Sinn der alleinigen Loyalität gegenüber dem Habsburgerkaiser. Die Machthaber erblickten daher in der Militärkaste, konkret im Offizierskorps, den einzig verlässlichen Träger der schwarzgelben Staatstreue. Folgerichtig wurde das Militär im Moment des Kriegsbeginns 1914 als eine Art geschäftsführender Ausschuss der Firma „österreichisch-ungarischer Imperialismus“ eingesetzt. Die Härte, mit denen es die Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall anwandte und die zu massiven Gewalttätigkeiten des Militärs gegenüber der eigenen Zivilbevölkerung führten, waren keine zeitweilige Verirrung, sondern die logische Folge der inneren Brüchigkeit des Habsburgerreiches und des Charakters eines imperialistischen Herrschaftssystems, das sich unter den Bedingungen des Krieges seinen Fortbestand nur auf dem Weg der Übertragung diktatorischer Vollmachten an das Armeeoberkommando vorstellen konnte, und das gewillt war, die Kriegsverhältnisse für die lang ersehnte Abrechnung mit jeglicher oppositionellen oder potentiell illoyalen Strömung auszunützen.

Was hier 1914 mit entsetzlichen Folgen zum Ausbruch kam, war aber noch mehr und wurzelte auf einem umfassenderen Nährboden. Was wirkliche Substrat des Massenterrors war das jeglicher imperialistischer Machtpolitik inhärente sozialdarwinistische und rassistische Weltbild. Es hatte im k. u. k. Offizierskorps, in dem die Deutschösterreicher, verglichen mit den anderen Nationalitäten, überrepräsentiert waren und dominierten, längst schon Eingang gefunden. Die schlimmsten Ausschreitungen fanden deshalb gegenüber den Ruthenen und Serben statt, die man als „minderwertig“, „primitiv“, „unzivilisiert“ und „subversiv“ ansah.

Was geschah, war im Grunde genommen ein Rachefeldzug gegen jene nationalen Bestrebungen der Völker, von denen sich die deutsche Herrschaftsschicht des österreichischen Reichsteils bedroht fühlte. Man sah den Krieg als einen „Endkampf zwischen Germanentum und Slawentum“ an. Die Frage, wie unter solchen Umständen und nach Anwendung solcher Methoden ein siegreich aus dem Krieg hervorgegangenes Habsburgerreich als Vielvölkerstaat weiterbestehen könnte, blieb außer Betracht. Als sich die Frage mit dem Eintreten der tiefen Krise des Regimes um die Jahreswende 1916/17 gebieterisch stellte, wurde in der Ära Kaiser Karls der verzweifelte Versuch unternommen, durch Rückkehr zum „verfassungsmäßigen“ Regieren, Wiedereinberufung des 1914 ausgeschalteten Parlaments, justizielle Entmachtung des Militärs, Amnestien für politisch Verfolgte und Beschwichtigungsgesten gegenüber den slawischen Völkern einen Ausweg zu finden. Der Scherbenhaufen, den die Exekutoren des kriegsdiktatorisch-imperialistischen Herrschaftssystems hinterlassen hatten, war aber nicht mehr zu kitten. So verschwand die Donaumonarchie im November 1918 spurlos und für immer aus der Geschichte der Staatenwelt, und wenn man über die Ursachen nachdenkt, sollte man dieses düstere, blutige und verbrecherische Kapitel der österreichischen Vergangenheit kennen.

### **Die Alfred Klahr Gesellschaft**

Die Alfred Klahr Gesellschaft, gegründet 1993, ist ein Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung mit Sitz in Wien. Sie veranstaltet Vorträge, organisiert wissenschaftliche Symposien, gibt viermal jährlich das Vereinsorgan „Mitteilungen“ heraus und betreibt eine Website im Internet, auf der unter [www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at) alle relevanten Informationen über ihre Tätigkeit zu finden sind.

Die Beiträge in den „Mitteilungen“ beschränken sich nicht auf das Thema Arbeiterbewegung, sondern umfassen ein breites Spektrum von Artikeln und Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie zur österreichi-

schen und internationalen Zeitgeschichte. Gemeinsam ist ihnen eine herrschaftskritische Sichtweise, die sich an der Interessen der arbeitenden Menschen orientiert.

Zum Ersten Weltkrieg sind in den „Mitteilungen“ bisher folgende Beiträge erschienen, die auch von der Website als PDF-Dateien abgerufen werden können:

- Hans Hautmann, Die Oktoberrevolution und Österreich, in: 4. Jg. 1997, Nr. 4
- Hans Hautmann, Der erste Weltkrieg und unsere Zeit, in: 11. Jg. 2004, Nr. 3
- Hans Hautmann, Die Arbeiterklasse: Das Erwachen des schlafenden Riesen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 1), in: 14. Jg. 2007, Nr. 1
- Hans Hautmann, Die Herrschenden: Auf der Suche nach Auswegen aus der Systemkrise (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 2), in: 14. Jg. 2007, Nr. 2
- Hans Hautmann, Die Sozialdemokratie: Der Übergang auf zentristische Positionen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 3), in: 14. Jg. 2007, Nr. 3
- Hans Hautmann, Die Revolutionäre: Der Formierungsprozess der Linksradiakalen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 4), in: 14. Jg. 2007, Nr. 4
- Hans Hautmann, Sittenbilder aus dem Hause Habsburg im Weltkrieg, in: 15. Jg. 2008, Nr. 2
- Hans Hautmann, Habsburg-Totenrummel und vergessene Vergangenheit, in: 18. Jg. 2011, Nr. 3
- Hans Hautmann, Princip in Theresienstadt, in: 20. Jg. 2013, Nr. 3
- Hans Hautmann, Militärprozesse gegen Abgeordnete des österreichischen Parlaments im Ersten Weltkrieg, in: 21. Jg. 2014, Nr. 2
- Sigurd Paul Scheichl, Bilder des Ersten Weltkriegs in der Literatur Österreichs 1914–1918, in: 21. Jg. 2014, Nr. 2
- Peter März, Sexualität an der Front. Veränderungen der Moralvorstellungen in Schützengräben und Heimatfronten des Ersten Weltkriegs, in: 21. Jg. 2014, Nr. 2
- Simon Loidl, Gehorsamsverweigerung – der Matrosenaufstand von Cattaro, in: 21. Jg. 2014, Nr. 3
- Hans Hautmann, Die österreichischen Staatsverbrechen im Ersten Weltkrieg – ein Überblick, in: 21. Jg. 2014, Nr. 4
- Claudia Kuretsidis-Haider, Die österreichische Kommission zur Untersuchung militärischer Pflichtverletzungen im Kriege, in: 21. Jg. 2014, Nr. 4
- Peter März, Oberösterreich im Krieg. Der Erste Weltkrieg und seine museale Darstellung, in: 21. Jg. 2014, Nr. 4
- Hans Hautmann, Zimmerwald 2015: Der Ausgangspunkt für die Umwandlung des Krieges in die Revolution, in: 22. Jg. 2015, Nr. 3

Wolfgang Neugebauer

## **Franz Conrad von Hötzendorf, ein österreichischer Kriegstreiber und Imperialist**

Wer meine Arbeiten kennt, wird sich vielleicht wundern, dass ein Historiker des österreichischen Widerstandes sich mit dem 1. Weltkrieg und der k. u. k. Armee beschäftigt. Der Grund liegt darin, dass ich mich 2011/12 als Mitglied einer Kommission der Stadt Wien zur Untersuchung der Ehrengrabwidmungen 1934–1938 mit führenden k. u. k. Offizieren, allen voran Franz Conrad von Hötzendorf, auseinandersetzen hatte. Als Ergebnis meiner Recherchen plädierte ich für die Aufhebung des Ehrengrabstatus von Conrad und Moritz Auffenberg-Komarow. Aus dieser Beschäftigung resultierte 2013 mein Beitrag über Conrad in der Festschrift für Hans Hautmann.<sup>1</sup>

### **Zu Conrads militärischer Karriere**

Der 1852 in Wien-Penzing als Sohn einer in den erblichen Adelsstand erhobenen Offiziersfamilie geborene Franz Conrad von Hötzendorf durchlief eine steile militärische Karriere. Nach Absolvierung der Theresianischen Militärakademie 1871 als Leutnant ausgemustert, wurde er schon 1877 dem Generalstab zugeteilt. Er profilierte sich, als er 1899 in Triest einen Streik der Hafendarbeiter brutal niederschlug. Schon damals kam er zur

---

1 Wolfgang Neugebauer, Ein österreichischer Imperialist und Kriegstreiber. Franz Conrad von Hötzendorfs Rolle im Vorfeld und bei der Auslösung des Krieges 1914, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Mannfred Mugrauer (Hg.), *Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert*. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag, Innsbruck-Wien-Bozen 2013, S. 29–46. Sämtliche, aus Platzgründen hier im Einzelnen nicht angeführte Zitate von Literatur und Quellen sind in diesem Beitrag enthalten. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Erkenntnis, dass die italienischen Ansprüche auf Triest und das Trentino gewaltsam zu beseitigen wären. Seinen Aufstieg an die Spitze der Armee verdankte Conrad seiner Bekanntschaft und Freundschaft mit dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, der mit seiner „Militärkanzlei“ im Belvedere entscheidenden Einfluss auf die Streitkräfte erlangt hatte und Personen seines Vertrauens an die Schalthebel der Macht hievte. 1906 wurde Conrad auf Vorschlag Franz Ferdinands zum Chef des Generalstabs der „Bewaffneten Macht“ (also Armee, Kriegsmarine, Landwehr, Honved) ernannt und unterstand nur mehr dem Kaiser (bzw. dessen Vertreter als Oberbefehlshaber Franz Ferdinand). Zwar wurde er Ende 1911 nach einem Konflikt mit dem auf Friedenserhalt orientierten k. u. k. Außenminister Graf Aehrenthal entlassen, doch nach einem Jahr auf Druck Franz Ferdinands neuerlich zum Generalstabschef bestellt. Zu seiner dominanten Stellung in der k. u. k. Armee schreibt der Historiker Kurt Peball, dass „Conrad während der Kriegsmonate vom August 1914 bis November 1916, also bis zum Tode des Kaisers, von Kaiser Franz Joseph völlig freie Hand in allen militärischen Belangen und in der Leitung der militärischen Operationen gelassen wurde. De facto war nicht Erzherzog Friedrich, der Kaiser Franz Joseph an der Spitze des Heeres im Felde vertrat, Armeeoberkommandant, sondern Conrad von Hötzendorf.“

Selbst die offensichtlichen schwerwiegenden militärischen Fehler und Fehleinschätzungen in der Anfangsphase des Krieges, die Habsburgs Armee an den Rand einer Niederlage brachten, konnten seine Stellung nicht erschüttern. Nach Franz Josefs Tod im November 1916 stand Conrad den Friedensbemühungen des neuen Kaisers im Wege und wurde gegen seinen Willen von Kaiser Karl am 1. März 1917 als Generalstabschef enthoben. Bis zur gescheiterten Offensive im Juli 1918 fungierte er als Kommandant an der Südwestfront, danach erhielt er den Ehrenrang Oberst sämtlicher Garden in Wien und wurde vom Kaiser in den Grafenstand erhoben. Seine militärische (und politische) Machtstellung war jedoch Geschichte. Nach dem Krieg widmete sich Conrad bis zu seinem Tod 1925 der Abfassung seiner umfangreichen, der politisch-militärischen Rechtfertigung gewidmeten Memoirenwerke.

## Sozialdarwinist und Reaktionär

Franz Conrad von Hötzendorf war der Prototyp eines Imperialisten und Kriegstreibers, der seine politisch-strategischen Vorstellungen konsequent und ohne Skrupel, auch unter Einsatz von Gewalt und Krieg durchzusetzen versuchte. Conrad selbst verwendete für seine Haltung die Termini „angriffsfreudige Entschlusskraft, zielbewusster Tatendrang und unbeugsamer Wille“. Wie der Historiker Heinz Angermeier vor allem auf Grund von Conrads Erinnerungswerk „Aus meiner Dienstzeit“ herausgearbeitet hat, war Conrad – wie viele andere Offiziere seiner Zeit – in seinem Denken und Handeln vom Sozialdarwinismus geprägt. Diese im Zeitalter des klassischen Imperialismus in herrschenden Kreisen weit verbreitete Denkweise übertrug vereinfachte und missverstandene Lehren des bedeutenden Naturwissenschaftlers Charles Darwin vom Pflanzen- und Tierreich unkritisch auf die menschliche Gesellschaft und die Völker, wobei eine „natürliche Auslese“ behauptet wurde: Die Stärkeren sollten sich gegen die Schwächeren durchsetzen; der Kampf ums Überleben ist alles, Individuen zählen nicht, Nationen kämpfen um ihre Existenz und existieren, um zu kämpfen.

Dieses Denkmodell, das später die geistige Grundlage für die Eroberungs- und Massenmordpolitik des Nationalsozialismus bilden sollte, machte sich Conrad zu eigen. Er vertrat die Auffassung, dass „die Anerkennung des Kampfes ums Dasein als Grundprinzip alles irdischen Geschehens ... die einzige reelle und vernünftige Grundlage jedweder Politik“ ist. Der Faktor Mensch, das Schicksal von tausenden, ja Millionen in einem Krieg zu Schaden kommenden Soldaten, spielte in seinem Denken keine Rolle.

Aus dieser Einstellung heraus lehnte Conrad Christentum und Pazifismus entschieden ab. Seine Verachtung für den Pazifismus formulierte er um 1907 in einem Brief an eine Bekannte: „[...] dass die verweichlichten Weißen sich unter die Unterröcke der verehrlichen Madame Suttner verkriechen würden. [...]“ Damit meinte er die Friedensnobelpreisträgerin von 1905 Bertha von Suttner, für die Conrad der Kriegstreiber par excellence war. Sie berichtete in einem Schreiben an ihren Gesinnungsfreund

Alfred Hermann Fried, Friedensnobelpreisträger von 1911, „Conrad habe sich beklagt, daß die Militärs nicht allein entscheiden können, ... sonst hätte man schon längst den wünschenswerten Krieg.“ In einer durchaus berechtigten pessimistischen Sichtweise sah sie „die Völker ganz in den Händen der Militaristen“. „Der massiven Hetzpropaganda der Militaristen“, schreibt die Suttner-Biografin Brigitte Hamann in Bezug auf die Situation vor 1914, „hatten die Pazifisten kaum etwas entgegenzusetzen.“

Ebenso wenig Sympathie empfand der Freigeist Conrad für das Christentum, das er als Hemmnis für seine militärisch-politischen Ambitionen sah: „Ich habe die Lehren des Christentums nie vereinbar gehalten mit meinen Pflichten als Soldat! Eins oder das andere! [...] Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst – überhaupt eine Heuchelei.“ „Das allgewaltige Gesetz des Daseinskampfes“ habe sich als mächtiger erwiesen als die Lehren von Jesus Christus. Wenn er von Gott sprach, fügte er meist hinzu: „wenn es überhaupt einen Gott gibt“.

In diesem religiösen Bereich unterschied sich Conrad grundsätzlich von seinem politischen Förderer Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, für den Religion einen hohen Stellenwert hatte. Franz Ferdinand war auf Grund seiner katholischen Gesinnung empört, als der Generalstabschef Conrad und der Geheimdienstchef Urbanski den in Diensten Russlands stehenden Spion Oberst Alfred Redl 1913 zum Selbstmord zwangen. Sie verhinderten im Übrigen auf diese Weise auch die notwendige Aufklärung der Dimension dieses Verrats, was sich nach Kriegsausbruch mit Russland negativ auswirken sollte.

Arbeiter und Sozialdemokraten waren für Conrad von Hötendorf ein Feindbild ersten Ranges. Auch gegen den „inneren Feind“ war er ein Verfechter der Anwendung brutaler Repression. Als verantwortlicher Offizier hat General Conrad im Februar 1902 die von ihm kommandierte 55. Infanteriebrigade zur Niederschlagung eines Generalstreiks in Triest eingesetzt und mit Waffengewalt gegen streikende Arbeiter vorgehen lassen, wobei 14 Zivilisten getötet und 50 verletzt wurden. Für die Unterdrückung des „Aufstandes“ erhielt Conrad den kaiserlichen Leopold-Orden. Diese Vorgangsweise war nicht nur militärischem Denken (Gehorsam) geschuldet, sondern entsprang einer seiner

sozialdarwinistischen Gesinnung entsprechenden tiefen Verachtung der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie, wie Conrads Witwe Gina in ihrem Erinnerungswerk berichtet. So bezichtigte er in einem Brief an seine Frau die Sozialdemokraten der „Infamie und Rohheit“ und des „Terrorismus“ und beschimpfte Sozialdemokraten und Arbeiter als „erbärmliches Gesindel“.

## **Jahrelange systematische Kriegshetze („Präventivkrieg“)**

Von seinem politisch-strategischen Denken her muss Conrad als „Bellizist“ qualifiziert werden. Politik und Krieg sah er untrennbar verbunden, wie er in seinen Erinnerungen formulierte: „Die Politik braucht den Krieg zur Erreichung ihrer Ziele, und sie hat einen entscheidenden Einfluß auf seinen Anfang und sein Ende.“

Der Generalstabschef Conrad beschränkte sich keineswegs – wie es seine formelle Hauptaufgabe gewesen wäre – auf die Ausarbeitung von militärischen Plänen für Kriege, auf Ausbildung und zeitgemäße Bewaffnung der Armee, sondern bemühte sich mit all seinen Kräften, die von ihm als notwendig angesehenen Kriege – nicht Verteidigungs- sondern Angriffs- und Präventivkriege – auf der politischen Ebene durchzusetzen. Er glaubte allen Ernstes, die mangelnde Homogenität der multinationalen Wehrmacht und den sich bereits vor 1914 in Meutereien anbahnenden Zerfallsprozess durch ein „Kampferlebnis“ in einem tatsächlichen Krieg wettmachen zu können. Von einem siegreichen Krieg erwartete er sich eine Konsolidierung des von Nationalitätenkonflikten erschütterten Reiches. Diese Erwartungen sollten im Verlauf des Ersten Weltkriegs in einer für die k. u. k. Armee verheerenden Weise widerlegt werden.

Nach den Erfahrungen seiner Triester Zeit sah Conrad in Italien die größte Gefahr und den „Erbfeind der Monarchie“. Schon 1907, mitten im Frieden und ohne Kriegsgrund oder Anlass, machte er den abenteuerlichen Vorschlag, das verbündete Königreich Italien in einem Präventivkrieg niederzuwerfen – eine Forderung, die er immer wieder, allerdings erfolglos, auf der politischen Ebene vorbrachte. Er vertrat die Ansicht, dass „für Österreichs weiteren Bestand ein siegreicher Feldzug gegen Italien und wohl auch gegen Serbien die sicherste Gewähr wäre.“ Con-



rads Witwe Gina überliefert ein Gespräch Conrads mit dem Kaiser, worin der Generalstabschef den Kaiser „flehend“ bedrängte, „Krieg gegen Italien“ zu führen. Als Franz Josef darauf erklärte: „Österreich hat nie einen Krieg angefangen“, soll Conrad geantwortet haben: „Leider, Majestät.“

## Österreichischer Imperialismus

Der Historiker Heinz Angermeier hat herausgearbeitet, dass die sozialdarwinistische Grundeinstellung Conrad zu einem imperialistischen politischen Programm führte, das mit seinem Glauben an die naturgesetzliche Unterwerfung der Schwachen und Kleinen eine ausgeprägt kriegerische Note enthielt. Auch der Conrad-Biograph Lawrence Sondhaus kam zu dem Ergebnis, dass der Feldmarschall den „größten Imperialisten seiner Zeit zuzuzählen ist“. Diese Haltung war für die führenden Politiker und Militärs der europäischen Mächte keine Besonderheit, und zu Recht werden die Jahrzehnte vor 1914 – nicht nur von marxistischer Seite – als „Zeitalter des Imperialismus“ angesehen.

Hervorzuheben ist aber, dass Conrads Imperialismus habsburgisch-österreichisch orientiert war, was angesichts des damaligen weit verbreiteten Deutschnationalismus nicht selbstverständlich war. Manfred Rauchensteiner hebt hervor, „dass er [Conrad] sich mit aller Macht gegen eine deutsche Suprematie zur Wehr setzte und die Übernahme eines gemeinsamen Oberbefehls durch die Deutsche Oberste Heeresleitung zu verhindern suchte.“ Als politisierender Heerführer strebte Conrad nicht eine Unterordnung unter das mächtige deutsche Kaiserreich an; vielmehr sollte die Habsburgermonarchie durch (gewaltsame) Einverleibung weiter Teile Südosteuropas zu einer kontinentaleuropäischen Großmacht werden, was sie angesichts des Staatszustandes, der militärischen Stärke und der Wirtschaftskraft vor 1914 längst nicht mehr war. Die militärische Schwäche der k. u. k. Armee im Krieg, die mehrfach das Eingreifen deutscher Truppen notwendig machte, vergrößerte aber de facto die Abhängigkeit vom deutschen Verbündeten.

In einer offensiven Außenpolitik sah Conrad ein „ganz wesentliches Element zur Wiederbelebung des Reiches“. „Nur eine

aggressive Politik mit positivem Ziel könne den Staat vor dem Untergang retten“, war sein Credo. Nach Conrads Vorstellungen sollten das Königreich Serbien – in seinen Augen waren die Serben „rückständige Halbbarbaren“ –, der europäische Teil des Osmanischen Reiches und andere Territorien mit Gewalt unter die Herrschaft der Habsburger gebracht werden. Als Generalstabschef der „Bewaffneten Macht“ 1906–1911 und 1912–1917 entwickelte Conrad weit reichende Annexionspläne für den Balkan, mischte sich höchst aktiv in die Außenpolitik ein und drängte vielfach auf einen Präventivkrieg gegen Serbien. Ähnlich wie Thronfolger Franz Ferdinand wollte Conrad die ungarische Machtstellung in der Doppelmonarchie beseitigen. Dieses Ziel sollte aber nach Conrads Vorstellungen nicht durch einen Ausgleich erreicht werden, der den slawischen Völkern mehr Rechte eingeräumt hätte, wie es Franz Ferdinand anstrebte, sondern durch eine annexionistische Politik auf dem Balkan. Serbien sollte gewaltsam in ein südslawisches habsburgisches Königreich eingegliedert werden und der bestehende Dualismus durch einen Trialismus ersetzt werden. Die Vereinigung der Süd- und Westslawen unter österreichischer Herrschaft sollte diese Völker für die westeuropäische Kultur erhalten, womit dem imperialistischen Bestreben eine geistige Mission unterlegt wurde.

## **Kriegsauslösung 1914**

Der Militärgeschichtler Manfred Rauchensteiner hat zu Recht festgestellt, dass der Erste Weltkrieg nicht einfach „ausgebrochen“ ist, „wie ein Brand, der durch Selbstentzündung entsteht“: „Es gab nämlich jemanden, der das Zündholz an die explosive Mischung aus Nationalprestige, imperialistischen Zielen und Träumen, Frustration und letzter Entschlossenheit hielt, und dieser Jemand war Österreich.“

Zwar strebten die in Österreich-Ungarn für die Entscheidung zum Krieg maßgeblichen Kräfte keinen Weltkrieg an, sondern „nur“ eine Abrechnung mit Serbien, doch konnte ja nicht übersehen werden, dass die „Bündnisautomatik“ von Mittelmächten und Entente zur Ausweitung zum europäischen Krieg führen musste. Während in der älteren Historiographie, vor allem durch

die von dem Hamburger Historiker Fritz Fischer ausgelöste Kontroverse, die „Kriegsschuld“ vor allem der aggressiven Politik des Wilhelminischen Deutschland zugewiesen wurde, haben neuere Arbeiten differenziertere Interpretationen präsentiert. Der US-Historiker und Conrad-Biograph Lawrence Sondhaus hat in seiner 2011 erschienenen Geschichte des Ersten Weltkriegs Rolle und Stellenwert des österreichischen Generalstabschefs bei der Kriegsauslösung hervorgehoben. Unter Zurückweisung der verharmlosenden Sichtweise von Conrad und dessen Apologeten kommt Sondhaus zu dem Ergebnis, dass Conrads Haltung und Handlungen für die österreichisch-ungarische Entscheidung zum Krieg maßgeblich waren. Ebenso betont der australische Historiker Christopher Clark in seiner 2012 veröffentlichten Studie über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs die verhängnisvolle Rolle der österreichisch-ungarischen Politik: Während der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand als starker Befürworter des Friedens hingestellt wird, wird Conrad von Hötzendorf als Kriegstreiber gezeichnet. Die Kriegslust und imperialistische Paranoia der österreichischen und deutschen politischen Entscheidungsträger, denen Conrad zugerechnet wird, ist für Clark einer der wichtigsten zum Krieg führenden Faktoren.

In der dramatischen Krisensituation nach dem Attentat von Sarajewo im Sommer 1914 gehörte Conrad – gemeinsam mit dem Außenminister Leopold Graf Berchtold und dem österreichischen Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh – zu jenen, die nachdrücklich für das kriegerische Vorgehen gegen Serbien eintraten. Sowohl nach der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 als auch nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien am 23. Juli (und noch vor dessen Fristablauf) sprach er sich mit Nachdruck für ein sofortiges Losschlagen aus. Als die Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli dann tatsächlich erfolgte, stellte sich heraus, dass die Armee keineswegs kampfbereit war, und Conrad musste in peinlicher Weise um einen Zeitaufschub für den Angriff ersuchen. „Dilettantischer ist noch nie ein Krieg vom Zaun gebrochen worden“, schreibt der Historiker Fritz Fellner, „als der Krieg gegen Serbien im Juli 1914.“ Nur dank massiver deutscher Unterstützung

konnte ein militärisches Scheitern schon in der Anfangsphase des zum europäischen Krieg ausgeweiteten Angriffs auf Serbien verhindert werden. Auf dieses von den meisten Militärhistorikern aufgezeigte Versagen des Strategen und Heerführers Conrad kann hier nicht weiter eingegangen werden.

Während des Krieges sah Conrad die Möglichkeit, seine lang gehegten annexionistischen Pläne zu verwirklichen, und er agierte nachdrücklich als Verfechter weit reichender Kriegsziele der Habsburgermonarchie. Er drängte bei der politischen Führung mehrfach darauf, die besetzten Gebiete am Balkan (Serbien, Montenegro, Nordalbanien) zu annektieren, worauf sich aber Kaiser Franz Josef nicht einlassen wollte. Die Abberufung durch Kaiser Karl I. am 1. März 1917 beendete die politischen Intentionen des annexionslüsternen Generalstabschefs. Conrad konnte sich mit der Politik Kaiser Karls nicht identifizieren, da er im Gegensatz zu dem nach Frieden strebenden Kaiser die Auffassung vertrat, die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie sei nur über militärische Siege zu erreichen.

Ungeachtet seiner führenden Rolle als Kriegstreiber übernahm Conrad – nach Einschätzung seines Biographen Lawrence Sondhaus – niemals seinen Teil an der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und für die Niederlage seines Landes. Er verteidigte sich damit, immer „nur der militärische Fachmann“ gewesen zu sein, der keine politische Entscheidung getroffen habe. In Umkehrung der Tatsachen bezeichnete Conrad alle jene, die sich seiner verantwortungslosen Kriegspolitik entgegenstellten, als „Mörder und Totengräber der österreichisch-ungarischen Monarchie“. Sie, also die gemäßigter agierenden Politiker, und nicht ihn, der 1914 und zuvor den Krieg mit allen Mitteln angestrebt hatte, treffe „die Verantwortung, dass es zum Weltkrieg kommen musste.“

Auf die ungeheuerlichen k. u. k. Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg gehe ich im Hinblick auf den Beitrag von Hans Hautmann nicht ein und begnüge mich mit einem Hinweis: Die nur zu einem kleinen Teil durch das Kriegsrecht gedeckten Handlungen der habsburgischen Militärjustiz gingen zwar meist auf der unteren Ebene vor sich; die hohen Offiziere – vom Generalstabschef Conrad von Hötzendorf abwärts – nahmen aber diese bar-

barische Vorgangsweise billigend in Kauf, schritten trotz ihres Wissens darüber nicht dagegen ein und können daher aus ihrer Mitverantwortung für Kriegsverbrechen nicht entlassen werden. Selbst Kaiser Franz Josef wurden diese Übergriffe bekannt; offenkundig war er mit diesen barbarischen Praktiken nicht einverstanden und forderte ein rechtmäßiges Vorgehen ein. Erst nach dem Regierungsantritt Kaiser Karls und der Enthebung Conrads 1917 erfolgte im serbischen Besatzungsgebiet ein – ich zitiere den US-Historiker Jonathan Gumz – „movement back to the Rechtsstaat“.

### **Conrad von Hötzendorf: Mythos und Kritik**

Ogleich Conrad von Hötzendorf als der führende, das politische Geschehen maßgeblich beeinflussende Offizier der k. u. k. Armee militärisch weitgehend erfolglos blieb, ja als einer der Hauptverantwortlichen für die unvermeidliche finale Niederlage und schließlich für den Untergang des Habsburgermonarchie 1918 angesehen werden muss, wurde er in Österreich zu einem Mythos hochstilisiert. In einer apologetischen Sichtweise verkörperte Conrad nach seinem Tod gleichsam die glorreiche Armee des alten, untergegangenen Österreich. Besonders die ehemaligen Offiziere sahen die Verteidigung seiner Politik und Heerführung als Verteidigung der Ehre der alten Armee. Der Historiker Kurt Peball meint, dass Conrad „als eine geradezu mythische militärische Gestalt dargestellt“ und zum „größten Soldaten der Geschichte Österreichs seit Prinz Eugen“ idolisiert wurde. Da sich Conrad parteipolitisch eher bedeckt hielt, wurde er sowohl von Christlichsozialen als auch Deutschnationalen sowie allen sonstigen konservativen und reaktionären Kräften hochgejubelt, als hätte er den Krieg gewonnen. Karl Kraus hat diese Entwicklung schon in den „Letzten Tagen der Menschheit“ voraus gesehen. Die vielen polemischen Attacken von Karl Kraus in der „Fackel“ änderten an der Glorifizierung Conrads ebenso wenig wie die Ablehnung durch Sozialdemokraten und andere Linke.

Das Begräbnis des Feldmarschalls wurde vom christlichsozialen Verteidigungsminister Carl Vaugoin unter Einbeziehung des

Bundesheeres und der Kameradschaftsverbände der alten Armee als riesige politische Kundgebung in Wien inszeniert; hunderttausend Menschen sollen daran teilgenommen haben, und die Medien berichteten auf ihren Titelseiten über dieses Ereignis. Provoziert von diesem politischen Begräbnis rechnete der sozialdemokratische Fraktionsführer Dr. Otto Bauer, selbst Offizier im Russlandkrieg, in der Nationalratsdebatte am 2. September 1925 mit Conrad ab. Unter Berufung auf das umfangreiche Erinnerungswerk „Aus meiner Dienstzeit“ führte Bauer u. a. aus:

„In diesen Memoiren hat er selber, nicht irgendein Kritiker, nein, er selbst und mit Aufwendung des ganzen Akten- und Urkundenmaterials den Nachweis erbracht, wie er es gewesen ist, der Jahr für Jahr jede Wendung in der europäischen Politik benutzt hat, um zu drängen: Zum Krieg! Zum Krieg! Zum Krieg! [...] Nach diesen Memoiren gibt es keinen Menschen in Europa, der zu lesen imstande ist, der nicht sagen müsste, wenn man die Namen der fünf oder sechs Männer nennen wird, die die persönliche Hauptschuld an dem Ausbruch des Krieges haben, so wird einer von diesen fünf oder sechs Männern der Feldmarschall Conrad sein.“

Nach der Ausschaltung der Sozialdemokraten im Februar 1934 und der Aufrichtung der austrofaschistischen Diktatur wurde – wie auch bei einigen anderen hohen Militärs der k. u. k. Armee – Conrads Grab auf dem Hietzinger Friedhof zum Ehrengrab umgewidmet. Auch in der NS-Zeit stand Conrad von Hötendorf hoch im Kurs, obwohl sein während des Krieges stets gespanntes Verhältnis zum übermächtigen deutschen Bündnispartner und seine keineswegs großdeutsche, sondern großösterreichische Einstellung nicht in das herrschende Geschichtsbild passten.

Obwohl die Rolle von Conrad von Hötendorf als Verfechter eines Angriffskrieges, als Mitbeteiligter bei der Auslösung eines Weltkrieges und als Mitverantwortlicher für verbrecherische Übergriffe der von ihm kommandierten Armee durch seriöse wissenschaftliche Arbeiten sichtbar gemacht worden ist, erfreut(e) sich der höchste Offizier der k. u. k. Armee auch in der Zweiten Republik großer Anerkennung und Wertschätzung. Neuen Aufschwung erhielt die Conrad-Apologie, als das öster-

reichische Bundesheer nach seiner Aufstellung 1955 – zwecks Vermeidung einer nicht gewünschten Kontinuität zur deutschen Wehrmacht – auf altösterreichische Traditionspflege zurückgriff. Mehrere Amtsgebäude bzw. Kasernen des Bundesheeres wurden nach Feldmarschall Conrad benannt. Auch außerhalb des Bundesheeres erfuhr Conrad Anerkennung und Ehrungen. In Graz, Salzburg, Innsbruck und anderen Orten wurden Verkehrsflächen nach ihm benannt. In dem von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen „Österreichischen Biographischen Lexikon“ wird Conrad noch 1957 – unter völliger Ausklammerung aller seiner militärischen und politischen Fehler, Fehleinschätzungen und Niederlagen – als „sicherlich der bedeutendste Feldherr des 1. Weltkriegs“ bezeichnet.

Im Lichte jüngerer wissenschaftlicher Forschungen begann der Conrad-Mythos zu verblassen. Wesentlich zu dessen Zerstörung hat der an der University of Indianapolis wirkende Historiker Lawrence T. Sondhaus, einer der renommiertesten Erster-Weltkrieg-Spezialisten, mit seiner 2003 vom Militärhistorischen Institut des Heeresgeschichtlichen Museums herausgegebenen Conrad-Biographie beigetragen. In einer äußerst kritischen Sichtweise arbeitet Sondhaus sowohl Conrads Bemühungen zur Führung von Präventivkriegen und seine maßgebliche Mitwirkung an der Auslösung des Krieges 1914, als auch sein Versagen zu Kriegsbeginn, seine verfehlte Offensivstrategie und sein Unvermögen, Pläne und Ziele neuen Gegebenheiten anzupassen, heraus.

Die nach Conrad benannten Kasernen und Amtsgebäude des Bundesheeres wurden allmählich weniger, und auch um die Straßenbenennungen entstanden Diskussionen. Nicht zuletzt hat die wissenschaftliche und politische Diskussion über Conrad auch dazu geführt, dass die von der Stadt Wien eingesetzte Kommission zur Überprüfung der 1934 bis 1938 erfolgten städtischen Grabwidmungen 2012 die Umwidmung des Ehrengrabs Conrads in ein „historisches Grab“ vorgeschlagen hat. Im Jänner 2014 wurde diese Umwidmung von Bürgermeister Häupl genehmigt.

## **Leseprobe aus dem Roman von Elena Messner: „Das lange Echo“**

Wie viele gerettet hätten werden können, wenn sie, ja, nicht standhaft bis in den Tod und so weiter hätten gehen müssen. Verstehst du denjenigen nicht, der seine Waffen niederlegen will, der nicht standhaft bleiben und weitergehen will, in den Tod, der ihm gewiss ist? Ähnlich hatten ihn (den Offizier Milan Nemec, Anm. d. Red.) im Feldzug – dem ersten – Zweifel ergriffen, manchmal [obwohl, ja, zugegeben: immer öfter, je länger der Feldzug dauerte], wenn er an seine Militärhandbücher dachte, an sein Exemplar *Zum Studium der Taktik*, in dem der Franz Conrad von Hötzendorf die Grundgedanken der österreichisch-ungarischen Militärführung darlegte, die da waren: um jeden Preis Offensive und Angriff.

Dass diese Grundgedanken richtig und wichtig und vor allem in ihrer Wirkung unbestreitbar zielführend waren, zeigte sich ja schon daran, dass so ein Conrad sehr erfolgreich alles, was zu rebellieren, was sein Recht einzufordern wagte, niederzuwerfen vermochte. Wie schon sein Vater Jahrzehnte davor geholfen hatte, eine Revolution in Wien zu machtlosem Gepolter verkommen zu lassen, half auch er entschlossen mit, süddalmatinische Aufständische oder später italienische Hafentarbeiter niederzuschlagen. Er anektierte vorbildlich jenes Bosnien mit, von dem der Kaiser beschlossen hatte, es sich zu Regierungsjubiläum und Namenstag selbst zu schenken. All das in nur wenigen Jahrzehnten. Bei dieser Annexion forderte der Taktiker – daran erinnerte sich der Milan Nemec, ganz gut erinnerte er sich daran – mehrmals den Krieg gegen Serbien, im Zuge dessen er auch eine Eroberung, oder zumindest eine notwendige »Einengung« Montenegros mitvorschlug, wie auch die »Gewinnung« Albaniens und des westlichen Mazedoniens, all das mit dem Ziel, sich am Ende in Thessaloniki



siegreich feiern zu lassen. Was der Milan Nemeč davon zu halten hatte? Nun, auch wenn manche den Aktivismus eines Conrad von Hötzendorf, dessen taktische Schriften seine Kollegen und Schüler jahrzehntelang nach seinem Ableben begleiten würden, hinein in neue Reiche, die es zu verteidigen galt, auch wenn manche diesen Aktivismus als kadaveristischen Bellizismus und größtenwahnsinnigen Imperialismus ansehen mochten, und auch wenn seine jahrzehntelang vorgetragenen Pläne, endlich das lästige Italien, bitte präventiv!, anzugreifen oder lästige slawische Ländereien im Süden endlich, auch präventiv!, zu annektieren, am Hofe doch mehrmals abgelehnt worden waren, weil das alles schließlich auch zu bezahlen war, hielt ihn das nicht davon ab, diese als patriotisch maskierten Forderungen immer wieder zu stellen, ein ums andere Mal, jahrzehntelang.

Dieser Conrad! So einer starb am Ende keineswegs zufällig an einem Gallenleiden und hatte naturgemäß ein Ehrengrab in Wien, bis ins Jahr 2012. Erst danach stufen sie es herab, das Grab, auf ein »historisches«. Aber die dutzenden Straßennamen, die Gebäudenamen, die Gedenktafeln, die ihm ihre eiserne Treue halten, die konnte man so schnell nicht herabstufen oder herunterstoßen, und was hieß das denn schon: Judenhasser? Was hieß das: Fremden- und Rassenhasser? Was hieß das: Kriegsfreund und Kriegstreiber? Was hieß das: Kriegsverbrecher? Gegen einen Conrad von Hötzendorf, gegen seine angriffsfreudige Entschlusskraft, seinen zielbewussten Tatendrang und seinen unbeugsamen Willen schien kein Einwand möglich, nicht in hundert Jahren schien da ein Einwand möglich.

Martina Pürkl

## Bertha statt Conrad

*Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.*

*Bertha von Suttner (1843–1914)*

### Eine Idee zum Gedenkjahr 2014

Friede und Freiheit sind nicht selbstverständlich und müssen jeden Tag aufs Neue erarbeitet werden. Nobelpreisträgerin Bertha von Suttner ist ein gutes Beispiel: Sie hat als Vorkämpferin für die Rechte der Frauen die gesellschaftlichen Normen kritisch hinterfragt und mit ihrer Eigeninitiative gezeigt, dass jeder einen Beitrag für ein friedliches Miteinander leisten kann.

Zur selben Zeit lebte auch Franz Conrad von Hötzendorf. Als Generalstabschef der k. u. k. Armee war er einer der engagiertesten Betreiber eines Präventivkrieges gegen Italien und Serbien. Zusammen mit anderen Militärs und Politikern hat er Tod, körperliche und geistige Verkrüppelung von Millionen Menschen im Ersten Weltkrieg zu verantworten. Ein Platz im Herzen von Mistelbach ist seit 1931 nach ihm benannt.

Die Idee war, anlässlich des Gedenkens an 100 Jahre Kriegsbeginn, den Conrad Hötzendorf-Platz in Bertha von Suttner-Platz umzubenennen. Es handelt sich dabei um zwei VertreterInnen des gleichen Zeitabschnitts, die sich gegensätzlich zur Sache ausgesprochen haben. Es geht nicht darum, die Vergangenheit zu vergessen (oder umzuschreiben), sondern einen Platz nicht nach einem Kriegstreiber, sondern nach einer Friedensaktivistin zu benennen.

### Versuch einer Umbenennung

Im Februar 2014 informierte ich alle Mitglieder des Gemeinderates. Ein ÖVP-Gemeinderat traf sich mit mir, um die Bedingung festzusetzen: Ein gemeinsamer Antrag von ÖVP und der Bürgerliste „Liste aktiver Bürger“ (LaB) in der Gemeinderatssitzung (März 2014) folgte. Dem konnte unsere Bürgerliste

im Sinne von Bertha von Suttner guten Gewissens zustimmen. Die Antwort der ÖVP auf meine Nachfrage, kurz vor dem geplanten Termin: „Wir sind noch nicht soweit, wir brauchen noch Beratungszeit.“ Zwei Monate später vor der nächsten Gemeinderatssitzung war dann keine Rede mehr von einem gemeinsamen Antrag. Daraufhin brachte die Bürgerliste folgenden Dringlichkeitsantrag in der Gemeinderatssitzung im Mai 2014 ein:

- Umbenennung des Conrad Hötzendorf-Platzes in Bertha von Suttner-Platz
- Installierung einer Kommission mit Bürgerbeteiligung und Begleitung durch eineN HistorikerIN mit der Aufgabe, die Benennungen für Straßen, Plätze, Veranstaltungssäle etc. zu hinterfragen und eine Empfehlung für den weiteren Umgang abzugeben.

### **Behandlung im Gemeinderat**

Der Antrag wurde abgelehnt und in den Gemeinderatsausschuss 5, u.a. zuständig für die Benennung von Straßen, verwiesen. Ein neuer Gemeinderat nach der Wahl im Jänner 2015 brachte neue Verantwortlichkeiten und eine weitere Verschiebung in den Ausschuss 4 („Kultur“). Mehr als ein Jahr nach dem Antrag im Mai 2014 wurde im Juli 2015 eine fünfköpfige Historikerkommission (eine Frau und vier Männer) beschlossen.

Fazit: Wieso es nicht zur Umbenennung im Gedenkjahr 2014 gekommen ist, bleibt unklar. GemeinderätInnen können frei und ungebunden entscheiden. Sie wurden mehrmals über das Anliegen unterrichtet. War man traurig, weil diese Idee nicht aus den eigenen Reihen kam? War es eine Verbeugung vor dem Kameradschaftsbund? Ist Krieg besser als Frieden?

### **Reaktionen in den Medien**

Lesermeinungen (NÖN):

„Überhebliche Tugendterroristen vermeinen heute über vergangene Zeiten urteilen zu müssen und belästigen mit dem Kulturbolschewismus die Bevölkerung.“

„Ich mag nicht, wenn man in der Vergangenheit herumstierlt.“

„Mistelbach hat wichtigere Probleme.“

Ein Facebook-User wollte die Umfahrung von Mistelbach in Bertha-von-Suttner-Ring benennen und damit gleich auch nach „vorne“ denken.

Anita Ziegerhofer

## Der Erste Weltkrieg und die „Kriegsdienstleistungen“ von Frauen<sup>1</sup> Spurensuche in der Steiermark

### I.

Das Jahr 2014 stand vollends im Zeichen der Erinnerung an den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs. Zahlreiche, umfassende Monografien und Sammelbände sind in Österreich erschienen, die in unterschiedlichsten Zugängen die Ereignisse vor, während und unmittelbar nach dem Ende des Weltkriegs sowie dessen Bedeutung eingehend beleuchten.<sup>2</sup> Allen Publikationen gemeinsam ist, dass der Anteil der Frauen im Krieg wenig oder gar keine Beachtung findet, obwohl erstmals die Genderperspektive ab den 1980er Jahren in die Weltkriegshistoriographie eingebracht wurde.<sup>3</sup> Dies gilt jedoch nicht für den Sammelband von Christa Hämmerle<sup>4</sup>, in dem ausschließlich und

1 An dieser Stelle möchte ich meiner Mitarbeiterin Edith Fuchsbichler herzlichst für ihre vorzügliche Recherche-Arbeit in der *Tagespost* und im *Arbeiterwillen* danken.

Dieser Beitrag stellt die gekürzte Version meiner Beiträge dar: Anita Ziegerhofer, Soldaten des Hinterlandes. Der Erste Weltkrieg und der Anteil der steirischen Frauen in: Nicole-Melanie Goll/Werner Suppanz (Hg.): Heimatfront. Graz und das Kronland Steiermark im Ersten Weltkrieg, Essen 2015 (in Druck) sowie Anita Ziegerhofer, Der Erste Weltkrieg und die „Kriegsdienstleistungen steirischer Frauen, Eine Spurensuche, in: Sönke Neitzel Hrsg., Historische Mitteilungen der Ranke Gesellschaft 27 2015/16

2 Hier sei exemplarisch verwiesen auf Christopher Clark, Der Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013 oder für Österreich Manfred Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918, Wien 2013.

3 Gunda Barth-Scalmani/Gertrud Margesin, Frauen in der Landwirtschaft während des Ersten Weltkrieges, in: Karner/Lesiak (Hg.), Erster Weltkrieg, 276.

4 Christa Hämmerle, Heimat/Front. Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn, Wien 2014.

aus unterschiedlichen Blickpunkten die Kriegsdienstleistungen der Frauen in Österreich-Ungarn einer Erörterung zugeführt werden. Für die Steiermark liegt ein Sammelband vor, der von Nicole Goll/Werner Suppanz<sup>5</sup> herausgegeben wurde, in dem einige Beiträge die Rolle steirischer Frauen an der Heimatfront beleuchten.

Frauen werden im öffentlichen, aber zunächst auch im wissenschaftlichen Diskurs in erster Linie mit „Friedensarbeit“ und weniger mit Krieg in Verbindung gebracht. Dieses „Dogma“ kann den Ergebnissen der Gender-Forschung längst nicht mehr standhalten, die Thematik lässt sich nicht auf zwei Kategorien (Krieg und Frieden) reduzieren, sondern ist vielschichtiger.<sup>6</sup> Frauen waren direkt (in seltenen Fällen als Soldatinnen, denen man ab November 1915 die Tapferkeitsmedaille verleihen konnte<sup>7</sup>, mehrheitlich z.B. als Lazarett-Krankenschwestern oder Funckerinnen) oder indirekt am Krieg beteiligt. Im indirekten Sinne bedeuteten Kriegsdienstleistungen die Tätigkeiten der Frauen an der Heimatfront als sogenannte „Soldaten im Hinterland“. Sie waren jene Frauen, die an der Heimatfront „mobilisiert“ wurden, um so den Alltag während des Krieges aufrecht zu erhalten. Dadurch ergab sich eine dichte Vernetzung zwischen Front und Heimatfront, Kriegsgebiet und Hinterland.<sup>8</sup>

In dem hier vorliegenden Beitrag wird es darum gehen, die Rolle der bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauen während des Ersten Weltkriegs am Beispiel der Steiermark zu skizzieren. Als Grundlage dienen die Ergebnisse der Recherche in zwei Tageszeitungen, die in der Steiermark zu verorten sind und dort über eine hohe Abonnentenzahl verfügten: Dabei handelt es sich um die bürgerlich-liberale „Tagespost“ und um den sozial-

5 Goll/Suppanz, Heimatfront.

6 Etwa Christa Hämmerle/Oswald Überegger/Brigitta Bader-Zaar (Ed.), *Gender and the First World War*, New York 2014; Susan R. Grayzel, *Women and the First World War*, Essex 2002; Susan R. Grayzel, *Women's Identities at War. Gender, motherhood, and politics in Britain and France during the First World War*, North Carolina 1999.

7 Ernst Rutkowski, Ein leuchtendes Beispiel von Pflichttreue – Frauen im Kriegseinsatz 1914–1918, in: *Scrinium* 28 (1983), 343–353.

8 Siehe dazu ausführlich Hämmerle, *Heimat/Front*, 20.

demokratischen „Arbeiterwillen“.<sup>9</sup> Es soll aufgezeigt werden, welche Dynamik der Erste Weltkrieg hinsichtlich der Veränderung der Geschlechterverhältnisse vor allem in normativer Hinsicht auslöste. Der Ausbruch und weitere Verlauf des *grand guerre* sollte die Stellung der Frau und überhaupt das Geschlechterverhältnis ins Wanken bringen, allerdings – dies sei hier schon vorweggenommen – nur ansatzweise zur Emanzipation der Frau führen.

## II.

Die nun folgenden Ausführungen sind Ergebnisse einer Spurensuche, die thematisch in Hilfs- und Arbeitsleistungen sowie die normativen Veränderungen gegliedert wurden. Aufgrund der gebotenen Kürze finden Frauen in der Landwirtschaft<sup>10</sup> keine Berücksichtigung, auch nicht die Auseinandersetzung mit Frauen als Krankenschwestern, Pflegerinnen oder Ärztinnen<sup>11</sup>. Diesbezüglich sei lediglich darauf verwiesen, dass beide Tageszeitungen oftmals Annoncen über die Abhaltung von Pflegekursen schalteten und die Frauen zum Besuch bzw. zur Absolvierung dieser Kurse ermutigten. Dies war eine Folge davon, dass zu Beginn des Ersten Weltkriegs ein eklatanter Mangel an ausgebildeten Krankenschwestern herrschte<sup>12</sup> und man unmittelbar vor Ausbruch des Krieges die Ausbildung der Krankenpflegerinnen

9 Vgl. Nora Aschacher, *Die Presse in der Steiermark von 1918 bis 31. Juli 1955*, phil. Diss. Wien 1972, 56–62.

10 Dieser Themenbereich stellt im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg ein Forschungsdesiderat dar, vgl. dazu Barth-Scalmani/Margesin, *Frauen in der Landwirtschaft*, in: Karner/Lesiak (Hg.), *Erster Weltkrieg*, 276.

11 Vgl. Elke Hammer-Luza, „An den Schmerzenslagern unserer verwundeten Krieger.“ *Die Krankenschwester im Ersten Weltkrieg – Ideal und Realität*, in: Josef Riegler (Hg.) *„Ihr lebt in einer großen Zeit, ...“ Propaganda und Wirklichkeit im Ersten Weltkrieg*, Graz 2014 (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives 38) oder Heidrun Zettelbauer, in: Goll/Suppanz, *Heimatfront*.

12 Hammer-Luza, „An den Schmerzenslagern unserer verwundeten Krieger.“, 174.

erstmalig für ganz Österreich gesetzlich regelte. Diese Regelung, so Hammer-Luza, dürfte bereits in Hinblick auf „künftige kriegerische Ereignisse erlassen“ worden sein.<sup>13</sup>

Die ersten Mitteilungen in Bezug auf die Kriegsdienstleistungen der Frauen liegen ab August 1914 vor. Die *Tagespost* berichtete über die Gründung des *Frauenhilfsausschusses*.<sup>14</sup> Dieser nahm unmittelbar nach Kriegsbeginn unter der Patronanz der Frau „Statthalter (sic!), Franziska Gräfin von Clary und Aldringen“ seine Arbeiten auf.<sup>15</sup> Damit folgten die steirischen Bürgerinnen dem Aufruf der damaligen Vorsitzenden des *Bundes österreichischer Frauen*, Marianne Hainisch, den sie einen Tag vor der Kriegserklärung Österreichs an Serbien „An Österreichs Frauen“ tätigte und in dem sie zu Hilfsleistungen aufrief.<sup>16</sup> Zu den Tätigkeiten des *Frauenhilfsausschusses* zählten z.B. das Anfertigen von warmer Wäsche und gestrickten Ausrüstungsartikel für das Dritte Korps, das von der Steiermark gestellt und an die Ostfront geschickt wurde.<sup>17</sup> Der *Frauenhilfsausschuss* versorgte weiters sechs öffentliche Spitäler und die freiwillige Sanitätsabteilung Graz des Roten Kreuzes mit 7.311 Stück Wäsche, Kissen, „Kotzen“ (Decken) und sonstigen Ausrüstungsgegenständen. Außerdem fertigte man für 15 Spitäler und die Bahnhofabestelle ungefähr 2.700 Gläser Fruchtsäfte und Kompotte an.<sup>18</sup> Einen wesentlichen Aufgabenbereich bildeten die Näharbeiten. Sie wurden nicht nur von freiwilligen Helferinnen getätigt, sondern auch von bezahlten Näherinnen. Auf diese Weise erhielten einige we-

13 Ebenda.

14 Allgemeine Frauenhilfsstelle in der Burg, in: *Tagespost*, 25. September 1914, 5. Sylvia Glowacki, Kriegshilfsaktionen der Grazer Frauen, in: *Almanach des Kriegsjahres 1914/15 der patriotischen Frauen Österreichs*, hrsg. zu Gunsten des Witwen- und Waisenhilfsfonds für die gesamte bewaffnete Macht, Wien (o.J.), 33.

15 Allgemeine Frauenhilfsstelle in der Burg, in: *Tagespost*, 25. September 1914, *Morgenblatt*, 5.

16 Marianne Hainisch, *Frauen Österreichs!*, in: *Der Bund. Zentralblatt des Bundes österreichischer Frauenvereine* 9, 8 (1914), 3.

17 Steiermark, in: *Neues Frauenleben* 16/11 (1914), 258.

18 Allgemeine Frauenhilfsstelle in der Burg, in: *Tagespost*, 25. September 1914, *Morgenblatt*, 5.



nige Frauen (wieder) eine Verdienstmöglichkeit, was damals – angesichts der großen Arbeitslosigkeit – von wesentlicher Bedeutung war!<sup>19</sup> Von der Arbeitslosigkeit waren in erster Linie die sozialdemokratischen Frauen betroffen, weshalb man im *Arbeiterwille* bereits am 1. August auf das Komitee verwies, das der *Allgemeine deutsche Frauenverein* mit dem Zweck gegründet hatte, weibliche Arbeitskräfte zu vermitteln. Man forderte die Arbeiterinnen auf, sich dort zu melden.<sup>20</sup>

Am 12. August 1914 erfolgte die Gründung eines *Arbeiterhilfskorps*, um die Arbeiterschaft für Kriegsdienstleistungen zu organisieren. In dessen Statuten findet man in Artikel X die Nennung eines *Frauenarbeiterhilfskorps*. Dies kann man durchaus als sozialdemokratisches Pendant zum *Frauenhilfsausschuss* bezeichnen. Neben den Hilfsleistungen, die Männer und Frauen zu gleichen Teilen zu leisten hatten, führte man zusätzliche Hilfsleistungen an, die Frauen kraft des Frau-Seins zusätzlich erbringen mussten wie etwa Kranken- und Wochenbettpflege, Kinderfürsorge oder öffentliche Armen- und Waisenfürsorge.<sup>21</sup>

Bereits ab Kriegsbeginn bis ca. Mitte 1915 findet man Aufrufe, die Soldaten mit *Liebesgaben* zu versorgen, und appellierte somit offen an die Opferbereitschaft von Frauen, an die weibliche Liebe und Fürsorge.<sup>22</sup> Die *Liebesgaben* fertigten Frauen und Kinder als Ausdruck ihres Dankes für die Kampfbereitschaft der Männer an und versuchten dergestalt, Heimat und Front über Ausweitung der „familiären Bande zwischen Mutter und Sohn, Vater und Tochter, Ehefrau und Ehemann, Bruder und Schwester“<sup>23</sup> zu verbinden. Unter *Liebesgaben* verstand man Wäsche und Bekleidungsstücke, Tabakwaren, Toilette-Artikeln, Briefpapier, Notizblöcke etc.<sup>24</sup> Im Zusammenhang mit der Herstellung von *Liebesgaben* soll nicht unerwähnt bleiben, dass man dazu auch Kin-

19 Ebenda.

20 Rubrik: Grazer Lokalnachrichten, Arbeitshilfskorps des Allgemeinen deutschen Frauenvereins, in: *Arbeiterwille*, 1. August 1914, 4.

21 An die Arbeiterschaft, in: *Arbeiterwille*, 12. August 1914, 2.

22 Vgl. Hämmerle, *Heimat/Front*, 141.

23 Ebenda.

24 *Liebesgaben für die Truppen im Felde*, in: *Tagespost*, 23. Mai 1915, *Morgenblatt*, 24.

der heranzog, die darüber hinaus auch Ziel der Kriegspropaganda waren.<sup>25</sup>

Die Arbeiterinnen hießen die Tätigkeiten des *Frauenhilfsausschusses* gut, konnten sich jedoch nicht an den Spendenaufrufen oder dem Anfertigen von *Liebesgaben* beteiligen, da es ihnen aus finanziellen Gründen nicht möglich war. Ihre Kriegsleistung erstreckte sich in erster Linie auf die Aufrechterhaltung der Organisation.<sup>26</sup> Die Organisation, damit war die sozialdemokratische Partei gemeint, bot Hilfe und Unterstützung, Trost und Hoffnung für die Arbeitenden; während der Kriegszeit erschienen laufend Meldungen aus der Frauenbewegung, in welchen nicht nur über neue Vereinsgründungen berichtet wurde, sondern auch über einen Zuwachs an neuen Mitgliedern. Die Arbeit in der politischen Organisation war der Arbeit in den Fabriken etc. gleichgestellt und zählte wohl auch zu den Kriegsdienstleistungen.<sup>27</sup>

Einen wesentlichen Bereich der Berichterstattung in der *Tagespost* nahm die Ernährung ein. Bereits am 1. August 1914 forderte man die Hausfrauen „dringend“ auf, „derzeit vorwiegend jene Lebensmittel zu verwenden, die für die Verpflegung des Heeres nur in geringen Mengen nötig sind.“<sup>28</sup> Ab dem Frühjahr 1915 gehörten Berichte über die Einschränkung und Rationierung von Fleisch- und Fettverbrauch, des Brot-, Mehl- und Milchverkaufs etc. zu den alltäglichen Meldungen. Als Gegenmaßnahme organisierte der *Frauenhilfsausschuss* ab Anfang April 1915 eine Ausspeiseaktion.<sup>29</sup> Als Begleitmaßnahme der eben geschilderten Aktionen begann der *Frauenhilfsausschuss* mit Vorträgen in den stei-

25 Vgl. Franz Mittermüller, Kinder, Kindheit und Propaganda im Ersten Weltkrieg – eine Spurensuche, in: Riegler (Hg.), „Ihr lebt in einer großen Zeit ...“ Propaganda und Wirklichkeit im Ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchivs 38), Graz 2014, 145–170.

26 Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen und Parteigenossinnen, in: Arbeiterwille, 13. August 1914, 4.

27 Ebenda.

28 An die Hausfrauen von Graz! in: Tagespost, 1. August 1914, Morgenblatt, 15.

29 Rubrik: Grazer und Tagesnachrichten, Die Ausspeiseaktion des Steiermärkischen Frauenhilfsausschusses, in: Tagespost, 15. April 1915, Morgenblatt, 7–8.

rischen Bezirken z.B. über Gemüseanbau, wozu man die Heimgärten verwenden sollte,<sup>30</sup> über die Kriegsküche, die Verwertung von Küchen- und Wirtschaftsabfällen oder hielt Kriegskochkurse in der gesamten Steiermark ab. Einige Mitglieder des *Frauenhilfsausschusses* unternahmen im Frühjahr 1915 sogar eine Studienreise nach Berlin und Dresden, um Möglichkeiten der Beschaffung billigerer Lebensmittel und die Verabreichung der billigen Mittagsküche zu studieren.<sup>31</sup> Mit der Vortragstätigkeit über die Kriegsküche waren meistens auch Vorträge über „Sparen und Durchhalten“ verbunden,<sup>32</sup> was einen Journalisten dazu verleitete, eine „Medaille für das Durchhalten“ für die Frauen zu fordern.<sup>33</sup> Im *Arbeiterwillen* zählte man die Versorgung der Familie zur Kriegsleistung aller Frauen, doch erschienen die eben aufgezählten Maßnahmen des *Frauenhilfsausschusses* wie das Publizieren von Kriegskochbüchern den Arbeiterinnen geradezu lächerlich. Folgende Aussage entbehrt nicht eines gewissen Zynismus: „Die Arbeiterfrauen kochen weiter in ihrem Sparsystem, weil sie nicht die Mittel haben, nach diesen Kriegskochbüchern zu kochen“.<sup>34</sup> Hier prallten wohl die Gegensätze zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Lebenswelt aufeinander!

Aber nicht der Versorgung galt das Hauptaugenmerk der Berichterstattung im *Arbeiterwillen*, sondern ab Juni 1915 im zunehmenden Maße dem ungeheuren Anwachsen der Frauenarbeit. Dieses Thema war mit der Sorge verbunden, dass in der Öffentlichkeit das falsche Bild entstehen könnte, dass Frauen lediglich aus materiellen Gründen arbeiteten und nicht aufgrund der Not.<sup>35</sup> Ab diesem Zeitpunkt beginnt man im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit der Frauen bereits an die Zeit nach dem Krieg

30 Rubrik: Grazer und Tagesnachrichten, Vortrag über Gemüseanbau, in: Tagespost, 21. April 1915, Morgenblatt, 8.

31 Rubrik: Grazer und Tagesnachrichten, Steiermärkischer Frauenhilfsausschuss, in: Tagespost, 28. April 1915, Mittagsblatt, 4.

32 Vgl. etwa Rubrik: Grazer und Tagesnachrichten, Voitsberg, Kriegskochkurs oder Rottenmann, Kriegskochkurs, in: Tagespost, 7. Mai 1915, Morgenblatt, 8.

33 Unsere Frauen, in: Tagespost, 8. Dezember 1916, Morgenblatt, 5.

34 Rubrik: Frauenbewegung, Wie wir jetzt leben. Zwei Grazer Haushaltsrechnungen, in: Arbeiterwille, 25. April, 9.

35 Kriegsheldinnen?, in: Arbeiterwille, 18. Juni 1915, 18.

zu denken. Dem Artikel mit dem Titel „Kriegsheldinnen?“ im *Arbeiterwillen* entnimmt man eine weitere Sorge: Die Frauen könnten, weil sie weniger als die Männer verdienten, zur Konkurrenz der Männer und somit zu Lohndrückern werden.<sup>36</sup> Um sich ein Bild von der arbeitenden Frau zu machen, seien hier einige Zahlen wiedergegeben: In der Steiermark waren im Juni 1914 1676 Frauen in 29 Betrieben beschäftigt, im Oktober 1916 3430 Frauen in 27 Betrieben. Im Jahr 1917 beschäftigte die Alpine Montangesellschaft 400 Arbeiterinnen; sie arbeiten in den Stahlwerken in 12 Stunden-Schichten, am Hochofen teilweise auch 18 Stunden, mit einer Stunde Pause. Im Hüttenbetrieb wurden ihnen leichtere Arbeiten zugeteilt, sie arbeiteten an den Drehbänken, Hebeln, Bohr- und Fräsmaschinen. Am steirischen Erzberg werkten 300 Frauen, davon 160 unter Tag. Frauen erhielten zwar den gleichen Lohn wie die Männer, doch keine Teuerungszulage und mussten, wenn sie nach Hause kamen, die Hausarbeit und Kindererziehung bewerkstelligen.<sup>37</sup> Übrigens: Frauen wurde wohl der gleiche Lohn ausbezahlt wie den Männern, doch waren sie nicht Empfängerinnen von Sonderzulagen.

Während die Berufstätigkeit zum Alltag einer Arbeiterin gehörte, wurden erst durch den Krieg die bürgerlichen Frauen allmählich in den Arbeitsprozess eingebunden. Neben den Haus- und Erziehungsarbeiten, dem Spenden und Sammeln, zog man sie kontinuierlich zu Arbeiten im öffentlichen Dienst heran, die zuvor Männer verrichteten. So erfolgte bereits im Frühjahr 1916 ein Erlass des Eisenbahnministeriums über die „versuchsweise Verwendung weiblicher Kräfte im Eisenbahndienste während der Kriegsdauer.“<sup>38</sup> Bei der Aufnahme instruierte man die Frauen ausdrücklich, dass ihre Verwendung nur für die Zeit des Bedarfs und für die Dauer des Krieges beabsichtigt sei.<sup>39</sup> Neben

36 Ebenda.

37 Die Frauenarbeit im Krieg, in: *Arbeiterwille*, 25. März 1917, 7.

38 Verwendung von Frauen im Eisenbahndienst, in: *Tagespost*, 23. April 1916, *Morgenblatt*, 13.

39 Vgl. dazu allgemein Pretenthaler-Ziegerhofer, Anita: ... sag mir, wo die Frauen sind ... Gedanken zur Geschichte der Eisenbahnerinnen anlässlich des Jubiläums „150 Jahre Südbahn“, in: *Historisches Jahrbuch der Stadt Graz* 37 (2007), 223–239.

der Tätigkeit von Frauen bei der Eisenbahn fanden sie schon früher eine Anstellung bei den Straßenbahnen als Schaffnerinnen. So erschien im September 1915 in der *Tagespost* ein Bericht über die bestens bewährten Straßenbahnschaffnerinnen in Linz.<sup>40</sup> Deshalb plante die dortige Direktion der Straßenbahngesellschaft versuchsweise den Einsatz von Frauen als Straßenbahnenlenkerinnen, weshalb bereits sechs theoretisch geschulte Mädchen zu den ersten Probefahrten zugelassen wurden.<sup>41</sup> Aus einem Feuilleton in der *Tagespost* vom September 1916 geht hervor, dass die Schaffnerin bereits zu diesem Zeitpunkt zum gewohnten Bild einer Großstadt gehörte.<sup>42</sup> Das Kommuniqué der Heeresleitung vom 1. Dezember 1915 erschien in der *Tagespost* unter dem Titel „Die Mobilisierung der Frauen für die Heeresarbeit“.<sup>43</sup> Und wieder appellierte man an die patriotische Opferbereitschaft und die moralische Verpflichtung der Frauen und argumentierte geschickt, dass die Verwendung von Frauen mehrfache Vorteile biete wie etwa die Steigerung der Leistungsfähigkeit der für die Wehrmacht tätigen Fabriken durch Anstellung zahlreicher weiblicher Arbeiter. Der Appell verfolgte jedoch einen eindeutigen Zweck – die Gewinnung von Männern für die Front.<sup>44</sup> Um die Frauen zur Arbeit anzuregen, wies der Journalist auf die Folgen dieser Frauenmobilisierung im kommenden Frieden hin. Fest stand für ihn, dass die Verdrängung des Mannes nicht zulässig sei, man sich aber auf eine Steigerung des wirtschaftlichen Lebens gefasst machen müsse.<sup>45</sup>

Der *Arbeiterwille* konnotierte mit der Frauenarbeit die politische Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sowie die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit und erörterte die Problematik, dass durch schwere Arbeit nicht nur die Gesundheit ar-

40 Weibliche Motorführer in Linz, in: *Tagespost*, 21. September 1915, o.S.

41 Ebenda.

42 R. Adelsberger, Die brave Schaffnerin, in: *Tagespost*, 10. September 1916, Morgenblatt, 3.

43 Die Mobilisierung der Frauen für Heeresarbeit, in: *Tagespost*, 11. Dezember 1915, Morgenblatt, 9.

44 Ebenda.

45 Ebenda.

beitender Frauen, sondern auch ihrer Kinder gefährdet sei. Im April 1916 junktimierte der *Arbeiterwille* die Arbeit der Frauen in den ihnen zugewiesenen Männerberufen, die „*drehen, feilen, hämmern und hobeln, schuhwerken und ackern ...*“<sup>46</sup>, mit dem Frauenwahlrechts-Postulat. Die Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht rechtfertigte man damit, dass sich die zukünftige Gesetzgebung mit Arbeiterinnen-, Mutter-, Kinderschutz sowie Witwen- und Waisenversorgung zu beschäftigen haben wird.

Die Werbung um die Arbeitskraft der Frauen erhielt im September 1917 eine weitere Dimension, als man „weibliche Hilfskräfte des Heeres im Feld“<sup>47</sup> suchte. Man wollte das „lächerliche“ Vorurteil aus der Welt schaffen, Frauen könnten nicht an der Seite der Männer in Kasernen arbeiten – im Gegenteil, sie konnten ihren Beruf zu den gleichen Konditionen ausüben wie die Männer!<sup>48</sup> Da aufgrund der im Krieg gemachten Erfahrungen die Frauenarbeit nun allgemeine Anerkennung fand, konnten jetzt die Frauen nicht nur für sich das Recht auf Arbeit ableiten, „sondern auch auf wirkliche Staatsbürgerschaft.“<sup>49</sup> Diese Ansage wies bereits in Richtung Einführung des Frauenwahlrechts!

Der Erste Weltkrieg bedeutete – wie bereits einleitend angedeutet – den Anstoß für eine rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen. So erfolgte die erste von insgesamt drei (Kriegs-)Novellen des ABGB im Jahr 1914, derzufolge Frauen eine Teilerbfähigkeit, die Testierfähigkeit und die Vormundschaft über die ehelichen (!) und über fremde Kinder zuerkannt wurde.<sup>50</sup> Der *Arbeiterwille* ging einen Schritt weiter und forderte eine vollständige Reform der rechtlichen Stellung unehelicher Kinder, Väter sollten uneheliche Kinder anerkennen und den le-

46 Ehret die Frauen..., in: *Arbeiterwille*, 2. April 1916, 1–2.

47 Die weiblichen Hilfskräfte des Heeres, in: *Tagespost*, 16. September 1917, *Morgenblatt*, 10.

48 Die weiblichen Hilfskräfte des Heeres, in: *Tagespost*, 16. September 1917, *Morgenblatt*, 10.

49 Die Frauenarbeit im Krieg, in: *Tagespost*, 20. April 1918, *Morgenblatt*, 4.

50 § 193 ff ABGB

digen Müttern gesellschaftliche Anerkennung zu teil werden.<sup>51</sup> Dieser konkreten rechtlichen Gleichstellung folgte eine weitere, ebenfalls aus der Not heraus und nur für die Kriegszeit, und zwar im Versicherungswesen, bei der Waisen- und Witwenrente sowie hinsichtlich des Unterhaltsbeitrags. Als weiteres Resultat des Ersten Weltkriegs erfolgte die Einführung des Frauenwahlrechts mittels Gesetz vom 12. November 1918.<sup>52</sup> Wenngleich auf der Bundesebene die Frauen bereits in der zweiten Hälfte des Krieges über die Einführung des Frauenwahlrechts diskutierten, berichtete man diesbezüglich in der *Tagespost* erst einen Tag nach Verlautbarung des Frauenwahlrechts. Der *Arbeiterwille* thematisierte das Frauenwahlrecht bereits ab 1916! Der Berichterstattung der *Tagespost* entnimmt man, dass die Frauen nun würdige Trägerinnen dieses Rechts und dieser Pflicht seien, da sie sich als „Soldaten des Hinterlandes“ verdient gemacht haben. Darüber hinaus wurde ihnen in Art 7 Bundesverfassungsgesetz die „Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Ausnahme des Geschlechts (...)“<sup>53</sup> garantiert, was allerdings nur im Sinne der Rechtsanwendungsgleichheit interpretiert werden kann.

### III.

Exemplarisch für die österreichischen Frauen während des Ersten Weltkriegs wurden hier die „Kriegsdienstleistungen“ der Steirerinnen dargestellt. Diese hielten die Heimatfront aufrecht, in dem sie ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten aus Patriotismus dem Vaterland unterordneten. Aufgrund dieser Leistungen konnten sie die ihnen nicht zugeschriebene Wehrhaftigkeit kompensieren, die bis dato dem Gesetzgeber als Legitimation

51 Friede, Elfriede: Wir unehelichen Mütter, in: *Arbeiterwille*, 8. August 1917, 5.

52 Vgl. Brigitta Bader-Zaar, Wahlrecht. Die Gründung der Republik und der Grundsatz des „allgemein, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Ausstellung im Parlament, Innsbruck 2008, 25–34.

53 Art 7 BV-G

diente, Frauen von der Staatsbürgerpflicht, bzw. dem Staatsbürgerrecht – dem aktiven und passiven Wahlrecht – fernzuhalten. Das Wahlrecht sowie die oben genannten normativen Regelungen zählten wohl zu den wesentlichen Errungenschaften für die Frauen nach dem Ersten Weltkrieg. Schon am 30. Mai 1917, als das Abgeordnetenhaus wieder eröffnet wurde, forderte der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Seitz die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen. Es war ihm wichtig zu betonen, dass das Wahlrecht keine „Entschädigung für die Kriegsleiden“ bedeute, „sondern der tatsächlichen Leistungen wegen, die alle Frauen in dieser schweren Zeit vollbracht haben, und weil die Mitarbeit der Frauen an den Aufgaben der Verwaltung sich als dringende Notwendigkeit für das Gemeinwohl erwiesen habe.“<sup>54</sup> In seiner historische Sitzung vom 6. November 1918 beschloss der provisorische Steiermärkische Landtag, dass das Herzogtum Steiermark in seiner Gesamtheit als „Bundesland Steiermark“ der Republik Deutsch-Österreich beitreten wird. Unter den Repräsentanten befand sich eine Frau, die Sozialdemokratin Martha Tausk<sup>55</sup>. Sie war eine der vier Frauen, die bald darauf in den Steiermärkischen Landtag gewählt wurden.

Während die Männer aus dem Krieg als Helden heimkehrten, gedachte man der Leistungen der Frauen sowohl an der Front als auch an der Heimatfront mit keinen Worten. Die Frau blieb dem weiblichen Tugendkatalog entsprechend als stille Dulderin im Hintergrund und empfand sich qua Frau-Sein als selbstverständliche Repräsentantin der „Heimatfront“.<sup>56</sup> Ihre Kriegsdienstleistungen wurden aus einer gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit jenen der Männer untergeordnet und für lange Zeit nicht für würdigungswert erachtet.

---

54 Gabriella Hauch, *Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933*, Wien 1995 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7), 61.

55 Brigitte Dorfer, *Die Lebensreise der Martha Tausk*, Graz 2008.

56 Hammer-Luza, „An den Schmerzenslagern unserer verwundeten Krieger“, 171.



Nicole-Melanie Goll

## Krieg nach innen

### Zivilinternierung in der Habsburgermonarchie Das Beispiel Thalerhof<sup>1</sup>

*„ [...] Vom Armeekommando kamen zahlreiche und sehr verschiedene Befehle. Die meisten bezogen sich auf die Evakuierung der Dörfer und Städte und auf die Behandlung der russisch gesinnten Ukrainer, der Geistlichen und der Spione. Voreilige Standgerichte verkündeten in den Dörfern voreilige Urteile. Geheime Spitzel lieferten unkontrollierbare Berichte über Bauern, Popen, Lehrer, Photographen, Beamte. Man hatte keine Zeit. Man mußte sich schleunigst zurückziehen, aber auch die Verräter schleunigst bestrafen. Und während sich Sanitätswagen, Trainkolonnen, Feldartillerie, Dragoner, Ulanen und Infanteristen im ständigen Regen auf den aufgeweichten Straßen in ratlosen und plötzlich entstandenen Knäueln zusammenfanden, [...], die Einwohner der kleinen Städtchen in endlosen Scharen nach dem Westen flüchteten, [...] knallten von den Kirchplätzen der Weiler und Dörfer die Schüsse der hastigen Vollstrecker hastiger Urteile, und der düstere Trommelwirbel begleitete die eintönigen Urteilssprüche der Auditoren, und die Weiber der Ermordeten lagen kreischend um Gnade vor den kotbedeckten Stiefeln der Offiziere, und lodernes rotes und silbernes Feuer schlug aus Hütten und Scheunen, Ställen und Schobern. Der Krieg der österreichischen Armee begann mit Militärgerichten. Tagelang hingen die echten und die vermeintlichen Verräter an den Bäumen auf den Kirchplätzen, zur Abschreckung der Lebendigen.“<sup>2</sup>*

Diese Passage stammt aus Joseph Roths Roman „Radetzky-marsch“, der 1932 in Berlin erschienen ist. Zwar sind Namen

- 1 Detaillierter siehe: dies. „...Dass wir es mit zwei Kriegen zu tun haben, der eine ist der Krieg nach außen, der andere nach innen“ – Die Ruthenen und das k.k. Zivilinterniertenlager bei Graz 1914–1917, in: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger (Hrsg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 40, Graz 2010, S. 277–305.
- 2 Joseph Roth, Radetzky-marsch, München 1984, S. 303.

der handelnden Personen, Orte und Regimenter fiktiv, doch beschreibt der im galizischen Brody geborene Schriftsteller sehr eindringlich jene Vorgänge, die sich gerade am nordöstlichen Kriegsschauplatz vor allem in Galizien und der Bukowina zwischen 1914 und 1916 abspielten und von Chaos, Angst, Fremdenfeindlichkeit und hoher Gewaltbereitschaft geprägt waren. Hier im Bewegungskrieg an der österreichisch-ungarischen Ostfront kam es zu einer „Entgrenzung“ des Krieges und damit vor allem zu einer Eskalation von Gewalt, die gerade die ansässige Zivilbevölkerung treffen sollte. Durch den wechselvollen Kriegsverlauf, der von Offensiven und Rückzügen gekennzeichnet war, war die Zivilbevölkerung im Frontbereich nicht nur Kampfhandlungen ausgesetzt, sondern auch massenhafter Vertreibung, Zerstörung ihres Lebensraumes, psychischer und physischer Gewalt.<sup>3</sup> Durch eine Radikalisierung der Kriegsführung kam es zu einer Gewaltexplosion, die die Grenzen „normaler“ kriegerischer Gewaltausübung sprengten. Der Feind war nun nicht mehr nur der militärische Gegner, sondern für Militär und Behörden vielmehr auch im „Inneren“ des eigenen Reiches zu finden. Wie in der eingangs zitierten Passage Roths beschrieben, fielen vor allem die Ruthenen, wie die „Ukrainer“ der Habsburgermonarchie genannt wurden, dieser Gewaltspirale zum Opfer. Kollektiv als „Vaterlandsverräter“ abgestempelt, waren sie einer Verfolgung ausgesetzt. Jene Menschen, die den „willigen Vollstreckern“ nicht zum Opfer gefallen waren, wurden mit einer Kollektivstrafe belegt: Sie wurden ihrer Freiheit beraubt, deportiert und in Lagern meist über Jahre hinweg interniert.

## Ursachen

Die Ursachen für das rigorose Vorgehen von Militär und Behörden der k. u. k. Armee gegen die ruthenische Zivilbevölkerung,

3 Siehe dazu: Oswald Überegger, „Verbrannte Erde“ und „baumelnde Gehenkte“. Zur europäischen Dimension militärischer Normübertretungen im Ersten Weltkrieg“, in: Sönke Neitzel, Daniel Horath (Hg.), *Kriegsgreuel. Die Entgrenzung der Gewalt in kriegerischen Konflikten vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Paderborn 2008, S. 241–278.

das in verstärkte Gewaltanwendung mündete, lagen dabei nicht nur im Kriegsverlauf begründet. Vielmehr wurden den Behörden schon früh die Mittel in die Hände gelegt, das ruthenische „Problem“ entsprechend zu lösen. Daher war die entstehende Gewalt vielmehr Ergebnis einer schrittweisen Eskalation, die ihren Ursprung im Raum selbst, der ethnischen Heterogenität desselben und dem daraus resultierenden Konfliktpotenzial hatten. Galizien, das als Region an das zaristische Russland grenzte und dem im Falle eines militärischen Konfliktes geostrategische Bedeutung zukam, wurde von einer deutschen und jüdischen Minderheit, vor allem aber von Polen und Ruthenen bewohnt. Der Osten des Kronlandes war mehrheitlich von letzteren besiedelt: 62 % der 3,2 Millionen Ruthenen, die überwiegend dem griechisch-katholischen Glauben angehörten, lebten 1910 in diesem Gebiet. Sie stellten dabei überwiegend die Landbevölkerung. Während die „Ukrainer“ jenseits der Grenze im Zarenreich die zweitgrößte ethnische Gruppe darstellten, befanden sich die österreichischen Ruthenen in der Minderheit. Russland war zudem um immer stärkere Einflussnahme bemüht, da man die Ruthenen als „Kleinrussen“ ansah, die man vom Joch der Habsburger befreien müsse.

Durch das Wahl- und Bildungssystem diskriminiert, von der polnischen Oberschicht unterdrückt und die Nähe zu Russland, wo es der Ethnie besser zu gehen schien, entwickelte sich eine tiefwurzelnde Unzufriedenheit, die Auswirkung auf die Bildung der ruthenischen Nationalbewegung hatte. Diese war keineswegs einheitlich, splittete sich vor allem in Fragen der nationalen und kulturellen Identität auf und war von den bereits skizzierten innen- und außenpolitischen Faktoren beeinflusst. Die daraus entstehenden Richtungskämpfe, besonders der ukrainophilen Jung- und russophilen, konservativen Altruthenen, sollten erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts entschieden werden, wobei sich erstere durchsetzen konnten. Die russophile Bewegung erlahmte in der Folge immer mehr, nicht nur aufgrund der Erstarbung der ukrainophilen Richtung und dem Eingreifen der k. u. k. Behörden. Dennoch schenkte Wien und vor allem der Generalstab der russophilen Bewegung verstärkt Aufmerksamkeit – sie wurde als Gefahr empfunden, ihre Größe jedoch stets übertrie-

ben dargestellt. Der Übertritt zum russisch-orthodoxen Glauben – oftmals eine Reaktion auf lokale Missstände – erregte verstärkt Misstrauen und führte zum Vorwurf der Russophilie, der die ruthenische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit betraf: Galizische Bauern, Geistliche und Amtsträger standen unter Generalverdacht, russophile Vereine und Zeitungen unter polizeilicher Beobachtung. Trotz Loyalitätsbekundungen gerieten die Ruthenen bereits Jahre vor Beginn des Krieges zwischen die Fronten der beiden Vielvölkerstaaten. Hier hatte sich bereits ein (beidseitiger) Vertrauensverlust vollzogen, der weitreichende Folgen für die Ruthenen Österreich-Ungarns haben sollte.

Mit den gegenseitigen Kriegserklärungen rückten im Sommer 1914 das multiethnische Galizien und die Bukowina in den Fokus der beiden Vielvölkerreiche. Diese Regionen wurden zum unmittelbaren Front- und Etappengebiet, gehörten nun zum „Bereich der Armee im Feld“. Die k. u. k. Armee etablierte in der Folge ein System, das einem „Okkupationsregime“ – im eigenen Land wohlgemerkt – gleichkam und gegen die eigene Zivilbevölkerung gerichtet war.<sup>4</sup> Eine Reihe von Ausnahmeverfügungen, die über den §14 der Dezemberverfassung 1867 erlassen werden konnten, die die Suspendierung der Grundrechte der Bevölkerung der Habsburgermonarchie mit einschloss und die Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten der k. u. k. Armee stark erweiterten, machte dies möglich. Im Fall von Galizien beinhaltete dies die Ausweitung der Militärgerichtsbarkeit auf die Zivilbevölkerung sowie die Aufhebung der Zivil- und Umwandlung in eine Militärverwaltung.<sup>5</sup> Eine am 11. August 1914 erlassene Verordnung schuf nun die entscheidende rechtliche Grundlage, die lokale Bevölkerung aus militärischem Kalkül zwangsweise aus dem Operationsgebiet zu entfernen.<sup>6</sup> Gleichzeitig ver-

4 Mark von Hagen, *War in European Borderland. Occupations and Occupation Plans in Galicia and Ukraine, 1914–1918*, Seattle 2007, S. 10.

5 Hans Hautmann, *Kriegsgesetze und Militärjustiz in der österreichischen Reichshälfte 1914–1918*, in: Erika Weinzierl, Karl R. Stadler (Hg.), *Justiz und Zeitgeschichte*, Wien 1977, S. 101–122, hier S. 104

6 RGBL. Nr. 213/1914 „betreffend den Schutz der zu Zwecken der Kriegsführung aus ihrem Aufenthalte zwangsweise entfernten Zivilpersonen“.

lief der Feldzug nicht wie erwartet. Wenige Wochen nach Kriegsbeginn zeigten sich die ersten militärischen Misserfolge der k. u. k. Armee, die dazu führten, dass die russische Armee auf das Territorium der Habsburgermonarchie vorrücken konnte. Am 22. August konnte die russische Armee bereits 30 Kilometer tief ins Land vordringen und war weiter am Vormarsch. Für die Misserfolge der k. u. k. Armee mussten nun Schuldige gefunden werden. Man fand sie in der ruthenischen Zivilbevölkerung, der man nun kollektiv Verrat und Spionage für Russland vorwarf. Nur durch sie – so die Behauptungen – war der Erfolg der russischen Armee erklärbar: Sie hatten, wie der Schriftsteller Roda Roda als Kriegsberichterstatter der Neuen Freien Presse schrieb, „dem Feind als Kundschafter“ gedient, „ihm unsere Aufmärsche und Stellungen, die Stärke unserer Truppen [...] verraten.“<sup>7</sup> Dieses Motiv des Verrates wurde dabei gezielt etabliert und diente in der Folge als Legitimierung für das strikte Vorgehen des Militärs gegen die Ruthenen.<sup>8</sup> Dieser Aspekt findet sich in zahlreichen Kriegstagebüchern – von einfachen Soldaten bis zu Angehörigen des Generalstabs.<sup>9</sup> Josef Redlich, der sich im August 1914 am Kriegsschauplatz in Galizien befand, gab in seinem Tagebuch eine Unterredung mit Generalstabchef Conrad von Hötzendorf wieder. Er schrieb: „Man hat in den letzten Jahren in Galizien die Polen und die Ruthenen und bei diesen die russophilen Agenten ungestört schalten und walten lassen. [...] Überall werden Ruthenen standrechtlich justifiziert. Die Russen haben die besten Kundschafter aus der Mitte der Landeskinder: sie sind glänzend unterrichtet über unsere Bewegungen, und aus

7 Die Spionage von galizischen Russophilen für die russischen Truppen“, in *Neue Freie Presse*, 3.9.1914, S. 2.

8 Es findet sich auch in zahlreichen Publikationen der Zwischenkriegszeit wieder. Siehe u.a. August Urbański von Ostrymiecz, *Spionitis*, in: Lettow-Vorbeck Paul (Hg.), *Die Weltkriegsspionage*, München 1931, S. 332–338, hier S. 334

9 Beispielhaft: Im Tagebuch von Erich Mayr, einem Kaiserschützen, der an der Ostfront Kriegsdienst leistete, finden sich einige Einträge über die „[...]ziemlich russophil[e] Bevölkerung“ und deren Verrat. Siehe z.B. Isabelle Brandauer (Hrsg.), „Der Krieg kennt kein Erbarmen“. Die Tagebücher des Kaiserschützen Erich Mayr 1913–1920, Innsbruck 2013, S. 135 und S. 138.

jedem Sumpf finden sie sich dank der ruthenischen Verräter heraus.“<sup>10</sup>

Auf allen Ebenen verbanden sich nun der Aufbau bzw. die Stärkung eines bereits existierenden Feindbildes bzw. das Bild vom (fiktiven) „inneren Feind“ mit Schuldzuweisungen, sozialdarwinistische Einstellungen bzw. rassistische Ressentiments mit der psychisch und physischen Überforderung der Soldaten respektive einem Kontrollverlust der k. u. k. Armee im Kampfraum. Es entstand ein Bedrohungsgefühl, das gezielt verbreitet und gefördert wurde, auf dem Motiv des Verrates fußte und dazu führte, dass bei den Soldaten das Gefühl entstand, dass „[...] wir in unserem eigenen Gebiet wie im Feindesland [kämpfen].“<sup>11</sup> Eine Eskalation der Gewalt war die Folge: eine regelrechte Jagd auf „russophile“ Spione setzte ein, die in Massenverhaftungen und -hinrichtungen von ruthenischen Zivilisten und Zivilistinnen ohne Gerichtsverfahren mündete. Besonders im Herbst 1914 und im Frühjahr 1915 wurden ruthenische Männer und Frauen willkürlich, alleine aufgrund eines bloßen Verdachtes, hingerichtet. Mitleid bzw. Mitgefühl konnten die Ruthenen in dieser Situation nicht erwarten, eher im Gegenteil, so lassen Einträge in einzelnen Tagebüchern den Eindruck zu, dass die Soldaten mit dem brutalen Vorgehen durchaus einverstanden waren. So schien etwa der Tiroler Kaiserjäger Leutnant d.R. Josef Gasser Ende August 1914 über das Verhalten seines Vorgesetzten eher enttäuscht zu sein, als er schrieb: „Wir liegen aber, auf Befehle wartend, bis 9 Uhr im Dorfe und sehen zu, wie ein Pole [in] die Windmühle gehen will. Er wird herabgeholt und anstatt ihn zu erschießen, verzeiht ihm der dumme Major. Endlich Weitermarsch auf schlechten Wegen [...]“.<sup>12</sup> Vielmehr empfand der einfache Soldat das Vorgehen aus einem Gefühl der Bedrohung heraus durchaus gerechtfertigt. Erich Mayr schrieb etwa: „[...] Man brachte heute

10 Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, Bd. 1: 1908–1914, Graz, Köln 1953, Bearb.v. Fritz Fellner, S. 265.

11 Wie FN 9.

12 Matthias Egger, Aus dem Tagebuch eines kriegsgefangenen Kaiserjägeroffiziers (1914–1920), in Reimmichls Volkskalender, Anno Domini 2015, Innsbruck 2014, S. 160–169, hier S. 161.

2 Spione und 1 Bäuerin, die mit den Russen einen unterirdigen Telefon unterhalten hatten. Sie wird wohl wie alle bisher gefangenen Mitglieder dieser Gesellschaft ihren Lohn am Baum finden.“<sup>13</sup> Möglich wurde dieses harte Durchgreifen vonseiten des Militärs, dem oftmals Denunziationen durch Nachbarn, politische Gegner etc. vorausgegangen waren, durch das geltende Standrecht und bzw. durch Feldgerichte sowie das Kriegsnotwehrrecht, das Offizieren das Recht einräumte, jeden und jede, der oder die verdächtig erschien, ohne Gerichtsverfahren hinrichten zu lassen.<sup>14</sup> Welches Ausmaß diese Gewalteskalation annahm, kann heute nicht mehr genau festgestellt werden. Hans Hautmann spricht von 11.000 bis 66.000 Zivilisten und Zivilistinnen, die von den k. u. k. Behörden hingerichtet wurden.<sup>15</sup> Die Mehrzahl der Opfer wurde dabei am Galgen erhängt. Das öffentliche Aufhängen angeblicher „Vaterlandsverräter“ und „russophiler Spione“ hatte dabei mehrere Funktionen: Sie dienten als Machtdemonstration des Herrschaftsapparates, der über Leben und Tod entschied. Diese Art der öffentlichen Gewaltdemonstration war zudem wirksamer als die Androhung derselben, sie diente als Abschreckung und gleichzeitige Warnung, wurde entsprechend inszeniert und oftmals fotografisch dokumentiert.<sup>16</sup>

Besonders die Geiselaushebungen, die bereits kurz nach Kriegsbeginn „zur Sicherung der Aufmarschgebiete“ durchgeführt wurden, hatten weitreichende Folgen. Als Beispiel sei hier ein Befehl des Kommandos in Lemberg/L'Viv vom 19. August 1914 angeführt, in dem nicht nur Orte angeführt wurden, „deren Bewohner sich als russophil gezeigt bzw. verdächtig gemacht haben“, sondern der auch vorgab „[...] unbedingt nach eingeholter Orientierung Geiseln auszuheben. In erster Linie jedenfalls die angesehensten einflußreichen Personen.“ Weiters hieß

13 Wie FN 8, S. 175.

14 Bsp. Gerhard Oberkofler, Eduard Rabofsky, Hans Kelsen im Kriegseinsatz der k. u. k. Wehrmacht, Frankfurt/Main 1988, S. 34.

15 Hautmann, Die österreichischen Staatsverbrechen im Ersten Weltkrieg – ein Überblick, in: Mitteilungen Alfred Klahr Gesellschaft 4/2014, S. 1f.

16 Anton Holzer, Das Lächeln der Henker, Darmstadt 2008.

es dort: „Sobald sich irgendwo nur die geringsten Anzeichen einer Unterstützung des Feindes bemerkbar machen, ist in rücksichtslosester Weise vorzugehen. Kein Mittel ist in solchem Falle scharf genug.“<sup>17</sup>

Die k. u. k. Armee ging mit aller Härte gegen alle Schichten der ruthenischen Gesellschaft vor. Jene, die nicht der Gewalt am Kriegsschauplatz zum Opfer gefallen waren, wurden ihrer Freiheit beraubt, ins Hinterland deportiert und in Lager interniert. So hieß es in einem entsprechenden Befehl:

*„[...] [es] hat sich die Notwendigkeit ergeben, aus den von Ruthenen bewohnten Gebieten zahlreiche Personen, die sich bestimmter strafbarer Handlungen verdächtig gemacht hatten oder im allgemeinen für die Kriegsführung bedenklich erschienen, vorläufig in Gewahrsam zu bringen und außerdem überhaupt aus operativen Gründen große Mengen der Bevölkerung ruthenischer Nationalität, von der man eine nicht unbedingt patriotische Haltung befürchtete, aus ihren Heimstätten zu entfernen und in das Hinterland zu bringen.“<sup>18</sup>*

## **Deportation und „Kriegsquarantäne“ im k.k. Zivilinterniertenlager Thalerhof**

Die „russophilen Vaterlandsverräter“ wurden ohne Vorwarnung verhaftet – oftmals wurde ihnen nicht einmal die Gelegenheit gegeben, das Notwendigste zu packen oder sich zu verabschieden –, gesammelt und in ungeheizten Viehwaggons unter Bewachung in das Hinterland deportiert. Dabei machten das Militär und die Zivilbehörden keinen Unterschied zwischen Frauen, Männern und Kindern. Nach Tagen, zumeist vom Erlebten traumatisiert, schlecht gepflegt und Schikanen durch Soldaten ausgesetzt, kamen die Deportierten im Hinterland an. Das Ziel der Verschlepptransporte war Abtissendorf, ein kleiner Bahnhof, nahe Graz. Hier befand sich in unmittelbarer Nähe ein ehemaliger Exerzierplatz der k. u. k. Armee, der seit einiger Zeit als Flugplatz der k. u. k. Luftfahrtruppe genutzt wurde. Mit 110 Hektar

17 Zitiert nach Gerhard Oberkofler/Rabofsky wie FN 13, S. 35.

18 KA/ÖStA, KÜA 1914, *Abtransport der Ruthenen aus dem Operationsgebiet*, AOK, ohne Datum, Zl. 8628.



war es ein weites, unbebautes und unbewohntes Feld, das sich leicht überwachen ließ, dazu an das Eisenbahnnetz angebunden und mit ca. 10 Kilometer Entfernung von Graz war trotzdem abgelegen lag. Hier am Thalerhof wurde nun das zentrale Lager für die „russophilen Ruthenen“ aufgebaut. Als am 4. September 1914 am Bahnhof Abtissendorf der erste Transport aus Ostgalizien eintraf und die Menschen – unter Bewachung – an der neugierigen und durch die Medien aufgehetzten Bevölkerung der umliegenden Dörfer vorbei, zum Thalerhof-Gelände marschieren mussten, waren vor Ort keine Vorbereitungen getroffen worden. Es existierte keine Infrastruktur. Die Deportierten mussten in Ermangelung von Unterkünften und sanitären Einrichtungen bis zum 8. September 1914 im Freien nächtigen, zur besseren Überwachung der Menschenmenge wurde vorerst ein Zaun um diese gespannt und das Gelände von Soldaten umstellt. Nach und nach wurde mit dem Aufbau von Zelten begonnen, die im nördlichen Teil des Geländes, direkt im Anschluss an die Fliegerkaserne, errichtet wurden. Vorerst umfasste dieses provisorische Lager 40 Mannschaftszelte für jeweils 30 Personen und drei große Zelte für je 300 Personen und bot so 2.100 Menschen Platz.<sup>19</sup> Der Bau einer festen Infrastruktur wurde sodann von den Internierten selbst und einigen russischen Kriegsgefangenen durchgeführt. Knapp über einen Monat nach der Ankunft des ersten Transports meldeten das Militärkommando Graz und die k.k. steiermärkische Statthalterei schließlich am 11. November 1914 die Fertigstellung von 30 Holzbaracken, die aufgrund des bevorstehenden Winters auch beheizbar waren.<sup>20</sup> Das Lager war zu diesem Zeitpunkt mit 6.680 Zivilinternierten belegt. Demnach mussten sich jeweils 200 Personen eine Baracke, die jeweils 400 Quadratmeter groß war, teilen. Damit standen jedem Lagerinsassen bzw. jeder Lagerinassin durchschnittlich zwei Quadratmeter als Lebensraum zur Verfügung. Die Lagerverwaltung war mit der Belegung und Aus-

19 Vgl. StLA, Statth. Präs. „Thalerhofakten“ E91 1914, *Internierten-Lager am Thalerhof. Sanitäre Revision*, k.k. Landwehregänzungskommandos Graz, 27.09.1914, T.K. Nr. 110.

20 Vgl. StLA, Statth. Präs. „Thalerhofakten“ E91 1914, *Interniertenlager Thalerhof. Sanitäre Revision*, Präsidium der k.k. steierm. Statthalterei, 14.11.1914, T.K. Nr. 112.

lastung der Unterkünfte jedoch keineswegs zufrieden, sondern baute in den Baracken zusätzlich Doppelpritschen ein, um die Belegungsstärke pro Baracke auf 400, und damit die gesamte Lagerkapazität auf 11.600 Personen anzuheben.<sup>21</sup> Damit übertraf die Zahl der internierten Ruthenen im Lager jene der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden wie etwa Feldkirchen oder Kalsdorf. Dennoch mussten gerade diese Gemeinden die internierten Männer, Frauen und Kinder mitversorgen, was für Missmut sorgte. Da sich besonders die Ernährungslage an der Heimatfront im Allgemeinen mit Andauern des Krieges ständig verschlechterte, war davon auch das Lager betroffen. Auch dass die sanitären Bedingungen aufgrund der auf engstem Raum zusammengedrängten Menschen äußerst mangelhaft waren und sich daher Krankheiten und Epidemien rasch ausbreiten konnten, versteht sich bei einer derartigen Überbelegung beinahe von selbst. So brachen im Lager noch im November 1914 Bauch- und kurz darauf Flecktyphus aus und forderte bis April 1915 weit über 1.000 Todesopfer. Das Unvermögen, diesen Krankheiten adäquat zu begegnen, machte zunächst einen Aufnahmestopp weiterer Zivilinternierter notwendig.<sup>22</sup> Danach folgte eine vollständige Sperrung des Lagers, da man ein Übergreifen der Epidemie auf die Fliegerkaserne und die umliegenden Ortschaften befürchtete. Auch in Graz wuchs die Angst vor einer Ausbreitung der Krankheiten, wie etwa aus zahlreichen Zeitungsartikeln zu entnehmen ist.<sup>23</sup> Die Epidemie raffte dabei zusätzlich beinahe das gesamte ärztliche sowie das Pflegepersonal dahin,<sup>24</sup> so dass vorübergehend keine medizinische Hilfe mehr vorhanden war und die Zivilinternierten ihrem Schicksal überlassen wurden.

21 Vgl. KA/ÖStA, KÜA 1914, *Protokoll anlässlich der kommissionellen Besichtigung des Internierten-Lagers am Thalerhofe, aufgenommen am 24. November 1914*, k.k. Steierm. Statthalterei, 24.11.1914, o. Zl.

22 Vgl. KA/ÖStA, KÜA 1914/15, *Thalerhof, Russophilenlager – Bitte um Unterlassung weiteren Zuschubes von Häftlingen infolge Flecktyphusepidemie*, k. u. k. Kriegsüberwachungsamt, 30.01.1915, KÜA 14.496.

23 Beispielfhaft: Arbeiterwille. Organ des arbeitenden Volkes für Steiermark und Kärnten, 12. Februar 1915, S. 3.

24 Vgl. KA/ÖStA, Mil-Kdo/MA Graz 1915, *Flecktyphus – Thalerhof. Staatsärztlicher Bericht*, k.k. steiermärkische Statthalterei, 24.01.1915, M.A. 73-6/2-13.

Erst zu Beginn des Jahres 1915 wurde die sanitäre Ausstattung des Interniertenlagers massiv verbessert: Ein dauerhaftes Infektionsspital, mit einer Kapazität von 500 Betten, konnte aufgebaut<sup>25</sup>, Bade-, Wasch- und Desinfektionsanlagen errichtet, die Entlausungs- und Wäschereistationen weiter ausgebaut, die Lagerküche den Umständen angepasst werden. Auch danach wurde das Lager weiter ausgebaut, so dass die Unterbringung und Behandlung in 21 Wohnbaracken, zwei Greisenbaracken, einer Kinderbaracke, einer Wirtschaftsbaracke sowie Familienbaracken und dem Interniertenspital erfolgte. Die Internierten wurden ein wichtiger Faktor der regionalen Wirtschaft, so wurden sie etwa für Fluss- und Straßenregulierungsarbeiten oder bei der Produktion von Kriegsschuhen eingesetzt.

Die Zahl der Internierten – Männer, Frauen und Kinder, manchmal lebten ganze Familien im Lager – war einer hohen Fluktuation unterworfen. Zum einen kamen regelmäßig Transporte weiterer „russophiler“ Ruthenen von den Frontgebieten oder anderen Lagern nach Thalerhof. Zum anderen war mit der Errichtung der Thalerhofer Untersuchungskommission ein Instrument geschaffen worden, das die Verdachtsfälle untersuchen und regulären Strafverfahren zuführen sollte. Sie entschied darüber, ob die Internierten im Lager zu verbleiben oder entlassen werden konnten. Im Falle einer Entlassung durften die betreffenden Personen jedoch nicht nach Hause zurückkehren, sondern wurden mit dem Vermerk „vom Operationsgebiet fernzuhalten“ an einem Ort im Hinterland konfiniert oder in einem Flüchtlingslager festgehalten. Nach dem Jahreswechsel 1916/17 nahm zudem die Zahl der im Lager festgehaltenen Männer merklich ab. Dies lag an den im Lager durchgeführten Landsturmusterungen.<sup>26</sup> Die Monarchie brauchte Soldaten und man schreckte

25 Vgl. KA/ÖStA, KÜA 1915, *Internierten-Lager in Thalerhof – Flecktyphus*, k. u. k. Kriegsüberwachungsamt, 07.02.1915, KÜA 16.693.

26 So hatte man etwa im Februar 1916 698 Internierte, zu diesem Zeitpunkt immerhin rund 31% aller Lagerinsassen, für den Dienst beim Landsturm für tauglich befunden und einer sukzessiven Einberufung zugeführt. Vgl. KA/ÖStA, Mil-Kdo/MA Graz 1916, Standesverminderung, k.k. Landesgendarmeriekommando No. 6, Abteilung Graz No. 1, Gendarmerieexpositur Thalerhof, 19.02.1916, M.A. 60–1/2.

nicht davor zurück, diese auch aus den Reihen der zuvor als „Verräter“ titulierten Bevölkerungskreise zu rekrutieren. Zurück blieben vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen, die besonders anfällig für Krankheiten waren. So machte sich gerade zu Beginn des Jahres ein erneuter Anstieg der Sterblichkeit bemerkbar, der durchwegs auf die allgemeine schlechte Versorgungslage in Österreich-Ungarn zurückzuführen war.

1917 spitzte sich die Situation in Österreich-Ungarn zu. Die schlechte Versorgungslage, Rohstoff- und Materialknappheit und soziale Probleme schufen eine Krise mit innenpolitischer Sprengkraft, der man von Regierungsseite entsprechend begegnen musste. Trotz vertagtem Reichsrat hatte es immer wieder Versuche, auch aus politischen bzw. prominenten Kreisen gegeben, auf das Schicksal der Internierten hinzuweisen. Schließlich wurde der Druck zu groß, so dass Kaiser Karl am 8. März 1917 den Befehl erließ, die Gründe der vorgenommenen Internierung zu überprüfen und jene Männer, Frauen und Kinder, gegen die nur ein vager Verdacht der „politischen Unzuverlässigkeit“ bestand, zu entlassen,<sup>27</sup> da „[...] die nunmehr in vielen Fällen schon das dritte Jahr andauernde Anhaltung dieser Personen mit den staatsgrundgesetzlichen Bestimmungen nicht im Einklange steht, zumal sie den Charakter einer im Gesetze nicht begründeten Straftat erlangt hat.“<sup>28</sup> Am 3. Mai 1917 erging der Befehl des Kriegsüberwachungsamtes, das Interniertenlager aufzulassen.<sup>29</sup> Für 1.767 Menschen sollte dieser Befehl zu spät erteilt werden.

Die Lagerinfrastruktur sollte der Abteilung 10/Kriegsgefangenen des Kriegsministeriums übergeben werden, die vor allem das Lagerspital für die Unterbringung von russischen und ab dem Frühjahr 1918 auch italienischen Kriegsgefangenen nutzen sollte.

27 Vgl. StLA, Statth.Präs. „Thalerhofakten“ E91 1917, ohne Titel, k. u. k. Kriegsüberwachungsamt, 08.03.1917, T.K. 1524.

28 Vgl. ebenda.

29 Vgl. StLA, Statth.Präs. „Thalerhofakten“ E91 1917, Grobführung der allgemeinen Perlustrierung der internierten Inländer – Auflösung von Lagern, k. u. k. Kriegsüberwachungsamt, 03.05.1917, T.K. Nr. 2789.

## Schlussbetrachtungen

Mit Kriegsende geriet das Lager wie auch das System der Zivilinternierung rasch in Vergessenheit. 1919 wurde die Lagerinfrastruktur abgerissen, so dass auch äußerlich nichts mehr an die erschütternden Ereignisse erinnerte. Lediglich der Interniertenfriedhof blieb bestehen, der jedoch – gänzlich ungepflegt – langsam verfiel. Nach 1936, als mit der Remilitarisierung Österreichs der Flugplatz Thalerhof ausgebaut werden sollte, war dieser dem Vorhaben im Weg. So entschied man sich, die sterblichen Überreste der im Interniertenlager ums Leben gekommenen Menschen unter Ausschluss der Öffentlichkeit in ein Gebeinhaus am Friedhof Feldkirchen zu überführen.

Das Lager Thalerhof ist heute ein Aspekt, der an lange gepflegten und überhöhten Vorstellungen eines „sauberen“ Ersten Weltkriegs bzw. Kriegsführung der Donaumonarchie kratzt. Übergriffe, Hinrichtungen und Deportationen einer ganzen Volksgruppe passen dabei nicht in vielfach noch immer vorherrschende Bilder. Wie sehr sich hier Unterschiede aufgebaut haben, zeigt der Umstand, dass „Thalerhof“ in Polen und der Ukraine ein Begriff ist, während in Österreich selbst Menschen, die in unmittelbarer Nähe zum Flughafen wohnen, dieses traurige Kapitel österreichischer Geschichte unbekannt erscheint. Gleichzeitig manifestiert sich hier jedoch auch eine Instrumentalisierung. Waren die Ruthenen schon 1914 zum Spielball zwischen österreichischen, polnischen und russischen Interessen geworden, so werden sie heute von unterschiedlichen politischen Richtungen instrumentalisiert und verklärt.

Christian Promitzer

## **Ein verdrängtes Kapitel des Ersten Weltkriegs Die österreichisch-ungarische Okkupation Montenegros (1916–1918) und ihre Vorgeschichte**

Die Rolle der Gemeinsamen Armee Österreich-Ungarns als Besatzungsmacht im Ersten Weltkrieg ist ein verdrängtes Thema der österreichischen Geschichte, wohl weil sie dem nostalgischen Bild eines von einem väterlichen Kaiser friedlich regierten Vielvölkerreiches nicht entspricht. Dies gilt etwa für die 1916–1918 dauernde Okkupation des Königreichs Montenegro, für die vor allem die österreichische Hälfte der Doppelmonarchie verantwortlich war. Die Ausnützung der Ressourcen des kleinen Staates stieß bald an ihre Grenzen, da sich das Land kaum selbst ernähren konnte und Hungerperioden viele Tote forderten. Durch das Zurückhalten von Lebensmittellieferungen wurde der Hunger auch als Waffe gegen die unbotmäßige Bevölkerung eingesetzt. Dazu kam eine Entnationalisierungspolitik, die sich nicht nur in der an sich positiven Förderung der muslimischen und albanischen Minderheiten erschöpfte, sondern sich auch im Verbot der kyrillischen Schrift und der serbischen Geschichte (Montenegro verstand sich damals als zweiter serbischer Staat) manifestierte. Darüber hinaus wurden ein Großteil der Offiziere, Beamte, Politiker und auch viele waffenfähige Männer mitsamt ihren Familien in Internierungslager auf dem Gebiet der Doppelmonarchie verbracht, während ein anderer Teil der Bevölkerung im eigenen Land zu Zwangsarbeit verpflichtet wurde.

Zu diesem Thema finden Sie den ausführlichen Artikel auf der website des schulheftes: [www.schulheft.at](http://www.schulheft.at)

Anton Holzer

## **„Photographische Zitate der Wirklichkeit“**

### **Karl Kraus, der Erste Weltkrieg und die Fotografie**

Am 28. Juli 1914, dem Tag, als der Erste Weltkrieg begann, hält sich der Wiener Schriftsteller Karl Kraus zusammen mit seiner Freundin, der böhmischen Gräfin Sidonie Nádherný von Borutin, in den Südtiroler Dolomiten auf. In Kraus' Auto wollen die beiden eine sommerliche Ausflugsfahrt über die Pässe quer durch das Gebirge unternehmen. Zehn Jahre später erinnert sich Kraus an diesen Tag. In der *Fackel* beschreibt er, wie er „in Südtirol aus Lastautomobilen die Begeisterung des Schlachtviehs für seine Metzger gehört hatte, kühl bis ans Herz hinan gegen die Sache, der es galt und die eine schlechte war“. Und er ergänzt: „Von da an bin ich dem Gefühl, das mich mit diesem Vaterland verband: dem Abscheu, in Wort und Schrift nichts schuldig geblieben.“ (F 657, 2) Tatsächlich wird Karl Kraus in den folgenden Jahren in der *Fackel* wortreich gegen den Krieg Stellung beziehen. Mit spitzer Feder geißelt er das industrielle Werk von Gewalt und Zerstörung, er beschreibt die körperlichen und moralischen Verwüstungen und zeigt eindrucksvoll, dass ein Krieg nicht nur Sieger und Verlierer mit sich bringt, sondern auch eine große Zahl an Mitläufern und Profiteuren, journalistischen Einpeitschern und militärischen Sadisten.

### **„Die grellsten Erfindungen sind Zitate“**

Im Sommer 1915 beginnt Kraus fieberhaft zu arbeiten. Nun beschäftigt er sich vor allem mit dem Krieg. Ab Oktober 1915 erscheint die *Fackel* nach längerer Pause wieder häufiger. Trotz der Einschränkungen der Zensur gelingt es Kraus, während des Krieges insgesamt 19 Ausgaben der Zeitschrift herauszubringen. Im Juli 1915 beginnt er mit der Niederschrift jenes Werkes, das ihn als Kritiker des Krieges berühmt machen sollte: *Die letzten Tage der Menschheit*. Insgesamt fast sieben Jahre lang,

den ganzen Krieg hindurch und die erste Nachkriegszeit, wird Kraus an seinem Monumentalwerk zum Ersten Weltkrieg arbeiten, ehe es zwischen Dezember 1918 und August 1919 in einer vorläufigen Ausgabe in vier Sonderheften der *Fackel* und im Mai 1922 als fertiges Buch im Verlag „Die Fackel“ erscheint. Es ist auf Anhieb ein Erfolg. Die erste Auflage, 5.000 Exemplare, sind innerhalb weniger Monate vergriffen. Bereits im Dezember 1922 erscheint die zweite Auflage, wiederum werden 5.000 Exemplare gedruckt. Eine dritte Auflage von 7.000 Stück erscheint im Oktober 1926.

In der *Fackel* und mehr noch in den *letzten Tagen der Menschheit* verfolgt Kraus das Anliegen, die abgründige Dynamik des Krieges, seine entstellte und propagandistische Sprache zu kritisieren und zwar dadurch, dass er seine Protagonisten in einem endlosen Redefluss zu Wort kommen lässt. Bei genauerem Hinsehen realisiert Karl Kraus in den *letzten Tagen der Menschheit* genau das, was er Ende 1914 angekündigt hatte: „Ich bin jetzt nur ein einfacher Zeitungsleser.“ Das Buch ist nämlich eine gewaltige Sammlung an Berichten und Zeitungsmeldungen, die Kraus ausschneidet, montiert, mit anderem Material kombiniert, kontrastiert und kommentiert. Diese ausgeschnittenen Passagen legt er seinen Figuren in den Mund. Auf diese Weise, so charakterisiert er sein Verfahren einmal in der *Fackel*, verwandelt er die „Romanfiguren meiner Glossenwelt“ in „szenische Gestalten“ (F 676, 51–52). Und in der „Vorrede“ zu den *letzten Tagen der Menschheit* stellt er klar: „Die unwahrscheinlichsten Taten, die hier gemeldet werden, sind wirklich geschehen; ich habe gemalt, was sie nur taten. Die unwahrscheinlichsten Gespräche, die hier geführt werden, sind wörtlich gesprochen worden; die grellsten Erfindungen sind Zitate. Sätze, deren Wahnsinn unverlierbar dem Ohr eingeschrieben ist, wachsen zur Lebensmusik. Das Dokument ist Figur; Berichte erstehen als Gestalten, Gestalten verenden als Leitartikel; das Feuilleton bekam einen Mund, der es monologisch von sich gibt; Phrasen stehen auf zwei Beinen – Menschen behielten nur eins. Tonfälle rasen und rasseln durch die Zeit und schwellen zum Choral der unheiligen Handlung.“



## „Invaliden waren wir durch die Rotationsmaschinen“

Karl Kraus ist ein manischer Zeitungsleser. Sein Tag ist streng strukturiert, berichtet sein ehemaliger Sekretär und Biograf Leopold Liegler. Um 15 Uhr begibt er sich zum ersten Mal ins Kaffeehaus, er liest die Zeitungen, arbeitet und macht Aufzeichnungen. Das Abendessen nimmt er um 20 Uhr im Gasthaus ein. Danach, gegen 21 Uhr, besucht er ein anderes Kaffeehaus, wo er wiederum die aktuellen Tages- und Wochenblätter liest. Um 23 Uhr geht Kraus nach Hause und schreibt bis nach 5 Uhr früh, ehe er zu Bett geht und bis gegen Mittag schläft.

Als 1914 der Krieg beginnt, sieht sich Kraus als Zeitungsleser einer ganz neuen Dimension der propagandistischen Anbiederung der Presse gegenüber. Im Dienste des Krieges und seiner angeblichen Erfordernisse werden die Ereignisse in den Medien zurechtgebogen und verschleiert, es wird schamlos gelogen. In einem Brief aus dem Jahr 1915, der Eingang in die *Fackel* und später in die *letzten Tage der Menschheit* findet, kommt Kraus auf den Krieg zu sprechen, der „Lüge war, tägliche Lüge, aus der Druckerschwärze floss wie Blut, eins das andre nährend, auseinanderströmend, ein Delta zum großen Wasser des Wahnsinns“. (F 406–412, 168). In den *letzten Tagen der Menschheit* lässt er den Nörgler, eine Art „stilisiertes Alter Ego“ des Schriftstellers, über die Schuld der Presse am Krieg rasonieren: „Invaliden waren wir durch die Rotationsmaschinen, ehe es Opfer durch Kanonen gab. Waren nicht alle Reiche der Phantasie evakuiert, als jenes Manifest der bewohnten Erde den Krieg erklärte? (...) Nicht dass die Presse die Maschinen des Todes in Bewegung setzte – aber daß sie unser Herz ausgehöhlt hat, um uns nicht mehr vorstellen zu können, wie das wäre: das ist ihre Kriegsschuld.“ Der Nörgler ist für Kraus eine Stimme der Vernunft und des Gewissens. Immer wieder gebietet er der Kriegshetze Einhalt. Als der Optimist, ausgehend von einem Foto, das in den Zeitungen veröffentlicht wurde, lapidar anmerkt: „Es ist gewiß gefährlich, wenn Kinder mit Granaten spielen“, antwortet ihm der Nörgler scharf: „Und die Erwachsenen, die desgleichen tun, hüten sich nicht einmal, mit Granaten zu beten!“

Die Presse ist im Drama ein privilegiertes Angriffsziel und zugleich der Hauptlieferant des Materials für den Autor. Besonders häufig zitiert Kraus in der *Fackel* und den *letzten Tagen der Menschheit* aus der *Neuen Freien Presse*, dem liberalen Flaggsschiff unter den österreichischen Tageszeitungen. Ihr Herausgeber, Moriz Benedikt, laut Kraus ein „Mann, der an der Kassa der Weltgeschichte sitzt“ (F 404, 7), wird bereits vor dem Krieg in der *Fackel* als opportunistischer Pressevertreter denunziert, der die Wahrheit der Berichterstattung dem Inseratengeschäft unterordne. Aber auch die konservative christlichsoziale *Reichspost* wird im Drama immer wieder als kriegshetzerisches Blatt vorgeführt. Demgegenüber stammen zahlreiche Passagen, die die Brutalität und die alltäglichen Auswüchse des Kriegs zeigen, aus der *Arbeiter-Zeitung*, mit dessen Chefredakteur Kraus befreundet ist.

In der *Fackel* ist die Herkunft der Auszüge aus der Presse oft noch kenntlich gemacht. Im Drama hingegen tragen zwar viele der Figuren ihre wirklichen Namen, aber die konkreten Hinweise auf die Herkunft der verwendeten Textstellen verschwinden hier fast vollständig. Die dokumentarischen Spuren werden systematisch verwischt, die sichtbaren Verbindungen zu den konkreten Zeitungsvorlagen entfernt. Aber auch konkrete zeitliche Hinweise auf den eben zu Ende gegangenen Krieg, die sein Drucker Georg Jahoda vorgeschlagen hatte, weist der Autor empört zurück. Jahoda hatte im Umschlagentwurf zu der Buchausgabe der *letzten Tage der Menschheit* unter dem Titel die Jahreszahlen „1914–1919“ ergänzt. Kraus streicht den Zusatz und schreibt daneben: „Ja, warum denn das? Ich denke nicht daran.“

### „Photographische Zitate der Wirklichkeit“

„Gott im Himmel“, schreibt Kraus 1924 in der *Fackel*, „alle Zeitungen erscheinen jetzt illustriert, warum sollte ich das nicht auch einführen. Indem ich die Zeitungleute illustriere. Gewiß wäre es das richtigste, die ganze Arbeit, die ich mir jahraus, jahrein mit der deutschen Literatur mache, dem Klischeemacher zu übertragen.“ (F 649, 119) Der Vorschlag, die Zeitschrift nach dem Vorbild der Illustrierten umzugestalten, ist natürlich nicht ganz ernst gemeint. Kraus nimmt das Vorhaben sogleich auch

wieder zurück, indem er den Begriff „illustriert“ in einer anderen Bedeutungsvariante einführt. Er überlegt, nicht die Welt und ihre Ereignisse, sondern das Medium selbst, die Zeitungsleute zu illustrieren, das heißt in diesem Fall: zu durchleuchten bzw. anschaulich zu machen.

Karl Kraus beginnt sich freilich nicht erst in der Nachkriegszeit für die Welt der Illustrierten zu interessieren. Schon einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg schneidet er Bilder aus den illustrierten Wochenzeitungen aus und veröffentlicht sie in einem neuen Kontext in der *Fackel*. Berühmt wird seine satirisch-kritische Fotomontage, in der er 1911 Moriz Benedikt, den Herausgeber der *Neuen Freien Presse*, in eine Postkartenansicht des Wiener Parlaments hineinmontiert. Im Juli 1914 kommt er noch einmal auf diese Fotomontage zu sprechen. Sie ist für ihn ausdrücklich keine Karikatur, sondern „ein schlichter Alpdruck nach einer Photographie“ (F 400, 46). Erfindung, so Kraus, sei lediglich die Komposition, tatsächlich aber handle es sich bei Bildern wie diesen um „photographische Zitate der Wirklichkeit“. (F 400, 46) Im selben Text vom Juli 1914 fallen dann jene berühmt gewordenen Worte, in denen Kraus gewissermaßen das Arbeitsprogramm für seine dokumentarische Aneignung und Darstellung der Wirklichkeit beschreibt: „Vor dem Totenbett der Zeit stehe ich und zu meinen Seiten der Reporter und der Photograph. Ihre letzten Worte weiß jener und dieser bewahrt ihr letztes Gesicht. Und um ihre letzte Wahrheit weiß der Photograph noch besser als der Reporter. Mein Amt war nur ein Abklatsch eines Abklatsches. Ich habe Geräusche übernommen und sagte sie jenen, die nicht mehr hörten. Ich habe Gesichte empfangen und zeigte sie jenen, die nicht mehr sahen. Mein Amt war, die Zeit in Anführungszeichen zu setzen, in Druck und Klammern sich verzerren zu lassen, wissend, daß ihr Unsäglichstes nur von ihr selbst gesagt werden konnte. Nicht auszusprechen, nachzusprechen, was ist. Nachzumachen, was scheint. Zu zitieren und zu photographieren.“ (F 400, 46)

Obwohl diese Zeilen wenige Wochen vor dem Beginn des Krieges erscheinen, fällt es schwer, sie nicht auch auf jenes Monumentalprojekt zu beziehen, das Kraus ein Jahr später, im Juli 1915, beginnen wird. „Zitieren“ und „photographieren“, das sind in den *letzten Tagen der Menschheit* jene Techniken, mit denen

der Autor sich einen Weg durch die gewaltige Masse an Dokumenten zum Krieg bahnt. In welchem Umfang er Zeitungsmeldungen in das Drama eingebaut hat, haben wir gesehen. Aber dieses besteht nicht nur aus einer gewaltigen Sammlung von Zeitungsmeldungen, sondern es verweist auch – und das ist bisher weniger beachtet worden – auf zahlreiche Bilder. „Ausschneiden, was ist – das ist meine Devise“, umschreibt Kraus im April 1915 seine Arbeitstechnik, die er auch in den *letzten Tagen der Menschheit* anwendet (F 398, 28). Der Begriff „Ausschneiden“ ist dabei durchaus wörtlich zu nehmen. Er bezieht sich auf Texte, aber natürlich auch auf Bilder.

Dass Kraus den Zeitungen nicht nur Textausschnitte, sondern auch zahlreiche Bilder entnimmt, darauf hat in verdienstvollen Studien der amerikanische Germanist und Kraus-Spezialist Leo A. Lensing aufmerksam gemacht. Neben Zeitungsbildern gehen auch andere Bilddokumente in das Drama ein, Postkarten, Plakate, Fotos. Manche von ihnen hat Kraus selbst zusammengetragen, andere ließen ihm Freunde zukommen. Einige dieser Bilder finden Eingang in die erste, vorläufige Ausgabe der *letzten Tage der Menschheit*, in der der Autor jedem Akt des Dramas eine Abbildung voranstellt. Andere kommen als Abbildungen zwar nicht vor, spielen in den Szenen aber eine wichtige Rolle.

### **„Ich soll nämlich für das Interessante Blatt ...“**

Zu Recht verweist Lensing darauf, dass das Drama in der endgültigen Buchausgabe nicht mit einem Text beginnt und endet, sondern jeweils mit einer Fotografie. Es setzt mit dem berühmten Hinrichtungsfoto des italienischen Patrioten Cesare Battisti ein und endet im Epilog mit dem apokalyptischen Weltuntergangsszenario „Die letzte Nacht“ ebenfalls mit einem Foto: Aus dem Schlachtfeld von Saarburg erhebt sich eine wie durch ein Wunder heil gebliebene Christusfigur. Die Vorlage, eine Bildpostkarte, hat Kurt Tucholsky während des Krieges an Kraus geschickt.

Das *interessante Blatt*, die auflagenstärkste Illustrierte der k. u. k. Monarchie, kommt in den *letzten Tagen der Menschheit* immer wieder vor. Sie wird als regierungsnahes Propagandaorgan geschildert, jederzeit bereit, die offizielle Kriegsmaschinerie in ihren Bild-

berichten tatkräftig zu unterstützen und Militärs wie Mächtigen im Lande ein Forum eitler Selbstdarstellung zu bieten. Zugleich suche das Blatt durch effekthascherische und voyeuristische Berichterstattung ihre Auflage zu steigern. In einer Szene beschreibt Kraus, wie der bekannte Wiener Hoffotograf Charles Scolik im Auftrag des *interessanten Blattes* ein repräsentatives, natürlich gestelltes Porträt des Feldherrn Conrad von Hötzendorf (zu Kriegsbeginn Generalstabschef der k. u. k. Armee) aufnimmt. Scolik betritt das Zimmer des Generalstabschefs mit den Worten „Ich soll nämlich für das Interessante Blatt und da –“ Die Szene endet mit den grotesk-komischen Anweisungen des Fotografen: „Ungegeniert, Exzellenz, setzen nur das Studium der Karten fort – so – ganz leger – ganz ungezwungen – so – nein, das wär bißl unnatürlich, da könnt man am End glauben, es is gstellt – der Herr Major wenn ich bitten darf, etwas weiter zrück – der Kopf – gut is – nein, Exzellenz, mehr ungeniert – und kühn, bitte mehr kühn! – Feldherrnblick, wenn ich bitten darf! – es soll ja doch – so – es soll ja doch eine bleibende histri – historische Erinnerung an die große Zeit – so ist’s gut! – nur noch – bisserl – soo – machen Exzellenz ein feindliches Gesicht! bitte! jetzt – ich danke! (*Verwandlung*).“

Am Schluss drückt der Fotograf auf den Auslöser. Das bedeutet, dass diese Szene eigentlich mit einem Foto endet. Das Ergebnis der Porträtsitzung, das Bild, wird im Drama allerdings nicht gezeigt. Kraus hat hier aber, wie in zahlreichen anderen Passagen, ein konkretes Zeitungsbild vor Augen. Das in der Presse veröffentlichte „Original“ wurde während des Balkankrieges, also noch vor dem Ersten Weltkrieg aufgenommen und im *interessanten Blatt* (und in anderen Zeitungen) veröffentlicht. 1913 druckt es Kraus in der *Fackel* nach und nimmt es schließlich – in Form einer szenischen Beschreibung – in die *letzten Tage der Menschheit* auf.

## Dokumentarisches Rückgrat des Dramas

*Die letzten Tage der Menschheit* erscheinen unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in Buchform. Zu diesem Zeitpunkt sind für aufmerksame *Fackel*-Leser viele der historischen Bezüge (Namen, Orte, Schlachten, aber auch z.T. die Bildvorlagen) noch durchaus geläufig und verständlich. Je weiter aber die Kriegsergebnisse

zurückliegen, desto schwieriger wird es, das dokumentarische Rückgrat des Dramas zu entziffern. Das hat dazu geführt, dass in der Rezeption des Dramas lange Zeit das dokumentarische Fundament des Textes in den Hintergrund gerückt ist. Stattdessen wurde die angeblich vorherrschende allegorische Dimension des Dramas betont.

Aber es geht Kraus nicht um eine Allegorie des Krieges. Sein Anliegen ist es vielmehr, in satirischer Zuspitzung dessen verheerende Wirkungen in allen Facetten zu zeigen. Es geht ihm allerdings keineswegs darum, ein repräsentatives, zusammenhängendes Bild des Krieges zu entwerfen, Ereignisse und Schlachten ausschließlich realistisch wiederzugeben, Heerführer und Kommandanten wie in einer historischen Darstellung zu porträtieren. Und dennoch: Um die *letzten Tage der Menschheit* als Text über den Ersten Weltkrieg entziffern zu können, ist die Aufschlüsselung der historischen Bezüge wichtig. Gewiss, in vielen Passagen lassen sich die dokumentarischen „Anspielungen“ nicht mehr eindeutig rekonstruieren. Ein Teil des Dramas ist zudem in fast schon surrealistischer Weise zugespitzt und entfremdet. Am Ende des Textes verdrängen die apokalyptischen Traum- und Alptraubilder die konkrete Realität des Krieges.

Die *letzten Tage der Menschheit* gipfeln in einer apokalyptischen Vision, die sich immer weiter von Schilderung tatsächlicher Ereignisse entfernt. Der Epilog beginnt gespenstisch auf einem zerstörten Schlachtfeld. In der Regieanweisung heißt es: „*Schlachtfeld. Trichter. Rauchwolken. Sternlose Nacht. Der Horizont ist eine Flammenwand. Leichen. Sterbende. Männer und Frauen mit Gasmasken tauchen auf.*“ Die Schlusszene besteht aus einer losen Abfolge fiebriger Szenen und Bilder. Sie endet in einem orgiastischen Finale, in dem die Welt in einem „Meteorregen“ vom Mars „mit Bomben belegt“ wird und untergeht.

Der vorliegende Beitrag wurde erstmals in der Feuilletonbeilage „Spectrum“ der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ 23. November 2013, S. 1,2 veröffentlicht. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Weiter ausgeführt sind die Themen dieses Textes in Anton Holzer: *Die letzten Tage der Menschheit. Der Erste Weltkrieg in Bildern. Mit Texten von Karl Kraus*, Darmstadt, Primus Verlag, 3. Aufl. 2014.

Peter Malina

## **Der Erste Weltkrieg als Schulbuchtext**

### **Sachkenntnis, Betroffenheit und Alltagswissen**

Leo Kuhn hat im „schulheft“ Nummer 13/1979 unter dem Titel „Schulbücher gibt’s schon lange, ihre Kritiker auch“ einen Beitrag zur Schulbuchkritik veröffentlicht, der in seinen Grundsätzen nach wie vor Geltung hat.<sup>1</sup> Seither sind mehr als 40 Jahre vergangen: Schulbücher gibt es immer noch, und eine Auseinandersetzung mit ihren Texten ist nach wie vor angebracht. Insbesondere das Geschichtslehrbuch ist ein „Politikum“ und als solches öffentlicher Aufmerksamkeit wert: Geschichtslehrbücher können auch als „Autobiographien“ einer Nation verstanden werden, in denen offiziell festgehalten wird, wie die nationale Geschichte zu deuten, zu verstehen und als Lernstoff wiederzugeben sei. Es macht Sinn, sich mit Schulbüchern zu beschäftigen. Sie sind Indikatoren gesellschaftlichen historischen Bewusstseins. Als von der Schulverwaltung sanktionierte Texte sind sie auch als kollektive „autobiografische“ Texte zu lesen, in denen das Geschichtsverständnis einer Gesellschaft zum Ausdruck kommt, in diesem Sinne könnten sie auch mit Wolfgang Jacobmayer als Beitrag zu einer „Autobiografie einer Nation“<sup>2</sup> bezeichnet werden. Die Darstellung des Ersten Weltkriegs in österreichischen Geschichtslehrbüchern ist ein Indikator dafür, was Kinder und Jugendliche als Schüler/Schülerinnen über die Geschichte lernen und wissen sollen.

Schulbücher als Lehr- und Lernmittel, in denen von Erwachsenen Lehrern/Lehrerinnen, Kindern und Jugendlichen vermit-

1 Kuhn, Leo: Schulbücher gibt’s schon lange. Ihre Kritiker auch, in: Schulheft, 13/1979, 27–39. Der Text ist leicht nachzulesen: [http://www.schulheft.at/fileadmin/1PDF/112-1/sh13\\_Schulbuecher.pdf](http://www.schulheft.at/fileadmin/1PDF/112-1/sh13_Schulbuecher.pdf) [19.07.2015].

2 Jacobmayer, Wolfgang: Das Schulgeschichtsbuch – Gedächtnis der Gesellschaft oder Autobiografie der Nation, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 26, 1, 26–34.

telt/vorgeschrieben wird, was als gültiger und abprüfbarer Lernstoff gelten soll, sind daher von öffentlichem Interesse – weit über den engen Rahmen des Schulbetriebs hinaus. In den Jahren des Gedenkens an den Ersten Weltkrieg macht es daher Sinn, sich mit den Darstellungen dieses Krieges in österreichischen Schullehrbüchern zu beschäftigen. Schon allein deswegen, weil der Krieg nicht nur in der Anfangsphase eng mit der Geschichte des damaligen Kaiserreichs Österreich-Ungarn und in seiner Endphase mit der Gründung der neuen, demokratischen Republik Österreich verbunden war. An ausgewählten Beispielen soll im Folgenden auf einige inhaltliche Aspekte eingegangen werden. Die pointiert formulierten Zwischenüberschriften sind zur Anregung und zur Selbstinspektion gedacht.

### **Auch Geschichtslehrbücher haben Geschichte: Von der konsensualen zur widersprüchlichen Vergangenheit**

In Zusammenfassung vorliegender Definitionsversuche hat Klaus Edel Schulbücher als einen Versuch definiert, „ die Vorgaben des Lehrplans für den unterrichtspraktischen Gebrauch aufzubereiten“. Da Schulbücher erst nach einem staatlichen Approbationsverfahren zugelassen werden, „vermitteln sie damit auch das Geschichtsbild des jeweiligen politischen Systems und die an den Unterricht herangetragenen Erwartungen und Denkweisen.“<sup>3</sup> Sie geben in etwa vor, was im Schulunterricht gelernt werden soll. So gesehen sind Schulbücher Texte, die in der Regel von „Lehrern für Lehrer“ geschrieben werden. Schulbücher haben sich in den letzten Jahrzehnten seit den ersten Schulbuchanalysen in den 1970er Jahren im Layout wie in der Präsentation der Inhalte doch merkbar gewandelt. Hatten frühere Schulbücher über Jahrzehnte hinweg ohne wesentliche Veränderungen in mehrfachen Auflagen als „Neudruck“, das heißt: ohne inhaltliche Veränderung auf dem Schulbuch-Markt verharren können, haben ihre Nachfahren zum Teil mit einem veränderten/erweiterten Autorenkollektiv versucht, auf die Veränderungen des

---

3 Edel, Klaus: Das Schulbuch im Geschichteunterricht: <http://www.geschichtsdidaktik.eu/index.php?id=133>.



Lernumfeldes Schule zunächst in technischer Hinsicht (Layout, Cover, Bilder, Textgestaltung) zu reagieren und diese Modernisierung dann auch in ihren Titeln („Zeitzeichen“, „geschichte. aktuell“, „Blick in die Weltgeschichte“, „ganz klar. Geschichte“, „netzwerkgeschichte@politik“) zu signalisieren.

Auch Schulbücher haben ihre Geschichte. Überblickt man die letzten Jahrzehnte, so zeigt sich deutlich, dass – parallel zur Entwicklung des allgemeinen Geschichtsbewusstseins und der Veränderung von Geschichte als Wissenschaft von einer personen-zentrierten Politik- und Ereignisgeschichte zu einer historischen Sozial- und Kulturwissenschaft – auch Schulbücher nicht dieselben geblieben sind. Erscheinungsbild, grafische Gestaltung, zum Teil auch die didaktische Konzeption haben sich geändert. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind dagegen eher konstant geblieben und wurden nur nach und nach den Ergebnissen der historischen Forschung angepasst. Die Selbstsicherheit älterer Schulgeschichtsbücher der 1960er/1970er Jahre, zu „wissen“ wie die Geschichte gelaufen ist, ist einer selbstkritischeren Einstellung gewichen. Schulbücher und ihre Autoren/Autorinnen sind wohl auch als Ergebnis der Schulbuchkritik zurückhaltender und „vorsichtiger“ geworden. Sie sind sich nicht mehr so sicher wie die Verfasser von Schulbüchern in früheren Zeiten, die glaubten, mit einer konsensualen Darstellung, die alle Konfliktfelder auspart, auch den Konflikten und Gegensätze ihrer eigenen, durch die politischen Verhältnisse geprägten Geschichte aus dem Weg gehen zu können. Als Ergebnis dieser „Koalitionsgeschichtsschreibung“ entstand eine Darstellung von Geschichte, in der selbstkritische Fragen nicht vorgesehen waren: „Fragen an die Geschichte“ (so der Titel eines bundesdeutschen Geschichtslehrbuchs aus den 1970er Jahren<sup>4</sup>) waren für das österreichische Geschichtslehrbuch lange Zeit nicht existent.

Für die Schulbuchkritik waren die Schulbuchtexte der 60er und 70er Jahre ein überaus lohnendes Objekt, weil Schulbuchautoren dieser Zeit, frei vom Ballast möglicher Kritik selbstsicher

4 Schmid, Heinz Dieter: Fragen an die Geschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Bd 1–4. 1980 ff. Für den Ersten Weltkrieg relevant: Bd. 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M., 1982.

bzw. im vorausseilenden Gehorsam und orientiert an der konkurrenzlosen Akzeptanz ihrer Texte, meinten, ihre Lehrbücher verfassen zu können. Es waren vielfach die eigenen Geschichtserfahrungen, die sie als historische Botschaften an ihre Leser/Leserinnen weitergaben. Auf Kritik reagierten sie schulentsprechend. Sie bemühten sich, Fehler auszubessern und meinten, damit sei wieder alles in Ordnung: Inkriminierte Bezeichnungen wurden ausgetauscht, Datumsfehler korrigiert, Flüchtigkeitsfehler ausgebessert. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Angeboten der historischen Forschung, aber auch mit den Ergebnissen geschichtsdidaktischer Überlegungen war in den nun wieder gut gemachten Texten in der Regel nicht zu finden. Seither ist viel Zeit vergangen, und die neueren Schulbücher und ihre Autoren/Autorinnen sind insofern klüger geworden, als sie geschichtsdidaktische Konzepte und die Veränderungen in der Geschichtswissenschaft bei der Konzeption ihrer Bücher nicht unberücksichtigt lassen.

### **Der Erste Weltkrieg als [Schulbuch-]Text: Von einer Militärgeschichte zu einer Geschichte des Schreckens**

Für das Geschichtslehrbuch ist der Krieg 1914–1918 wohl der erste Welt-Krieg, in der Darstellung selbst aber dominiert immer noch die europäische Perspektive. Präziser gesagt: Dass Geschichte abhängig von den jeweiligen nationalen und kulturellen Bedingungen verstanden und dementsprechend auch anders erzählt werden kann, ist für das österreichische Geschichtslehrbuch nach wie vor keine Herausforderung.<sup>5</sup> Über die Jahrzehnte hinweg vermittelten österreichische Schulbücher den Krieg immer noch aus der österreichischen Perspektive. Auch wenn es nicht direkt ausgesprochen wird, ist es doch „unsere“ Geschichte, die sie erzählen, und „unser“ Krieg, um den es ihnen

---

5 Hannig, Miriam: Der „Ausbruch“ des Ersten Weltkriegs. Ein Beispiel für das Konzept der „European History Crossroads“ zur Förderung von transnationaler, interkultureller und medienkritischer Bildung im Geschichtsunterricht: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/11700> [22.07.2015].

geht. Dieser österreichische Patriotismus führt dazu, dass 1973 bei der Beschreibung des Einsatzes von Tanks/Panzern durch die britischen Streitkräfte ausdrücklich zugefügt wird: „Es handelte sich eigentlich um die Erfindung eines österreichischen Offiziers tschechischer Herkunft aus den letzten Jahren vor dem Kriege.“<sup>6</sup> Diese Information erscheint den Autoren so wichtig, dass sie in der Auflage 1992 wiederholt wird – diesmal allerdings ohne dessen Herkunft zu erwähnen.<sup>7</sup>

Im 4. Band des 1961 in 3. Auflage erschienenen, ursprünglich von Franz Heilsberg und Friedrich Korger herausgegebenen „Lehrbuchs der Geschichte für die Oberstufe der Mittelschulen“ wird der Erste Weltkrieg auf knapp sechs Seiten in 5 Kapiteln behandelt: Veranlassung, Beginn und Ausdehnung; Die Erfolge der Mittelmächte; Die Änderung der Kriegsführung; Die Niederlage der Mittelmächte. Bei der Darstellung des Krieges beschränken sich die Autoren auf die kursorische Beschreibung des militärischen Ablaufs, der für sie durch die Erfolge der Zentralmächte und deren Niederlage bestimmt ist. Kennzeichnend für die „Änderung der Kriegsführung“ halten sie in 6 Punkten fest: Die Ablösung des Bewegungs- durch den Stellungskrieg; die Dominanz der Militärtechnik und die „überraschende“ Anwendung neuer Kampfmittel; den Wirtschaftskrieg („Blockade“) und die Einführung einer einheitlich gelenkten Wirtschaft, die Inanspruchnahme der ganzen Bevölkerung, die Kriegspropaganda. Damit war – ihr Fazit – der Krieg zum „totalen Krieg“ geworden.<sup>8</sup>

Im etwa gleichzeitig (1962) erschienenen „Lehrbuch für Geschichte“ für die 4. Klasse von Ebner-Partick ist in dem Kapitel „Das Grauen des Krieges“ von einem „furchtbaren Völkerrin-

6 Knarr, Walter/Otruba, Gustav/Mairinger, Hans: Der Mensch im Wandel der Zeiten. 3. Aufl. 1973, 14.

7 Absenger, Albert G./Knarr,Walter/Pfeifer, Herbert/Speiser, Irmfried: Der Mensch in Wandel der Zeiten. 3. Teil. Lehr und Arbeitsbuch der Geschichte und Sozialkunde. Auflage 1992, 185.

8 Heilsberg, Franz/Korger, Friedrich: Lehrbuch der Geschichte für die Oberstufe der Mittelschulen. 4. Band. 1953, 110–111. 12 Jahre später (1965), erschien die 4., „durchgesehene“ Auflage des Lehrbuchs. Zumindest das Kapitel „Erster Weltkrieg“ blieb nahezu unverändert

gen“ die Rede. Die Verantwortlichen werden nicht genannt. Die Technik sei es gewesen, die der Kriegführung furchtbare Waffen in die Hand gelegt habe. Diese Waffen „bereiteten millionenfach den Tod“.<sup>9</sup> In Galizien hatte der „Opfergang der österreich-ungarischen Armee“ wesentlich zur Rückendeckung des deutschen Verbündeten beigetragen. Im Bild wird der damals verantwortliche Chef des Generalstabs, Conrad von Hötzendorf, gezeigt, der diesen „Opfergang“ freilich unbeschädigt überstanden und sich nach Kriegsende in die Pension zurückgezogen hat. Erst fast 30 Jahre später konnte ein Schulbuch erscheinen, das seine Leser/ Leserinnen darauf hinweist, dass es auch Menschen gegeben hat, „die am Krieg verdienen und reich werden“: Dem Bild eines „Kriegsgewinners“ wird ein „Kriegsverlierer“ gegenübergestellt und abschließend gefragt: „Wem bringt der Krieg seelischen und körperlichen Schaden, ein zerstörtes Familienleben, den wirtschaftlichen Niedergang, die Abhängigkeit, hohen Gewinn, gesteigertes Ansehen, vermehrten Einfluß, vergrößerten Besitz?“<sup>10</sup>

In den Schulbüchern der 1950er und 1960er Jahre steht der militärische Ablauf des Krieges zweifellos im Vordergrund. Erst nach und nach werden auch die Rahmenbedingungen des Krieges und die Auswirkungen auf die direkt/indirekt Betroffenen nicht nur an der Front angesprochen. Der Krieg wird jetzt deutlicher als bisher als schreckliches Ereignis wahrgenommen: „Furchtbar ist das Schicksal der Menschen im Krieg. Sinnlos die Opfer, die dahingerafft werden. Jeder Kriegstote ist ein Opfer der Unmenschlichkeit.“<sup>11</sup> Auch wenn der Schrecken des Krieges deutlicher als bisher dokumentiert wird, bleibt die Darstellung des Ablaufs weiterhin dem traditionellen Muster verpflichtet. Es

9 Ebner, Anton/Partick, Matthias: Lehrbuch der Geschichte. Für die 4. Klasse der Hauptschulen und Mittelschulen. 1962, 86. Etwas mehr als 10 Jahre später, 1973, erschien Ebener-Particks Lehrbuch weiterhin mit marginalen Veränderungen und Ergänzungen in 6. Auflage als „Lehrbuch der Geschichte und Sozialkunde“.

10 Scheithauer, Erich/Tscherne, Werner/Scheipl, Josef/Machacek, Robert: Geschichte und Sozialkunde. 3. Klasse. 1990, 156.

11 Schimper, Arnold/Hitz, Harald/Hasenmayer, Herbert/Göhring, Senta: Geschichte miterlebt. Ein lehr- und Arbeitsbuch für Geschichte und Sozialkunde. 7.schulstufe. 1. Aufl. 1987, 138.

bleibt bei einer reduziert-distanzierten Beschreibung des Ablaufs der (militärischen) Maßnahmen, in der weiterführende Fragen keinen Platz haben. In einem 2014 erschienenen Schulbuch („Zeitzeichen“) ist zu lesen: Nach der Besetzung Belgiens und Luxemburgs im August kam der deutsche Angriff „bereits im September zum Stehen. Der Bewegungskrieg endete, und es begann ein Stellungskrieg.“ Die „Schlachten von Verdun“, für das Schulbuch das Symbol des Krieges, werden ähnlich distanziert beschrieben: „In den langen Reihen von Kampfgräben, vor der feindlichen Artillerie geschützt, bereiteten sich die Soldaten auf Abwehr und Angriff vor. Den Gräben vorgelagert war eine von Granateinschlägen zerfurchte Landschaft. Rollen von Stacheldraht dienten als Hindernisse. Der Einsatz von Giftgas, das, weil schwerer als Luft, in die Gräben eindrang, zwang zum Tragen von Gasmasken“.<sup>12</sup> Im Kontrast dazu steht allerdings die folgende Seite, die zusätzlich mit Textstellen aus Buch und Film „Im Westen nichts Neues“ dem Krieg ein anderes Gesicht gibt.<sup>13</sup>

Bemerkenswert und überraschend ist: Auch wenn sich die Kriegs-Geschichte auf die Aufzählung von militärischen Ereignissen und die verschiedenen „Kriegsschauplätze“ beschränkt, sind es militärische/waffentechnische Details, die für so wichtig gehalten werden, dass sie den Schülern als Lernstoff angeboten werden: Da ist die Rede von deutschen 42-cm-Haubitzen und den österreichischen 30,5-Mörsern, die gegen die belgischen Festungen Lüttich und Namur eingesetzt wurden;<sup>14</sup> da wird berichtet, dass die Festung Przemysl einer russischen Belagerung monatelang „heroisch“ stand hielt.<sup>15</sup> Der österreichische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf konnte die russische „Dampfwalze“ aufhalten und eine stabile Front aufbauen;<sup>16</sup>

12 Franzmair, Heinz/Rebhandl, Rudolf/Öhl, Friedrich/Eigner, Michael/Brunner, Karl: Wirtschafts- und Sozialgeschichte. 2. Aufl. 2014, 251.

13 Franzmair/Rebhandl/Öhl/Eigner/Brunner: Zeitzeichen, 252.

14 Knarr/Otruba/Mairinger: Der Mensch im Wandel der Zeiten. 3. Aufl. 1973, 9.

15 Ebenda, 10.

16 Ebenda, 10.

Hindenburg hingegen war es nicht gelungen, den „kühnen Plan“ eines Zangenangriffs gegen das russische Heer durchzusetzen.<sup>17</sup> Das Lehrbuch „Durch die Vergangenheit zur Gegenwart“ widmet der Frage „Was bedeutet Krieg?“ mehrere Seiten. Auch wenn die Gräueltaten des Krieges und die Verluste erwähnt werden, ist den Autoren wichtig, den Schülerinnen und Schülern den Krieg durch einen Überblick der Fronten und eine Karte der „Kriegsschauplätze“ näher zu bringen, die Auswirkung der „Materialschlachten“ deutlich zu machen und den „Krieg in der Heimat“ (die „Heimatfront“) anzusprechen. Dazu gibt es eine Darstellung des Schützengrabensystems mit Erläuterungen, aber auch eine Beschreibung des „Elends an der Front“.<sup>18</sup>

Auch rezente Schulbücher halten es für notwendig, ihre Leserinnen und Leser mit der Kriegstechnik des Ersten Weltkriegs vertraut zu machen und dieses Wissen auch zu verfestigen. Im Teil 2 des 3. Bandes von „mehr fach geschichte“ (Anwenden & Forschen), erschienen 2014, wird dazu ein Arbeitsblatt zum Lernen von Begriffen der Kriegstechnik im Ersten Weltkrieg angeboten. „Ordne die Wortgruppen aus dem“<sup>19</sup> Box den Themen und Fotos richtig zu!“ Angeboten werden: Panzer, Giftgas, Neue Waffen, U-Boot, Luftwaffe. Die „Erklärungen“ in der Box beschränken sich auf den militärischen Zweck dieser Kriegsgüter und stellen an die Befragten nur minimale Ansprüche oder nichtssagende Hinweise: Zum Bild eines U-Bootes gibt es die überraschende Sacherklärung: „Es bedeutet Unterseeboot und ist für die Fahrt unter Wasser gebaut.“<sup>20</sup>

17 Ebenda, 11.

18 Lemberger, Michael: Durch die Vergangenheit zur Gegenwart. 3. Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung. Lehr- und Arbeitsbuch für die 7. Schulstufe. 4. Überarbeitete Auflage. 2013.

19 Graf, Margot/Halbartschlager, Franz/Vogel-Waldhütter, v: Mehrfach Geschichte. 3. Klasse. Teil 2: Anwenden und Forschen. 1. Aufl. 2014, 64.

20 Graf/Halbartschlager/Vogel-Waldhütter: Mehrfach Geschichte. 3. Klasse. Teil 2: Anwenden & Forschen, 13.

## Zwischen „Objektivität“ und Alltagswissen: Schulbuchautoren als Schulmeister der Geschichte

Die Schulbücher der ersten Jahrzehnte nach 1945 schreiben Geschichte im Bewusstsein zu „wissen“. Sie vermeiden nach Möglichkeit jede Beziehung zur eigenen Betroffenheit und ziehen sich zurück auf die Position vermeintlich unbeteiligter Beobachter, die aus der Distanz imstande sind, „objektiv“ Geschichte weiterzugeben: Erwachsene, die wissen, wie der Hase läuft, stehen SchülerInnen gegenüber, die diesen in die Falle des Schulbuchs gelaufenen Hasen nun in den Händen halten und nicht viel damit anzufangen wissen. Schulbücher dieser Generation tendieren dazu, die Interessen, die hinter den geschilderten historischen Ereignissen und Entscheidungen stehen, unausgesprochen zur Kenntnis zu nehmen, sie aber nicht direkt anzusprechen. Entscheidungen werden ins Unverbindliche/Unpräzise verlegt: So war in Österreich die „Meinung“ weit verbreitet, dass man die Ermordung des Zweiten Mannes im Staate nicht hinnehmen dürfe und Serbien zwingen müsse, seine bisherige österreichfeindliche Politik aufzugeben. Ohne die weiteren Motive und Absichten der österreichischen Kriegspolitik zu erörtern, wird dann mitgeteilt: Graf Berchtold, der österreichische Außenminister, „zögerte jedoch die Entscheidung hin“ und wollte die Zustimmung Deutschlands noch abwarten und die Bedenken des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza „zerstreuen“. So habe man fast vier Wochen gewartet, „bis man sich an Serbien wandte“ – eine bemerkenswerte Umschreibung für die Überreichung des Ultimatums.<sup>21</sup> Auf diese Weise geschieht, was Barbara Christophe in ihrem Text zum Ersten Weltkrieg in internationalen Schulbüchern auch an anderen europäischen Schulbüchern als „folgenreich“ festgestellt hat, „Es werden gewissermaßen Spuren verwischt. Verantwortung wird unkenntlich gemacht durch den Gebrauch einer unpersönlichen Man-Konstruktion.“<sup>22</sup>

21 Knarr/Otruba/Mairinger: Der Mensch im Wandel der Zeiten, 7.

22 Christophe, Barbara: Der Erste Weltkrieg in internationalen Schulbüchern. Kulturwissenschaftliche Analysen und geschichtsdidaktische Anregungen. 2014 (Eckert-Working Papers.2014/7, 8 [22.07.2015].

Das vorwissenschaftliche Geschichtsverständnis der Schulbuchautoren, das offenbar mit dem der Begutachungskommission korrelierte/nicht im Widerspruch stand, drängt sich immer wieder ungeniert in den Text, auch in Wertungen und Beurteilungen: Für Knarr-Otruba-Mairinger (1973) ist das spät erfolgte Ultimatum an Serbien „eine ungeschickte Handlungsweise“; die deutsche Mobilmachung und die Kriegserklärung an Russland am 1. August klassifizieren sie als „unklugerweise“ erfolgt, „da man sich damit dem Vorwurf der Kriegsschuld aussetzte.“<sup>23</sup> In ihrem Harmonisierungsdrang gehen Schulbücher in der Regel der direkten Frage nach Schuld und Verantwortung für den Krieg aus dem Weg. Aber selbst dort, wo das geschieht, sind der Text und die dran anschließenden Fragen an die Schüler/Schülerinnen so konzipiert, dass eine mögliche, die Position Österreich-Ungarns betreffende kritische Antwort vermieden wird. Das Lehrbuch „Geschichte für Fachschulen“ von Absenger-Pfeifer-Knarr (das wesentliche Textelemente von „Der Mensch im Wandel der Zeiten“ enthält) spricht die Frage der Kriegs-Schuld zwar direkt an, bietet den Schülern zur Meinungsbildung allerdings die Äußerungen vom Standpunkt von zwei Exponenten der Kriegs-Politik 1914 an. Einer davon ist der Chef des Generalstabs Conrad von Hötzendorf, ein ausgesprochener Kriegsbefürworter, der andere der deutsche Generalstabschef Helmuth Moltke: Aus Conrads Sicht – so der Text – standen sich 1914 zwei Prinzipien „feindlich scharf gegenüber“: Die Erhaltung des multinationalen Österreich-Ungarns und die Entstehung getrennt selbständiger Nationalstaaten. Dazu wird Conrads Fazit angeboten: „Der seit langem glimmende Kampf dieser Prinzipien war durch Serbiens Vorgehen in ein akutes Stadium getreten, sein Austrag war nicht mehr aufzuhalten. Deshalb, und nicht aus Sühne für den Mord, mußte Österreich-Ungarn das Schwert gegen Serbien ziehen“. Zusammen mit der Einschätzung Moltkes sei nichts anderes übrig geblieben, als einen Präventivkrieg zu führen, „um den Gegner zu schlagen, solange wir den Kampf noch einigermaßen beste-

---

23 Knarr/Otruba/Mairinger: Der Mensch im Wandel der Zeiten, 7.



hen könnten“, dann wird (ohne weitere Informationen) die Frage gestellt: „Wie sehen Sie die Kriegsschuld im Licht dieser Stellungnahme?“<sup>24</sup>

Auch bei der Beschreibung der politischen/militärischen Akteure können sich manche Schulbuchautoren nicht vor schulmeisterlichen Bewertungen zurückhalten: Dem amerikanischen Präsidenten Wilson und seinem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ werden gönnerhaft „sehr beherzenswerte Grundsätze“ zugewilligt, die sich allerdings nur zum geringen Teil gegen die „realen, machtpolitischen Ziele“ der anderen Entente-Politiker durchsetzen konnten. (Anmerkung: Ausgabe 1973!) In der Ausgabe 1992 heißt es dann nur: „Wilson, der es persönlich ehrlich damit meinte, konnte diese Gedanken nur zum geringen Teil gegen die realen, machtpolitischen Ziele der anderen Ententepolitiker (Lloyd George, Clemenceau) durchsetzen.“<sup>25</sup> Nicht nur den konkreten historisch handelnden Personen, auch den Kollektiven (Staaten, Institutionen) gestehen die Schulbücher personale Eigenschaften zu: Frankreich und Deutschland waren „verfeindet“, England „fühlte“ sich durch den raschen Aufbau der deutschen Kriegsflotte „herausgefordert“, Deutschland „glaubte“, sich gegen die „alten“ Großmächte durchsetzen zu müssen.<sup>26</sup> Bemerkenswert ist, dass in „Zeiten. Völker und Kulturen. 3“ für 4. Klasse Hauptschule und allgemeinbildende Schulen [2. Aufl. Nachdruck 1987] nach wie vor wie in der Fassung des Buches von 1976 Befindlichkeiten der Großmächte als personifizierte Handlungsträger der Geschichte anbietet: Immer noch stehen Entente und Dreibund einander „misstrauisch, ja oft feindselig“ gegenüber, weiterhin können „die“ Franzosen den Verlust Elsaß-Lothringens nicht verschmerzen, nach wie vor erregen die deutsche Kolonialpolitik und der verstärkte Flottenbau das „Misstrauen“ Großbritannien, und wieder beobachtet „man“ in Russland und Großbritannien mit Missvergnügen, wie sich die

24 Absenger, Albert G./Pfeifer, Herbert/Knarr, Walter: Geschichte für Fachschulen. Aufl. 1998, 57–58.

25 Absenger, Knarr, xPfeifer, Speiser: Der Mensch im Wandel der Zeiten. 3. Teil. Aufl. 1992, 194.

26 Peper, Ines/Wolf, Reinhard/Weber, Christian: Ganz klar. Geschichte. 3. 2007.

junge deutsche Industrie im osmanischen Reich entfaltete. Und wieder löst die „unverantwortliche Bluttat“ von Sarajewo an den europäischen Höfen und bei den Regierungen allgemein „Entsetzen und Abscheu“ aus.<sup>27</sup>

## **Geschichtslehrbuch und Geschichtswissenschaft: Das Beispiel Kriegs-„Ausbruch“ 1914:**

Schulbücher sind Lernbücher und als solche geben sie auch Lernbereitschaft und Lernerfolg ihrer Autoren wieder. Allerdings sind es vielfach kosmetische Veränderungen, die an der Struktur der Geschichtsdarstellung wenig ändern. In „Zeiten, Völker und Kulturen“ für die 8. Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen heißt es (1972. 2. Aufl. 1977) deutlicher als früher, dass am „Vorabend des großen Krieges“ der europäische Friede „also ernstlich bedroht“ war. „Neuralgische Punkte“, erklärt das Schulbuch, habe es nicht wenige gegeben: Die allgemeine politische Lage auf dem Kontinent war „jedenfalls gründlich verfahren“, die europäische Diplomatie war „enerviert durch das ständige Aufflackern neuer Brandherde“, gab sich mit „kurzlebigen Augenblickserfolgen“ zufrieden und „trieb die Politik der gegenseitigen Übervorteilung bedenkenlos an die Grenze des gerade noch Erreichbaren.“<sup>28</sup> Die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand, die in ganz Europa als „schwerer Schock“ empfunden wurde, löste eine hektische Tätigkeit der europäischen Diplomatie aus. Allerdings wird jetzt den Schülern deutlich[er] mitgeteilt, dass es in Österreich-Ungarn Kräfte gegeben hat (genannt werden der Außenminister Graf Berchtold und der Chef des Generalstabs Conrad von Hötzendorf), die zum Krieg drängten und dass mit der Zusage der Unterstützung von deutscher Seite eine „gefährliche Blankovollmacht“ ausgestellt wurde.<sup>29</sup>

27 Berger, Franz/Loebenstein, Edith/Schnell, Hermann/Zens, Klemens: Zeiten, Völker und Kulturen. 3. Band 4. Kl. HS und AHS. 2. Aufl. Nachdr. 1987, 130–131.

28 Berger, Franz/Schausberger, Nobert: Zeiten, Völker und Kulturen. 8. Klasse. 2. Aufl. 1972/2. Aufl. 1977, 10.

29 Ebenda, 10.

Auch bei der Darstellung des Ultimatums an Serbien wird differenziert: So sei es nicht zu verantworten gewesen, „daß in dem Ultimatum an die serbische Regierung unter anderem auch Forderungen gestellt wurden, die sich mit der Souveränität des Staates nicht vereinbaren ließen und deren Ablehnung daher vorauszusehen war“. Als Beispiel für die „unfaßbare Leichtfertigkeit, mit der der deutsche Kaiser die Situation beurteilte“, zitiert das Schulbuch die Marginalien Wilhelms II. zu einem Bericht über die Reaktion der serbischen Regierung auf die Überreichung des Ultimatums Wilhelms II. Ein Novum ist, dass die Schulbuchautoren anschließend mit Imanuel Geiss, dem Verfasser einer umfangreichen Dokumentation zur Geschichte der Juli-krise und des Kriegsausbruchs 1914, die historische Wissenschaft zu Wort kommen lässt und eine Passage zitieren, die sich auf Österreich-Ungarns Stellung in den Krisentagen des Juli 1914 bezieht: „In einem tieferen Sinn fällt die letzte Verantwortung schließlich auf die Führungsschicht Österreich-Ungarns selbst zurück, weniger, weil sie Franz Ferdinand nach Sarajewo in eine Allee von Bombenwerfern schickte, als vielmehr wegen ihrer Unfähigkeit, das legitime Streben der Nationalitäten nach Freiheit, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit zu erfüllen.“<sup>30</sup> In dem anschließenden Kapitel („Der Kriegsausbruch“) geht der Text allerdings wieder auf die bisher üblichen unpräzisen Formulierungen zurück. Die immer wieder gestellte Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, der in der Interpretation von Imanuel Geiss ja nicht ausgebrochen, sondern kalkuliert und riskiert worden ist, werde „kaum je beantwortet werden“ können: „Sicher ist, daß die Atmosphäre von Nervosität und Geiztheit, die durch die schleichenden Krisen der letzten Jahre geschaffen worden war, eine Auslösung förderte“. Dann aber eindeutig: „Ein einfaches Hineinschlittern in das Unvermeidliche aber war es nicht.“<sup>31</sup>

Ab den 1980er Jahren wird die Einstellung der Schulbücher zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs weitaus differenzierter, und es wird jetzt auch Bezug auf weitere Ergebnisse der Wissen-

---

30 Ebenda, 11.

31 Ebenda, 12.

schaft genommen: „Die moderne Geschichtswissenschaft ist sich darin einig, daß es für den Ausbruch des Krieges eine Vielzahl von Ursachen verschiedenster Art gibt und daß die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand im Juni 1914 nur der letzte Auslöser zum Krieg war.“<sup>32</sup> Diese Interpretation wollten nicht alle Schulbücher teilen. Mitte der 1980er Jahre hielt das Lehrerhandbuch für „Geschichte. Sozialkunde. Politische Bildung“ in seinen Bemerkungen zur Unterrichtsgestaltung allerdings fest, bei der Frage der Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs „gehen die Meinung weit auseinander“. Ohne die angesprochen verschiedenen „Meinungen“ zu nennen oder zu erörtern, heißt es dann weiter: „Je gründlicher man diese Frage studiert, desto mehr gewinnt man den Eindruck, daß keiner der führenden Politiker Europas den Krieg wirklich gewollt hat“. Als „Erklärung“ wird nach dem klassischen Muster eines bewussten Geschichtsverständnisses angeboten: „Man ist aus Torheit und wohl auch aus Mangel an Verantwortung in ihn hineingeschlittert“. So richtig es ist, wenn anschließend an die Lehrerkollegen appelliert wird: „Es genügt nicht, keinen Krieg zu wollen; man muß etwas für den Frieden tun“, so hilflos ist dieser Appell, wenn trotz des geforderten „Abscheus vor jeglicher Form von Gewalt“ keine weiteren Handlungsangebote oder Möglichkeiten der politischen Interpretation offeriert werden.<sup>33</sup>

Erstaunlich ist, dass auch in jüngst erschienenen Schulbüchern konkrete Sachverhalte im Unbestimmten belassen bleiben: In „netzwerkgeschichte@politik“ (2012) wird knapp berichtet: Auf Franz Ferdinand und seine Gattin wurde in Sarajewo ein Schussattentat verübt, „bei dem beide tödlich getroffen“ wurden; obwohl Serbien sich grundsätzlich zur Umsetzung der Forderungen [des österreichischen Ultimatums] bereit erklärte, „kam es zum Krieg“; am 28. Juli 1914 unterzeichnete Franz Joseph I. die Kriegserklärung an Serbien. Nun wurden die Bündnisysteme

32 Pflöiger, Michael/Ebenhoch, Ulrike/Tschegg, Kurt/Tuschel, Manfred: Stationen. 3. Spuren der Vergangenheit – Bausteine der Zukunft. Lehr- und Arbeitsbuch für die 7. Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen. 1. Aufl. 1991 [Nachdruck 1993], 84.

33 Geschichte. Sozialkunde. Politische Bildung. 8. Schulstufe. 4. Klasse Hauptschule. Lehrerhandbuch. 1984, 27.

wirksam. Ergänzend die Information, dass Gavrilo Princip, ein bosnischer Serbe, aus nur vier bis fünf Schritten Entfernung zweimal auf das Thronfolgerpaar geschossen hatte. Dann folgt die Frage: „Kann man einzelne Nationen für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs verantwortlich machen. Begründe Deine Antwort“.<sup>34</sup> Die abschließende Frage ist ein Beispiel dafür, dass Fragen, wenn sie Sinn haben sollen, die Befragten nicht unterschätzen sollten – auch wenn es Schüler sind: „Wußtest Du, dass ... Erster Weltkrieg' ein Begriff ist, die von Historikerinnen und Historikern erst geprägt wurde, als sie wußten, daß es auch einen Zweiten Weltkrieg gibt?“<sup>35</sup>

### **Der Wahnsinn und das Grauen des Krieges: Betroffenheit als didaktische Kategorie:**

Die Geschichtslehrbücher bis in die 1970er Jahre sind vor allem politik- und ereignisgeschichtlich orientiert und auf die Geschichte der Großen und Mächtigen ausgerichtet. Die Geschichte der Kleinen und Ohnmächtigen, des Alltags und der sozialen Verhältnisse spielt in diesen Büchern eine unbedeutende Rolle. Mit der Entwicklung des Konzepts der historischen Sozialwissenschaft nehmen in den 1970er/1980er Jahren auch die Schulbücher den sozialen Bereich in ihr Konzept auf. In der Regel bleibt es aber weiterhin bei dem im Layout und in der Illustration modernisierten Konzept einer Ereignis- und Politikgeschichte herkömmlichen Musters. Ab den 1990er Jahren ist der Schrecken des Krieges wesentlich präsenter als vorher und in Bildern und Textbeispielen ausführlicher dokumentiert.

Während die älteren Schulbücher nach Möglichkeit die „Berührung“ mit ihrer eigenen Geschichte vermeiden, billigen neuere den SchülerInnen auch „emotionale Betroffenheit“ zu: Unterricht sollte mehr sein als eine „objektive Aufzählung historischer Ereignisse“. Schule (sprich Schulverwaltung) und Gesellschaft erwarten von denen, die Geschichte im Unterricht vermitteln,

34 Hofer, Jutta/Peireder, Bettina: Netzwerkgeschichte@politik. 1. Aufl. 2012, 132.

35 Ebenda, 134.

dass auch emotionale Dispositionen geweckt und gestärkt werden. Im Lehrerhandbuch zu „Geschichte und Sozialkunde“ wird Betroffenheit als didaktisches Prinzip angeraten: „Nur wenn der Schüler das, was er vom geschichtlichen Ablauf erfährt, auch in Beziehung setzen kann zu seinem eigenen Erfahrungen und zu seinem Lebenskreis, ist für ihn ein betroffenes Verständnis möglich.“<sup>36</sup> Gefühle zur Instanz historischer Erkenntnis zu machen, wäre – so Karl Ernst Jeismann 1994 – das Ende jeder Didaktik.<sup>37</sup>

Betroffenheit braucht – wie es Bodo von Borries kürzlich formuliert hat – „Stolpersteine“, das heißt: kontroverse, sperrige Erinnerungen<sup>38</sup>. Ein Beispiel dafür ist das Lehr- und Arbeitsbuch für die 7. Klasse an allgemeinbildenden höheren Schulen „Stationen. 3“, erschienen 1991, Nachdruck 1993, mit zwei gut dokumentierten Kapiteln „Die Schrecken eines ‚modernen‘ Krieges“ und „Gesellschaftliche und politische Veränderungen“. Abschließend heißt es: „Der Erste Weltkrieg des 20. Jahrhunderts hingegen war der erste totale Krieg in der Menschheitsgeschichte. In den kriegführenden Ländern gab es niemanden, dessen Leben nicht massiv verändert wurde. Jeder einzelne war aufgerufen, sich in irgendeiner Form, ob an der Front, in der Landwirtschaft oder in der Industrie in den Dienst des Krieges zu stellen.“<sup>39</sup> So richtig dies auch sein mag, so bleibt doch die entscheidende Frage ungestellt und unbeantwortet, mit welchen Mitteln und mit welchen Zielen diese „Berufung“ in den Dienst des Krieges erfolgte und welche gesellschaftliche Voraussetzungen diese Indienstnahme ohne wesentlichen kollektiven Widerstand möglich machten.

36 Riccabona, Felix/Kopeitka, Karl-Heinz Markovits, Klaus/Riccabona, Nobert/Schuster, Hermine: Geschichte. Sozialkunde. Politische Bildung. Lehrerhandbuch. 8. Schulstufe. 4. Kl. Hauptschule. 1. Aufl. 1984, 3.

37 Jeismann, Karl Ernst: Emotionen und historisches Lernen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 45(1994), 171.

38 Borries, Bodo von: „Nicht irgendwo, sondern hier!“ Stolpersteine sind besser als die Pädagogik der Betroffenheit, sagt der Historiker Bodo von Borries: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=bt&dig=2013%2F01%2F26%2Fa0225&cHash=88dc6a68472ce6b257ca03619ff36533> [22.07.2015].

39 Floiger/Ebenhoch/Tschegg/Tuschel: Stationen. 3, 90–92).

Für das „Lehrbuch für Geschichte. Sozialkunde und Politische Bildung“ von Riccabona-Kopeitka-Markovits-Riccabona-Schuster für die 8. Schulstufe/4. Klasse Hauptschule aus dem Jahr 1984 sollte die Darstellung des Ersten Weltkriegs nicht mehr von Kriegsergebnissen dominiert sein: „Es geht nicht um Kriegsstrategien und Kriegsverlauf, sondern vielmehr um die Betrachtung von Ursachen und Folgen, um daraus vor allem die Erkenntnis zu ziehen, daß Kriege meist sinnlos und immer mit Schrecken und Leid, Elend und Not verbunden sind.“ Bei der unterrichtlichen Behandlung der beiden Weltkriege gehe es vorrangig darum, „den Wahnsinn und den Grauen des Krieges offenbar werden zu lassen“. Als Lernziele wird dementsprechend formuliert: „Erkennen, daß Haß, Gewalt und Krieg anstehende Probleme nicht lösen, sondern Menschen und Völkern nur Unglück bringen.“ „Die anfängliche Begeisterung auf beiden Seiten und die rasche Ernüchterung durch den Stellungskrieg erkennen; Die ganze Tragweite und Sinnlosigkeit des Tötens im Krieg erfassen“. Zu fragen wäre an dieser Stelle, wieso es dazu kommen konnte, dass zivilisierte Gesellschaften Gewalt als Lösung gesellschaftlich-politischer Probleme für probat hielten und welche Interessen die Beteiligten dazu motivierten. Dass die anfängliche „Begeisterung“ für den Krieg angesichts des mörderischen Stellungskriegs sehr rasch zurückging, ist einzusehen. Die Formulierung, es habe dann zu einer „Ernüchterung“ geführt, wird den Schreckensereignissen, um die es ging, freilich nicht gerecht. Zu fragen wäre hier, um wessen „Ernüchterung“ es da ging und wieso es den Verantwortlichen gelang, die Soldaten trotz der Schrecken des Grabenkrieges über Jahre hinweg in den Gräben zu halten – und wie sie dies begründeten und (nach 1918) beantworteten.

### **Wie? Wer? Warum? Fragen – Antworten – Fragen:**

Ab den 1980er Jahren werden die Ansprüche der Schulbücher an ihre Leser und Leserinnen (und an sich selbst) höher, und Beteiligung und Anteilnahme werden als wichtig für den Zugang zur Vergangenheit und das Bewusstwerden der eigenen

Geschichte deklariert: „Geschichte zwingt zur Stellungnahme, zur Deklaration der eigenen Motive, Hintergründe, Glaubensinhalte, ideologischen und politischen Überzeugungen.“<sup>40</sup> In den letzten Jahren sind die Schulbücher bemüht, durch „Kompetenztraining“ auf der Höhe der Zeit zu sein. „Kompetenzboxen“ zeigen etwa im 5./6. Band der „Zeitbilder“, welche Methoden und Arbeitstechniken in dem jeweiligen Kapitel trainiert werden, und auf den „Kompetenztrainingsseiten Methode“ soll der Umgang mit geschichtlichen Quellen (Textquellen erschließen, Bilder und Karten interpretieren, Denkmäler untersuchen, Spielfilme analysieren) gelernt werden.<sup>41</sup> Im Vordergrund soll nicht mehr umfangreiches Überblickswissen, sondern „historisches Denken“ stehen: „Im Zentrum stehen also nicht die Jahreszahl und der dazugehörige Herrscher, sondern Orientierung für unser Selbst- und Weltverständnis. Es geht darum, wie von anderen Menschen Wahrheit erfahren werden kann, von Menschen um uns, in anderen Gesellschaftsschichten, mit anderen Meinungen, in anderen Ländern.“<sup>42</sup>

Es geht nicht mehr darum, Inhalte zu vermitteln, sondern um „Kompetenzen“, die es SchülerInnen möglich machen sollen, „ihr Bewußtsein von Geschichte immer wieder zu überprüfen und zu reflektieren.“<sup>43</sup> Deutlich wird eines: Die Zielvorgaben der Schulbücher sind auf abfragbares, überprüfbares und bewertbares „Wissen“ und ein Minimum an Fertigkeiten und Kenntnisse ausgerichtet und in sich widersprüchlich. Einerseits wird von den Schülern/Schülerinnen Einsicht in komplexe historische Sachverhalte und Zusammenhänge gefordert, die – genau genommen – auf Grund der zur Verfügung stehenden Informationen weder die Schüler, noch die Schulbücher beantworten kön-

40 Pokorny, Hans/Lemberger, Michael/Lobner, Georg: Durch die Vergangenheit zur Gegenwart. 7. 1. Aufl. 2002 S. 3]

41 Scheucher, Alois/Scheipl, Josef/Staudinger, Eduard Ebenhoch, Ulrike: Zeitbilder 5&6. Von den Hochkulturen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. 1. Aufl. 2011, o.S.

42 Franzmait, Heinz/Eigner, Michael/Kurz, Michael/Kvas, Armin/Rebhandl, Rudolf: Zeitzeichen – Politische Bildung und Zeitsgeschichte 2/3 HAS. 1. Aufl. 2014, 2.

43 Ebenda, 3.



nen. Das führt dazu, dass Fragen auf Beantwortbares reduziert werden, wobei allerdings suggeriert wird, dass mit dem im Schulbuch angebotenen „Wissen“ auch komplexe, schwierige historische Sachverhalte beantwortet werden können. Schulbücher sind immer noch davon überzeugt, dass das auf Grund von ihnen angebotenen Informationen möglich ist. In „Zeitzeichen 2/3“ ist zum Eingang des Kapitels „Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg“ festgehalten, was „ich“ nach der Bearbeitung dieses Kapitel kann, und zwar: „Die Ursachen des Ersten Weltkriegs analysieren und diskutieren.“<sup>44</sup>

Das 1986 für verschiedene Schulstufen konzipierte Geschichtslehrbuch „Wie? Wer? Warum?“ ist in großen Teilen zwar dem traditionellen Schulbuchkonzept verpflichtet, weicht aber schon durch sein auf Fragestellungen ausgerichtetes Programm erheblich von älteren, aber auch neueren Schulbüchern deutlich ab. Das Kapitel über den Beginn des Krieges wird durch die Frage „Wodurch wurde der Erste Weltkrieg ausgelöst?“ eingeleitet. Die Schüler werden animiert, zu den gebotenen Dokumenten über den Unterschied zwischen Veranlassung und Ursache eines Krieges zu diskutieren. Zum Plan des deutschen Generalstabs für den Kriegsfall wird gefragt, welche Einstellung zu den Gegnern sich aus diesem Kriegsplan herauslesen lässt? Und zu der Erklärung des deutschen Reichskanzlers vor dem deutschen Reichstag am 4. August 1914 regt das Schulbuch an, über die dort vorgebrachte Aussage „Not kennt kein Gebot“ zu sprechen. Bei Darstellung des Kriegsbeginns ist – wie in anderen Schulbüchern auch – in Wiedergabe der offiziellen Darstellungen von Kriegsbegeisterung die Rede. Diese ist aber im Abschnitt „Was erlitten die Menschen im Ersten Weltkrieg?“ durch den Kommentar des Buches zu der Begeisterung von damals in Distanz gesetzt: „Mit einer unvorstellbaren Begeisterung zogen Millionen junger Männer in das Blutbad, das auf sie wartete. Es war so, als könnten sie es nicht mehr erwarten, einander umzubringen.“<sup>45</sup>

44 Ebenda, 3.

45 Schausberger, Norbert/Oberländer, Erich/Strotzka, Heinz: Wie? Woher? Warum? Geschichte und Sozialkunde. 3.Klasse. 2. Aufl. Nachdruck 1994. 1. Aufl. 1986. 2. Aufl. 1987, 146.

Im begleitenden Lehrerhandbuch zu „Wie? Wer? Warum?“ wird in den didaktischen Vorbemerkungen zur Ermordung Franz Ferdinands darauf hingewiesen, dass bei der Behandlung dieses Ereignisses die Gefahr bestehe, „daß die tiefergehenden Ursachen verdeckt werden“. Deshalb seien Interessen und Motive der an diesem Konflikt beteiligten Mächte – insbesondere Österreich-Ungarns und Deutschlands – sehr genau zu untersuchen: Erfahrungsgemäß neigen viele SchüleInnen dazu, das Ultimatum als durchaus adäquate Antwort auf die Ermordung des Thronfolgerpaares einzuschätzen. Ihre proösterreichische Grundeinstellung kommt darin zum Ausdruck. Es wird daher vorgeschlagen, die im Ultimatum vom Juli 1914 gestellten Forderungen in einen anderen Kontext zu stellen – zum Beispiel, wenn in Österreich ein hochrangiger Politiker eines anderen Staates einem Terroranschlag zum Opfer gefallen wäre. Damit könnte klargemacht werden, wie weitgehend die Forderungen an Serbien die Rechte eines souveränen Staates einschränkten.<sup>46</sup> Zur Bearbeitung der „schwer zu erklärenden“ Kriegsbegeisterung von 1914 wird ein Fragebogen vorgeschlagen, in dem Schüle unter anderem zu folgenden Aussagen Stellung nehmen können: „Kriege sind unvermeidbar. Es liegt in der Natur des Menschen, Konflikte mit Gewalt auszutragen. Welche Eigenschaften werden durch Kriege besonders gefördert? Für den Krieg verantwortlich sind letztlich die Politiker.“<sup>47</sup> Heinz Strotzka (Mitherausgeber dieses Bandes) Anregungen sind noch immer gültig.

Schulbücher sind Bücher für die Schule. Sie werden geschrieben von Autoren/Autorinnen, die die Schule bereits hinter sich gelassen und ihre historische Ausbildung an den Hohen Schulen abgeschlossen haben. Die Literaturverzeichnisse lassen allerdings vermuten, dass dieses Wissen schon länger zurückliegt, mitunter auch, dass an den Ergebnissen der Forschung vorbeigeschrieben wird. Ein Nachlernen tut not. Die Forschungen der letzten Jahre (nicht nur die Veröffentlichungen des „Jubiläums“-Jahres) bieten eine Reihe von Möglichkeiten, dem Ersten

46 Oberländer, Erich/Strotzka, Heinz: Wie? Woher? Warum? Geschichte und Sozialkunde. 3. Klasse Lehrerhandbuch. 1987, 115–116.

47 Ebenda, 117.

Weltkrieg auch für den Schulunterricht eine neue Gestalt zu geben. Es bleibt abzuwarten, wie die Schulbuchcommunity mit den Ergebnissen der Forschung umgeht und in welchem Ausmaß und mit welchen Schwerpunkten diese in den Schulbüchern Eingang finden. Bis dahin jedenfalls gilt wohl, worauf Barbara Christophe im Anschluss an John Issitt in der Einleitung ihrer Untersuchung zur Darstellung des Ersten Weltkriegs in internationalen Schulbüchern kürzlich aufmerksam gemacht hat:

„Wer Schulbücher als Quelle nutzen will, der muss sich der Grenzen, aber auch der besonderen Chancen bewusst sein, die mit diesem Medium verbunden sind. Das gilt nicht nur, aber auch für Erzählungen über den Ersten Weltkrieg. Etwas bahnbrechend Neues über dieses erinnerungskulturelle Großereignis wird man in Schulbüchern sicher nicht erfahren. Ob die serbische Regierung nun wirklich hinter dem Attentat auf Franz Ferdinand in Sarajewo stand oder nicht, ob der österreichische Thronfolger den serbischen Nationalisten wegen seiner Reformpläne oder als Repräsentant einer ungerechten imperialen Ordnung ein Dorn im Auge war und ob der Anschlag hätte verhindert werden können, wenn man die vorher eingehenden Warnungen ernst genommen hätte. Wer Antworten auf all diese Fragen sucht, der ist eher schlecht beraten, in Schulbüchern zu suchen<sup>48</sup>.

Der vorliegende Text ist Heinz Strotzka (1942–2005) gewidmet, der in Zeiten, als das nicht üblich und teilweise auch gar nicht geschätzt war, neue Perspektiven auf einen anderen Umgang mit Geschichte und ihren Geschichten im Geschichtsunterricht eröffnete.<sup>49</sup>

48 Christophe, Barbara: Der Erste Weltkrieg in internationalen Schulbüchern. Kulturwissenschaftliche Analysen und geschichtsdidaktische Anregungen (Eckert. Working Papers 2014/7), 1: [http://www.edumeres.net/fileadmin/publikationen/working\\_papers/EWP\\_Christophe\\_WWI.pdf](http://www.edumeres.net/fileadmin/publikationen/working_papers/EWP_Christophe_WWI.pdf) [22.07.2015].

49 Strotzka, Heinz: Zur Praxis des Geschichtsunterrichts. Analysen, Materialien und Beispiele. Wien 1983. Heinz Strotzka, Elfriede Windischbauer. Offenes Lernen im Geschichtsunterricht. Für die Sekundarstufe I unter besonderer Berücksichtigung der Integration und des Interkulturellen Lernens. Wien, 1990.

Ich danke Eveline Löffler vom Bundesministerium für Bildung und Frauen für die Benutzung der Materialien der Lehrbuchsammlung, und meinem Enkel Sebastian, der mir seine Geschichtslehrbücher zur Verfügung gestellt hat. Dank auch an Ingrid Höfler. Sie hat die Schulbuchsammlung des Ministeriums in den letzten Jahren vor der Auflösung bewahrt.

Rezension

## **„Das lange Echo“ weckt die Vernunft und stärkt die Moral**

Elena Messner

„Das lange Echo“

Roman. edition atelier

Wien 2014

Selten passiert es, dass ich wirklich gerne noch einmal unterrichten möchte, denn die Entwicklungen im Schulwesen vergällen mir solche Wünsche. Aber bei der Lektüre des Romans von Elena Messner möchte man sich ausdenken, was und wie mit Jugendlichen zu diskutieren sei, es steckt so viel in diesem Stück neuer Literatur.

Ich bin zwar vierzig Jahre älter als die Autorin, habe mich ihr aber in so vieler Hinsicht beim Lesen nahe gefühlt, konnte an meine Erinnerungen, Widerständigkeiten und mein Friedensengagement anknüpfen. Meine Besprechung des Romans erfüllt nicht die Kriterien, das Niveau einer Rezension für Literatur- oder Kulturjournale, sondern mein Beitrag hat eine Funktion für dieses schullehrt. Er umschließt gemeinsam mit dem ersten Artikel in dieser Nummer, der sich mit der kritischen Sicht auf das Gedenkjahr 2014 in Sarajevo beschäftigt, die anderen Themen. Beide Beiträge verbinden Innen- und Außensicht auf „österreichische Geschichte“, verlangen ein Ende herrschaftsgeschichtlicher Kontinuitäten, die gängige politische und ökonomische Eliten bedienen, und üben Kritik an Meinungsmache unter dem Deckmantel der Wissenschaft und des Gedenkens.

Im Zentrum des Erinnerns steht im Roman Milan Nemeč, Offizier in der Habsburger-Armee. Als Slowene hat er in Wien den sozialen Aufstieg in die Offizierskaste geschafft, ist damit zufrieden, seine Welt ist in Ordnung. Im ersten Balkanfeldzug ändert sich das jäh, Militärpläne, Lehrbuch- und Propagandavorstellungen in seinem Kopf weichen den realen persönlichen Erfah-

rungen mit Krieg, Grauen, Angst. Im zweiten, diesmal siegreichen Eroberungszug macht er die volle Brutalität des habsburgischen Rachefeldzugs mit und bleibt danach als Verwalter der Besatzungsmacht in Belgrad, wo ihn die „Echos“ des Erlebten, der Toten und Gequälten einholen, ihn „aufblähen“. Er versteht die Sprache der Unterdrückten, von den Besatzern Ausgebeuteten, Geschändeten und Gedemütigten und fühlt sich selbst in der Rolle des Offiziers im Verwaltungsapparat gedemütigt. Seine Kriegserlebnisse und die miese Rolle des Besatzers passen so gar nicht zu den von ihm erlernten Planungen, Befehlen und Taten eines Conrad von Hötzendorfs (siehe Leseprobe Seite 88). Milan leidet unter der Ungewissheit in seinem Leben und der Scham über die Brutalität und Ungerechtigkeit der Habsburger-Armee. In einem Gespräch mit einem ihn kontrollierenden Vorgesetzten hält er dessen zynisch verlogenen Sichtweisen nicht mehr aus, attackiert ihn, schleudert ihm seinen aufgestauten Ekel, seine entsetzlichen Erfahrungen und realen Einschätzungen entgegen. Nur das Kriegsende rettet Milan vor den Konsequenzen seiner Aktion.

Er bleibt im neuen südslawischen Staat, geht nicht mehr zurück zur Familie nach Wien, bleibt bei der Frau, deren Mann, ebenfalls ein Milan, von den habsburgischen Soldaten getötet wurde – für Milan Nemeč das Schlüsselerlebnis seines Wandels. Er wird Offizier bei der ehemals feindlichen Armee in Belgrad, lebt später im Ruhestand in Ljubljana. Da erlebt er den nächsten, den Zweiten Weltkrieg und seine Tochter im Widerstand gegen den „Menschenfeind“. Milan will sie halten, „sie werden euch niederschlagen im Krieg, im Frieden, immer wieder“.

*„Während um ihn herum Menschen ermordet werden, nüchterner als er es in seiner alten Ordnung je gelernt hatte, Menschen in den Tod hinein zu verwalten, dachte er manchmal: Das hat mit mir nichts zu tun!, dann dachte er: Oder haben wir das, haben wir das vorbereitet, wir und unser Krieg, meiner, haben wir dieses Denken vorbereitet und die Tatkraft des ewigen Angriffs, im Sinne der Vernichtung der Unterlegenen, des Schwächeren und damit nicht-Lebenswerten?“*

Die Vergangenheit, die Echos holen Milan immer wieder ein, er fragt, woher er die Kraft zur Auflehnung erhalten hat, heraus-

geworfen aus seinem Lebens-, Denk- und Handlungsweg. Vor seinem Tod diktiert und beichtet Milan im Beisein eines Pfarrers in deutscher Sprache, seine Tochter lebt nach 1945 im österreichisch-slowenischen Gebiet, eine lange Liste der Namen und Tötungsarten während der Feldzüge auf dem Balkan, stundenlang, mit dem Auftrag, die Papiere an das österreichische Außenministerium zu schicken. Diese Papiere landen im Keller der Familie, erst später übernimmt sie Vida, die Urenkelin, eine Geschichtestudentin. Sie erstellt daraus eine Studie,

*„ein Erinnern in kurzen Todesgeschichten, ein Rein- und Schönschreiben der Beichte des Urgroßvaters, die nur die Summe seiner ihn aufblühenden Echos war, nicht mehr und nicht weniger.kehrte Vida in dieses Leben zurück, in diese Echos eines Lebens, dann kam es ihr vor, als ob sie von vorhersehbaren Gedanken, die bereits ihr Urgroßvater, ihre Großmutter und Mutter gewälzt hatten verfolgt würde. Immer wieder blitzen in der Vergangenheit und Gegenwart kleine Begegnungen mit der menschlichen Vernunft auf.“*

Die Beschäftigung Vidas mit dem Krieg und dem Urgroßvater zieht sich als zweite Ebene durch den Roman. Die Auseinandersetzungen der jungen Militärhistorikerin, deren Doktorarbeit aus den Unterlagen des Urgroßvaters entsteht, mit ihrer Vorgesetzten, der Direktorin des Heeresgeschichtlichen Museums, deckt nicht nur die Geschichte des Urgroßvaters auf, sondern beleuchtet die vielen Komponenten der Rahmenbedingungen des Konflikts um Kriegsgeschichte.

Zwei konträre Auffassungen von wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Geschichte des Krieges, zumal im hundertjährigen Gedenken, stehen einander gegenüber. Die Direktorin vertritt die Herrschaftsgeschichte und deren Kontinuität. Sie erklärt den Krieg für einen grundsätzlich notwendigen und berechtigten. Gräuere passieren eben, werden der Verteidigungstaktik des jeweiligen Feindes geschuldet. Die Direktorin fühlt sich verpflichtet, die Ehrhaftigkeit und Pflichttreue der Offiziere der Habsburger hochzuhalten und auszustellen. Als ehrgeizige Frau in leitender Position basiert ihre Loyalität auch auf den Verpflichtungen den Seilschaften gegenüber, die sie unterstützen.

Das Gedenkprojekt, der Kongress, wird von einer österreichischen Bank finanziert, die „den Balkanraum mehr oder weniger erfolgreich zurückerobert hatte“, und in der ihr Mann, nun Leiter des Projekts, in gehobener Position arbeitet. Als Feigenblatt darf auch Vida mit ihrer Studie an dem Kongress teilnehmen, und sie wagt es, ihr Referat mit dem Vortrag einer Ballade von Kurt Tucholsky zu beenden und damit eine politische Botschaft zu vermitteln. Das erbost die Direktorin und größtenteils auch das Publikum. Eine Auseinandersetzung entlädt sich, Vida hält ihre Argumente und Positionen mit Ironie und Sarkasmus den zynisch verlogenen Stellungnahmen der Direktorin entgegen. Ein Bogen spannt sich von dem Konflikt des Milan Nemeč mit seinem Vorgesetzten zu dem von Vida und Doris, der Direktorin. Die schlagenden, anmaßenden Behauptungen der angepassten Vorgesetzten hören sich bekannt an, wer kennt sie nicht aus Medien und Politik. Verlogene Verdrehungen von Begriffen wie z. B. Sicherheit, Frieden und Menschenrechte, dazu gezielte Desinformation und Verhetzung, Rassismen und Sozialchauvinismus.

Elena Messner flicht ihre Erkenntnisse über Krieg und Ökonomie, Herrschaftsinteressen und Gewalt, Rassismus und Ausbeutung, z. B. Slawen gegenüber, entlarvend ins Romangeschehen. Herrlich ihre Betrachtung vom Umgang mit namhaften Schriftstellern, die auf dem Thron der Literaturgeschichte residieren und im bürgerlichen Bildungsmüll nie in Zusammenhang mit ihrer Kriegsbefürwortung und ihrer Autoritätshörigkeit gebracht werden, während widerständige Literatur sich oft nur in Nischen findet.

Da kann es, fällt mir dazu ein, 2014 schon passieren, dass beim Probelauf zur Zentralmatura der Text eines nationalsozialistischen Autors unhinterfragt von den „Verantwortlichen“ ausgewählt wird. Das kann halt passieren, oder?

Messners Rat: Genaues Lesen, querlesen, die Details erkennen. Sie macht aufmerksam auf die Anliegen der Kunst, z. B. der Musik der Gruppe „first fatal kiss“, gegen Uniformierung in allen Bereichen einzutreten. Moral und menschliche Vernunft regen sich vielerorts, können sich regen und weiterwirken, Echos von Leidenden berühren, lassen mitleiden. Kleine Schritte auf der Suche nach Begegnungen, die menschlich berühren, das gibt



Hoffnung auf Solidarität, auf menschlichen Austausch. Im Roman anerkennt der junge Kollege aus Belgrad, der kommentarlos den Konflikt mit der Museumsdirektorin mitverfolgt, letztendlich die Argumente Vidas als die richtigen. Eine Voraussetzung vielleicht für eine behutsame Beziehung Gleichgesinnter.

P.S.: Der Wunsch bleibt, dass aus ehemals staubigen, dann modisch eventorientierten Heeresmuseen einmal Friedensmuseen werden.

Elke Renner

## **AutorInnen**

Nicole-Melanie Goll, Historikerin, Institut für Geschichte (Abt. Zeitgeschichte), Karl-Franzens-Universität Graz

Florian Haderer, Germanist, OöAB-Lektor am Institut für Germanistik, Sarajevo

Hans Hautmann, em. Univ.Prof. Zeitgeschichte, Universität Linz, Vorstandsmitglied der Alfred Klahr-Gesellschaft, Wien

Anton Holzer, Fotohistoriker, Publizist und Ausstellungskurator, Herausgeber der Zeitschrift Fotogeschichte, Wien

Peter Malina, Historiker, Wien

Wolfgang Neugebauer, 1983 bis 2004 wissenschaftlicher Leiter des DÖW, Honorarprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Wien

Christian Promitzer, Historiker am Institut für Geschichte – Südosteuropäische Geschichte und Anthropologie, Karl-Franzens-Universität Graz

Christine Punz, Germanistin und Slawistin, lebt seit 2010 in Bosnien und Herzegowina, seit 2015 Kulturmanagerin, Banja Luka

Martina Pürkl, Weinviertler Schaugärtnerin, Kellergassenführerin, Touristikerin, Online-Redakteurin, Gemeinderätin in Mistelbach

Elke Renner, schulheft-Mitherausgeberin, AHS-Lehrerin i. R.

Hans Schäppi, Historiker, Präsident Solifonds, BastA, Basel

Winfried Wolf, Chefredakteur Lunapark21, Mitherausgeber der Zeitschrift „Fakten Check Hellas“, Berlin

Anita Ziegerhofer, Historikerin, ao. Prof., Karl-Franzens-Universität Graz



## LIEFERBARE TITEL

| Nr. | Titel   | Preis   |                        |   |
|-----|---|---------|------------------------|---|
| 79  | Sozialarbeit & Schule                               | € 6,50  | 119                    | Religiöser                                    |
| 80  | Reformpädagogik                                     | € 8,70  |                        | Fundamentalismus                              |
| 81  | Lust auf Kunst?                                     | € 8,70  | 120                    | 2005 Revisited                                |
| 82  | Umweltwahrnehmung                                   | € 8,70  | 121                    | Erinnerungskultur –<br>Mauthausen             |
| 84  | Verordnete Feiern –<br>gelungene Feste              | € 8,70  | 122                    | Gendermainstreaming                           |
| 85  | Misere Lehre  | € 8,70  | 123                    | Soziale Ungleichheit                          |
| 86  | Erinnerungskultur                                   | € 8,70  | 124                    | Biologismus – Rassismus                       |
| 87  | Umwelterziehung                                     | € 8,70  | 125                    | Verfrühpädagogisierung                        |
| 88  | Lehren und Lernen<br>fremder Sprachen               | € 8,70  | 126                    | Leben am Rand                                 |
| 89  | Hauptfach Werkerziehung                             | € 8,70  | 127                    | Führe mich sanft<br>Beratung, Coaching & Co.  |
| 90  | Macht in der Schule                                 | € 8,70  | 128                    | Technik-weiblich!                             |
| 92  | Globalisierung, Regiona-<br>lisierung, Ethnisierung | € 10,90 | 129                    | Eine andere Erste Republik                    |
| 93  | Ethikunterricht                                     | € 8,70  | 130                    | Zur Kritik der neuen<br>Lernformen            |
| 94  | Behinderung.<br>Integration in der Schule           | € 10,90 | 131                    | Alphabetisierung                              |
| 95  | Lebensfach Musik                                    | € 10,90 | 132                    | Sozialarbeit                                  |
| 96  | Schulentwicklung                                    | € 10,90 | 133                    | Privatisierung des österr.<br>Bildungssystems |
| 97  | Leibeseziehung                                      | € 12,40 | 134                    | Emanzipatorische<br>(Volks)Bildungskonzepte   |
| 98  | Alternative<br>Leistungsbeurteilung                 | € 11,60 | 135                    | Dazugehören oder nicht?                       |
| 99  | Neue Medien I                                       | € 11,60 | 136                    | Bildungsqualität                              |
| 100 | Neue Medien II                                      | € 10,90 | 137                    | Bildungspolitik in den<br>Gewerkschaften      |
| 101 | Friedenskultur                                      | € 10,90 | 138                    | Jugendarbeitslosigkeit                        |
| 102 | Gesamtschule –<br>25 Jahre schulheft                | € 10,90 | 139                    | Uniland ist abgebrannt                        |
| 103 | Esoterik im Bildungsbereich                         | € 10,90 | 140                    | Krisen und Kriege                             |
| 104 | Geschlechtergrenzen<br>überschreiten                | € 10,90 | 141                    | Methodische Leckerbissen                      |
| 105 | Die Mühen der Erinnerung<br>Band 1                  | € 10,90 | 142                    | Bourdieu                                      |
| 106 | Die Mühen der Erinnerung<br>Band 2                  | € 10,90 | 143                    | Schriftspracherwerb                           |
| 107 | Mahlzeit? Ernährung                                 | € 10,90 | 144                    | LehrerInnenbildung                            |
| 108 | LehrerInnenbildung                                  | € 11,60 | 145                    | EU und Bildungspolitik                        |
| 109 | Begabung  | € 11,60 | 146                    | Problem Rechtschreibung                       |
| 110 | leben – lesen – erzählen                            | € 11,60 | 147                    | Jugendkultur                                  |
| 111 | Auf dem Weg – Kunst-<br>und Kulturvermittlung       | € 11,60 | 148                    | Lebenslanges Lernen                           |
| 112 | Schwarz-blaues<br>Reformsparen                      | € 8,70  | 149                    | Basisbildung                                  |
| 113 | Wa(h)re Bildung                                     | € 14,00 | 150                    | Technische Bildung                            |
| 114 | Integration?  | € 14,00 | 151                    | Mehrsprachigkeit                              |
| 115 | Roma und Sinti                                      | € 14,00 | 152                    | Bildung und Emanzipation                      |
| 116 | Pädagogisierung                                     | € 14,00 | 153                    | Politische Bildung                            |
| 117 | Aufrüstung u. Sozialabbau                           | € 14,00 | 154                    | Bildung und Ungleichheit                      |
| 118 | Kontrollgesellschaft und<br>Schule                  | € 14,00 | 155                    | Elternsprechtag                               |
|     |   |         | 156                    | Weiterbildung?                                |
|     |   |         | 157                    | Bildungsdünkel                                |
|     |   |         | 158                    | Linke Positionen                              |
|     |   |         | 159                    | Bildungsanlass<br>Erster Weltkrieg            |
|     |   |         |                        | € 15,50                                       |
|     |   |         | <b>In Vorbereitung</b> |   |
|     |   |         | 160                    | Das Ende der Schule                           |
|     |   |         |                        | € 15,50                                       |